

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 319 ==

Volk und Nation bei Jahn, Rotteck, Welcker und Dahlmann

Von

Dr. Brigitte Theune

==

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1937

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Inhalt.

Einleitung: Sinn und Weg der Untersuchung	9
---	---

J a h n :

Das Volk „als Thatvolk lebend“	17
Der Staat als „Grundgestell des Volks“	22
Die Völker „als Leiter der Begebenheiten“	27

R o t t e c k :


Das Leben und sein Einfluß auf die Vorstellung vom Volk. (Die vier getrennten Sichten des Volkes.)	30
Das Volk als „zur Staatsgesellschaft vereinigter politischer Verband“ .	32
Der Staat als „Anstalt und Gesellschaft zugleich“	40
Die Nation „im genetischen und geographischen Sinne“ und ihr Ver- hältnis zum „Volk“	46
Die Völker als „wohlthätige Theilung der Menschen in kleinere Massen“	52

W e l c k e r :

Das Leben und sein Einfluß auf die Vorstellung vom Volk	57
Das Volk „im juristischen Sinne“	59
Das Volk „im natürlichen Sinne“	62
Der Staat als „freieste und größte That des Volkes“	74
Die Völker in „brüderlicher Wechselwirkung“	76

D a h l m a n n :

Das Leben und sein Einfluß auf die Vorstellung vom Volk	81
„Volk und Staat in völliger Durchdringung beider“. Das Volk als „Gemeinwesen der Gesinnung“	82
Das Staat „als ursprüngliche Ordnung“	92
Das Volk in der „Christenheit“	104
Zusammenfassender Vergleich	110
Vergleich mit Ludwig von der Marwitz	118
Schlußbetrachtung	123



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Literaturverzeichnis:

1. Quellen:

1. Fr. L. Jahn: Deutsches Volksthum. Leipzig 1817.
2. Karl von Rotteck: Für die Erhaltung der Universität Freyburg. Freiburg 1817.
 - Über stehende Heere und Nationalmiliz. Freiburg 1816.
- zit. Heeresschrift.**
 - Lehrbuch des Vernunftrechtes und der Staats- und Seeschäften. Bd. I—IV. Stuttgart 1829—1834.
- zit. VR I, II, III, IV.**
 - Allgemeine politische Annalen. Bd. I. Tüb. 1832.
 - Allgemeine Geschichte vom Anfang der historischen Kenntniss bis auf unsere Zeiten. Bd. I—IX. Freiburg 1832.
- zit. AG. I—IX.**
 - Allgemeine Weltgeschichte für alle Stände. Bd. I—VI. Stuttgart 1870.
 - und C. Welcker: Staatslexikon. Enzyklopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände herausgegeben. 1. Aufl. Bd. I—XII. 1834 f.
- zit. StL. I—XII.** (zit. nach II. Aufl. [siehe S. 6]).
 - Gesammelte und nachgelassene Schriften nebst Biographie und Briefwechsel. Herausgegeben von Hermann von Rotteck. Bd. I—V. Pforzheim 1841—43.
- zit. NS. I—V.**
3. Karl Theodor Welcker: Die letzten Gründe von Recht, Staat und Strafe, philosophisch und nach den Gesetzen der merkwürdigsten Völker rechtshistorisch entwickelt. Gießen 1814.
- zit. Letzte Gründe.**
 - Deutschlands Freiheit. Eine Rede an die Fürsten und das Volk vor Eröffnung der Wiener Versammlung von einem Deutschen. Gießen 1814.
- zit. Deutschl. Freih.**
 - Über vaterländische Zeitschriften. Kieler Blätter, Bd. I (herausgegeben von einer Gesellschaft Kieler Professoren.) Kiel 1815.
- zit. KB. 1815.**
 - Miscellen über Verfassung. Kieler Blätter 1816.
- zit. KB. 1816.**
 - Öffentliche aktenmäßige Vertheidigung gegen die Verdächtigung der Theilnahme oder Mitwissenschaft an demagogischen Umtrieben in und mit Abhandlungen für das öffentliche Recht. Stuttgart 1823.
- zit. Verth.**

- Das rechte Verhältnis von bürgerlicher Ordnung, Kirche und Schule. Freiburg 1828.

zit. Bürg. Ord.

- Das innere und äußere System der praktischen, natürlichen und römisch-christlich-germanischen Rechts-, Staats- und Gesetzgebungslehre. Stuttgart 1829.

zit. System.

- Die vollkommene und ganze Preßfreiheit. Freiburg 1830.

zit. Pressfr.

- Neuer Beitrag zur Lehre von den Injurien und der Preßfreiheit. Freiburg 1833.
 - Über Bundesverfassung und Bundesreform, über Bildung und Grenzen der Bundesgewalt, zunächst in Beziehung auf den Schweizer Bund und die Schriften von Troxler und Zachariä über denselben. Stuttgart 1834.
 - Wichtige Urkunden über den Rechtszustand der deutschen Nation mit eigenhändigen Anmerkungen von J. L. Klüber. Mannheim 1844.
 - Staatslexikon (siehe S. 5). II. Aufl. 1845 ff. Leipzig. III. Aufl. 1856—65.
4. F. C. Dahlmanns: Politische Erstlingsschrift über die Schicksale der deutschen Unterthanen Dänemarks und ihre Hoffnungen von der Zukunft. März 1814. (Herausgegeben von Varrentrapp. Ztschr. d. G. f. Schl.-H.-L.-Gesch. Bd. 17.)

zit. E.

- Forschungen auf dem Gebiet der Geschichte. Bd. I. 1822.
- Die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt. I. Aufl. Göttingen 1835, II. Kl. d. Politik. 1847.

zit. (Pol. S. der I. Aufl.)

(S. d. II. Aufl. Nr.)

- Vertheidigung des Staatsgrundgesetzes für das Königreich Hannover. 1838.

zit. Verth.

- Geschichte von Dänemark. Bd. I—III. Hamburg 1840—43.

zit. DG.

- Geschichte der englischen Revolution. Leipzig 1844.
- Geschichte der französischen Revolution. 1845.

zit. Engl. Rev.

- Kleine Schriften und Reden. Stuttgart. 1886.

zit. Schr.

- Ed. Appell (Hrsg.): Briefwechsel zwischen J. und W. Grimm, Gervinus und Dahlmann. Bd. I—II. Berlin 1885—86.
5. Ludwig von der Marwitz: Friedrich August Ludwig von der Marwitz; Ein märkischer Landedelmann im Zeitalter der Befreiungskriege. (Hrsg. von Frd. Meusel) Bd. I—II. Berlin 1913.

II. Allgemeine Darstellungen:

- Fels: Begriff und Wesen der Nation. 1927.
- M. H. Boehm: Das eigenständige Volk. Göttingen 1932.
- Fr. Meinecke: Weltbürgertum und Nationalstaat. München-B. 1908.
- Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. 1918.

- W. Mommsen: Zur Methodik der deutschen Parteigeschichte. HZ. 147. S. 59.
— Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung. HZ. 138.
— Die deutsche Einheitsbewegung. (Eine Auswahl zeitgenössischer Äußerungen.) Berlin o. J.
A. Wahl: Beiträge zur deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert. HZ. 104.
Die Darstellungen der st Geschichte des 19. Jahrhunderts von: Gervinus, Treitschke, Schnabel, Srbik, Ziegler u. a.

III. Literatur über die behandelten Politiker:

- H. Christern: Friedrich Christoph Dahlmanns politische Entwicklung bis 1848. (Ztschr. d. G. f. schl.-h. Gesch. Bd. 50.) Leipzig 1921.
A. Fickert: Montesquieu und Rousseaus Einfluß auf den vormärzlichen Liberalismus Badens, Leipzig 1914.
Peter Goeßler: Der Dualismus zwischen Volk und Regierung im Denken der Vormärzliberalen in Baden und Württemberg. Diss. Tüb. 1932.
Karl Th. Heigel: 12 Charakterköpfe aus der neueren Geschichte. München 1913.
H. Jappe: Die Vorstellung von Volk und Nation, Staat und Reich im Rheinischen Merkur. (Forsch. z. br.-pr. Gesch. Bd. 4—6, I.)
E. Imm: Die nationale und freiheitliche Bewegung in Baden während der Jahre 1830—35. Diss. Hdbg. 1909.
W. Kayser: Die Staatsanschauung von Ludwig von der Marwitz. Diss. Freiburg 1925.
E. Linnenkohl: Dahlmann und der Konstitutionalismus. Diss. Kiel 1913.
H. Meerwarth: Die öffentliche Meinung in Baden von den Freiheitskriegen bis zur Erteilung der Verfassung. Diss. 1907.
Otto Scheel: Der junge Dahlmann. Breslau 1926.
Karl Schib: Die staatsrechtlichen Grundlagen der Politik Karls von Rotteck. Diss. Basel 1927.
Anton Springer: Friedrich Christoph Dahlmann. Bd. I—II. Leipzig 1870.
Heinrich von Treitschke: Dahlmann. (Hist. u. pol. Aufs. Bd. I.) Leipz. 1886.
G. Waitz: Fr. Chr. Dahlmann. Gedächtnisrede. Kiel 1888.
Carl Wild: C. Th. Welcker, ein Vorkämpfer des älteren Liberalismus. Heidelberg 1913.
Theod. Wilhelm: Die Englische Verfassung und der vormärzliche deutsche Liberalismus. 1928.

Sinn und Weg der Untersuchung.

„Volk“ ist für uns und unsere Zeit entscheidender Wert und letzte irdische Kraftquelle. Alle unsere Taten und Leistungen erhalten erst von ihm aus Sinn und Inhalt. Die klare Erkenntnis dessen, was uns das Volk ist und bedeutet, wird damit zu einem Schlüssel für das Verständnis unseres Wollens und Denkens überhaupt.

Inhaltliche Klärung des leitenden und tragenden Wertes erscheint so als fruchtbarer Anhaltspunkt, um in das Wesen einer Zeit einzudringen. Das soll hier für die Zeit des Vormärz versucht werden. Auch damals stand das Volk als Wert im Mittelpunkt des politischen Denkens, doch wurde es wesentlich anders gesehen als heute. Es wird daher die Aufgabe der folgenden Untersuchung sein, zu zeigen, welche Seiten des Volkslebens jener Zeit wichtig erschienen und wie sie gesehen wurden; wie sich von dieser bei den einzelnen Politikern verschiedener Sicht aus wesentliche Teile ihres Denkens und Handelns verstehen lassen und endlich inwieweit diese Vorstellungen Vorstufen unseres heutigen Volksbegriffes sind. Ziel der Arbeit ist es also, das politische Denken des Vormärz zu beleuchten und zugleich einen Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des deutschen Volksbegriffes zu geben.

Die außerordentlich großen Schwierigkeiten liegen vor allem auf sprachlichem Gebiet. Gerade in dem Begriffe: Volk schwingt sehr viel Gefühlsmäßiges mit, was schwer in Worte zu fassen ist.

Außerdem wird selten eine genaue Begriffsbestimmung dessen, was man unter „Volk“ versteht, gegeben. Man benutzt den Ausdruck, setzt bei allen die gleiche Vorstellung voraus und hält eine Erklärung für überflüssig, unter Umständen sogar für schädlich. Das gilt noch stärker als heute in früheren Jahrhunderten, in denen das deutsche Volk weniger eindeutig

durch die Wirklichkeit bestimmt und auch die gefühlsmäßige Grundlage noch nicht so sicher war. So lehnte es zum Beispiel die Mehrzahl der Abgeordneten in der Paulskirche ab, über die Frage: was ist ein Volk? sich zu unterhalten. Sie gaben als Begründung an, es werde damit erstens gezeigt, daß darüber verschiedene Meinungen überhaupt möglich seien, was ein Anzeichen der Schwäche bedeute, und zweitens könnten durch die Unvollkommenheit der sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten erst recht Mißverständnisse entstehen.

Die natürliche Folge dieses Verhaltens aber ist es, daß nicht nur jede Zeit, jede weltanschaulich gebundene Gemeinschaft, sondern auch jeder einzelne Mensch seine eigene besondere Vorstellung mit diesem Worte verbindet. Oft scheinen die Abweichungen nur unbedeutend, erst bei näherer Untersuchung erkennt man, daß die Grundlagen und Ausgangspunkte verschieden sind. Es genügt daher nicht, von einer allgemeinen Begriffsbestimmung auszugehen und einzelne Abweichungen und Besonderheiten festzustellen. Man bleibe damit notwendig an der Oberfläche und würde keiner der Vorstellungen, deren jede eine in sich begründete organische Einheit ist, gerecht. Es muß vielmehr umgekehrt der weite Weg vom Besonderen zum Allgemeinen eingeschlagen werden: die Volksbegriffe einzelner Männer sind genau zu untersuchen, um von den lebendigen Einzelbildern aus zu den Zusammenhängen zu gelangen.

Damit tauchen jedoch weitere Schwierigkeiten auf. Um auf diesem Wege ein vollständiges Bild zu erhalten, müßten die Gedankengänge vieler Politiker untersucht und — da das Wirken des Volkes weitverzweigt ist — in die verschiedensten Gebiete der Wissenschaft und des Lebens hinein verfolgt werden. Das geht selbstverständlich über den Rahmen einer einzelnen Arbeit hinaus. Eine ganze Reihe einzelner Beiträge wird notwendig, ehe man zu abschließenden Zusammenfassungen kommen kann. Die einzelne Arbeit verzichtet folglich bewußt auf Vollständigkeit. Als Teil einer großen Gesamtaufgabe behandelt sie nur wenige, für eine Zeit und eine Richtung typische Vertreter. Die Auswahl der Zeit bestimmt sich nach den für die Entwicklung des Volksbewußtseins wichtigen geschichtlichen Ereignissen:

In der französischen Revolution war zum ersten Male das Volk im Sinne von „Volksmasse, Menge,“ als politische Macht in Erscheinung getreten. Durch Herder und seine Nachfolger vor allem die Romantiker und ihre Sammlungen einzelvolklicher Kulturgüter, war das Volk im Sinne einer geistigen Einheit, einer kulturell schöpferischen Kraft bewußt geworden. Beides war in Deutschland zunächst nur in das Bewußtsein der geistig höher stehenden Schichten des Volkes gedrungen. Durch die Unterdrückung in der Zeit der Fremdherrschaft wurde es dann Allgemeingut breiterer, vor allem der bürgerlichen Schichten, und in den Freiheitskriegen wirkte der Volkstumsgedanke erstmalig als politische Macht. Nach dem plötzlichen Durchbruch der Erkenntnis wurde er zu einer mächtigen Kraft, die dann aber ebenso schnell, wie sie aufgetaucht war, wieder aus dem politischen Leben verschwand. Aufgabe der Folgezeit mußte es nun sein, das in gewaltigem Erleben Hervorgebrochene neu und diesmal klarer zu erfassen, das Unbewußte bewußt werden zu lassen und als dauernde tragende Kraft für das politische Leben nutzbar zu machen.

Dabei stellten sich naturgemäß die gedanklichen Widersprüche klarer heraus, die in der Begeisterung und durch den Kampf gegen den gemeinsamen Gegner übersprungen, aber nicht innerlich geklärt und überwunden worden waren.

Das spiegelte sich deutlich auch im Sprachgebrauch der Zeit, vor allem an der Benutzung der Worte: Volk, Volkstum, Nation und Nationalität wider. Das Ringen um ihren Inhalt und den richtigen Gebrauch zeigte — teils bewußt, teils unbewußt — den Kampf der geistigen Strömungen:

Jahn hatte 1810, um das Wesen des Volkes, sein Sein und Wirken im Rahmen des einzelmenschlichen wie des gesamt-menschlichen Lebens näher zu umschreiben, ein neues Wort: „Volksthum“ geprägt. Er vollzog diese Neubildung im bewußten Gegensatz zu den bereits vorhandenen Ausdrücken: „Nation“ und „Nationalität“, um eine spezifisch deutsche Prägung des allgemeinen Begriffes damit zu geben, die tiefer im deutschen Volksleben und seiner Geschichte wurzeln und damit größere Bedeutung und Kraft gerade für die Deutschen haben sollte. Er verband also mit der sprachlichen Neuschöpfung ein politisches

Programm für das Deutschland seiner Zeit. Sein Buch: „Deutsches Volksthum“, das diese bewußte, beschränkende Ausrichtung bereits durch den Zusatz „Deutsches“ im Titel anzeigt, enthält also außer der Klärung des Begriffes ein politisches Programm.

Die Tatsache, daß sein Buch allgemein gelesen¹ und seine Neubildung in den deutschen Wortschatz aufgenommen wurde, beweist, daß er damit einen den Bedürfnissen seiner Zeit entsprechenden Ausdruck geprägt hatte. Denn sprachliche Neubildungen werden von einer Gemeinschaft nur dann geprägt, benutzt und erhalten, wenn ein Bedürfnis vorliegt.²

In der Folgezeit wurde nun das Wort „Volkstum“ und — allerdings nicht ganz so stark — auch das Wort „Volk“ selbst in der Bedeutung verengt und einseitig benutzt. Es schwand für ein paar Jahrzehnte das Bedürfnis, den ursprünglichen vollen Inhalt in irgendeiner Form auszudrücken oder zu erklären. Keiner der behandelten Politiker machte „Volk“ oder „Nation“ noch zum Gegenstand einer Untersuchung — wie einst Jahn und andere — oder versuchte auch nur eine vollständige Definition. Das geschah nicht etwa deshalb, weil man sich über die Bedeutung der Begriffe völlig klar war, sondern vielmehr aus einem Gefühl wachsender Unsicherheit heraus, das sich z. B. in gelegentlichen erklärenden Zusätzen³ und Klagen über „babylonische“ Sprachverwirrung⁴ äußerte. Bedeutungsunterscheidungen zwischen „Nation“ und „Volk“ wurden vorgenommen. Schließlich ersetzte man z. B. in der dritten Auflage des Staatslexikons von Rotteck und Welcker das Wort „Volkstum“ wieder durch das alte „Nationalität“. Dieses Ringen auch um sprachliche Klärung macht gerade diese Zeit für unsere Untersuchung interessant und ergiebig.

Es kommt hinzu, daß dieser Kampf nicht nur in der geistigen Ebene stattfand, sondern auch nach einem Niederschlag in der Gestaltung der politischen Verhältnisse suchte und zwar in dem doppelten Bestreben, dem durch Fremdherrschaft

1. Vgl. Welcker Stl. VII. 641; I. 662.

2. Deutschbein: Stilistik.

3. Rotteck, NS. I. 407.

4. Welcker, Stl. Art. Etymologie.

und Befreiungskriege lebendig gewordenen gesamtdeutschen Volksbewußtsein einen festen staatlichen Rahmen zu geben und außerdem das Volk — d. h. praktisch vor allem die Schichten des gehobenen Bürgertums — neben dem Adel zu mitverantwortlichen Trägern des Staates zu machen. Beides ging selbstverständlich stark Hand in Hand und daraus ergab sich, daß das Ringen um das „Volk“ bei den Männern am stärksten sein mußte, die an beiden Bestrebungen aktiv teilnahmen. Man faßt sie im allgemeinen unter dem Namen: Frühliberale zusammen, doch hat „liberal“ hier noch nicht die enge Bedeutung, die es später erhielt. Es ist auch noch nicht als Gegensatz zu „konservativ“ zu verstehen, da sich die beiden Fronten in dieser Zeit noch sehr schwer gegeneinander abgrenzen lassen. Unter „Frühliberale“ werden also hier nur die Männer zusammengefaßt, die die Größe: Volk anerkannten und ihr Einfluß im politischen Leben verschaffen wollten, im Gegensatz zu jenen, die ihren Wert für außerordentlich gering hielten und daher im Interesse des Staates — und meist auch des eigenen Standes — sie als politische Macht unterdrücken und wieder ausschalten wollten, wie etwa: von der Marwitz.

Aus dieser Gruppe werden, um das Bild beim Einzelnen einigermaßen vollständig zeichnen zu können, nur sehr wenige, besonders typisch erscheinende Vertreter ausgewählt. Die Auswahl macht dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Männer wie Arndt, Görres oder Grimm wären sowohl für eine Untersuchung über das Volk wie auch als Repräsentanten ihrer Zeit sicher ebenso wichtig, nur sind hier zum Teil schon Einzeluntersuchungen vorhanden,⁵ außerdem ginge ihre Bearbeitung über den Rahmen dieser Arbeit wesentlich hinaus.

J a h n ist als Schöpfer des Wortes „Volkstum“ der natürliche Ausgangspunkt einer jeden Untersuchung über den Volksbegriff. An seiner Volksvorstellung sollte aufgezeigt werden, wie weit eine einheitliche und doch vielseitige Sicht in der Zeit schon möglich war. Sie sollte als Vergleichsgrundlage dienen und davor bewahren, unwillkürlich heutige Maßstäbe an eine Zeit heranzutragen, in der diese noch nicht gelten konnten.

5. H. Jappe (Forsch. z. br.-pr. Gesch. Bd. 46. I.)

Die Zusammenstellung Jahns mit den „Frühliberalen“ rechtfertigt sich insofern, als er selbst sich ihnen geistesverwandt fühlte und auch von ihnen als Gesinnungsgenosse empfunden wurde.⁶

Für die Auswahl der übrigen Vertreter ist es ausschlaggebend, daß alle drei durch ihre Lehrtätigkeit und ihr schriftstellerisches und politisches Wirken großen Einfluß auf das öffentliche Leben ihrer Zeit hatten. Rotteck und Welcker beeinflussten vor allem durch die Herausgabe des Staatslexikons, das sehr schnell verbreitet und von vielen maßgebenden Persönlichkeiten benutzt wurde, die politischen Anschauungen in Deutschland. Dahlmanns Bedeutung wurde besonders groß nach dem Erscheinen der „Politik“ und seinem Protest gegen die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes in Hannover. Seitdem wurde er in ganz Deutschland als Märtyrer empfunden und entsprechend beachtet.

Rotteck war der Vertreter des frühen süddeutschen, partikularistischen, stark von den Gedanken der französischen Revolution her beeinflussten Liberalismus.

Dahlmann vertrat den norddeutsch-englisch ausgerichteten Zweig.

Welcker fühlte sich keiner der beiden Richtungen ganz zugehörig, erkannte aber beide als gut und wertvoll an und suchte daher zwischen ihnen zu vermitteln.

Von den behandelten Politikern erlebte keiner die französische Revolution mit, auch die Verwirklichung ihres Einheitstraumes durch Bismarck sahen sie nicht mehr. So bilden die Fremdherrschaft in Deutschland, die Freiheitskriege und die Restauration die bei allen gleiche Erlebnisgrundlage.

Die Untersuchung behandelt die Volksvorstellung der einzelnen Politiker nacheinander, da jede ein geschlossenes Ganzes bildet und sich auch alle Einzelheiten und Besonderheiten nur vom Grunde des Gesamtbildes her verstehen lassen — bzw. zu dessen Vervollständigung ihrerseits beitragen. Daher läßt sich eine Trennung der einzelnen sachlichen Punkte nicht vermeiden. Der daraus entstehende Mangel an Übersichtlichkeit soll durch

6. Welcker, Stl. Bd. 6, 662; Dahlmann, E. 52.

den zusammenfassenden Vergleich am Schluß ausgeglichen werden. Dieser ist ausführlich gehalten und wiederholt auch bereits Gesagtes noch einmal, um damit das Wesentliche zu unterstreichen.

Dieser Teil soll auch die Verschiedenheiten deutlich machen, während die Gegenüberstellung mit von der Marwitz die trotzdem vorhandenen Gemeinsamkeiten erkennen lassen soll.

Damit wird die Einordnung in den größeren Zusammenhang der politischen Geschichte einerseits und in die Entwicklungsgeschichte des Volksbegriffes andererseits möglich. Sie ist hier nur in ganz großen Zügen geschehen, weil die Unterlagen für eine genauere Darstellung noch fehlen. In diesem Rahmen ist auch das Verhältnis zur Gegenwart nur angedeutet.

Als Quellen dienen der Untersuchung die gesamten Werke und Reden der einzelnen Politiker. Von ihnen werden im Literaturverzeichnis jedoch nur die angeführt, die etwas Wesentliches über den Volksbegriff aussagen. Die Äußerungen aus der Zeit der Freiheitskriege werden nur dann benutzt, wenn die Grundgedanken später in ähnlicher Form wiederkehrten, während deutlich unter dem Einfluß der Augenblicksbegeisterung entstandene Reden und Broschüren beiseite gelassen werden. Auch Lebensdarstellungen von den einzelnen Politikern und Werke über die allgemeine Problemstellung werden wenig herangezogen, da sie für diese Art der Untersuchung nur wenig Anhaltspunkte bieten.

Da die Arbeit von der Fragestellung nach dem Volke ausgeht, beabsichtigt sie nicht, eine Schilderung der Gedankenwelt der einzelnen Persönlichkeiten zu geben, sondern beschränkt sich bewußt auf das für die Klärung des Volksbegriffes Notwendige.

Es ist auch nicht beabsichtigt, die Herkunft der einzelnen Gedanken und Vorstellungen auf ihre Quellen, Vorgänger und Zeitströmungen zurückzuführen und die einzelnen Persönlichkeiten einzuordnen. Das ginge über den Rahmen der Untersuchungen hinaus, außerdem sind darüber zum Teil bereits Arbeiten vorhanden.

Auch die weltanschauliche Entwicklung der einzelnen Politiker wird nur soweit berücksichtigt, als sich daraus entscheidende Veränderungen des Volksbegriffes ergeben. Zum besseren Verständnis wird jeweils eine kurze Darstellung derjenigen Lebensereignisse vorausgeschickt, die für Anschauung und Erleben des Volkes wichtig sind.

Die praktisch-politische Stellungnahme ist nur dann behandelt, wenn sie entweder zur Klärung des theoretisch nicht ganz klar Gesagten dient oder umgekehrt die Erkenntnis der Volksvorstellung einen erklärenden Hinweis auf das praktisch-politische Verhalten gibt.

J a h n.

Das Volk „als Thatvolk lebend“.

Eine genaue Begriffsbestimmung dessen, was unter „Volk“ zu verstehen ist, erscheint Jahn unmöglich. Der Weg zur Erkenntnis seines Wesens führt vielmehr über eine nähere Betrachtung aller Dinge, Kräfte und Mächte, die es bilden und gestalten:

„Was Einzelheiten sammelt, sie zu Mengen häuft, diese zu Ganzen verknüpft, ... diese Einungskraft kann in der höchsten und größten und umfassendsten Menschengesellschaft, im Volke, nicht anders genannt werden, als — Volksthum. Es ist das Gemeinsame des Volks, sein inwohnendes Wesen, sein Regen und Leben, seine Wiedererzeugungskraft, seine Fortpflanzungsfähigkeit.“

Deutsches Volksthum S. 6.⁷⁾

Die Bildung des Wortes ist also entsprechend der von Mensch — Menschentum, Deutscher — Deutschtum erfolgt. Volkstum umschließt das Besondere des Volkes als Volk, sein eigenartiges Wesen, durch das es sich von anderen Gemeinschaften ähnlicher Art wie auch von den anderen Völkern unterscheidet. Das Volkstum gibt dem Volk seinen Wert als Gemeinschaft und bestimmt zugleich sein Verhältnis zu den übrigen gleichartigen Gemeinschaften:

„In den Volksthümern liegt jedes Volkes besonderer Werth und sein wahres Verdienst.“ (S. 11.)

Als „Einungskraft“ wirkt das Volkstum dabei in zweifacher Hinsicht. Es bezieht erstens die Menge der natürlichen und geistigen Bestrebungen und Leistungen auf einen gemeinsamen Mittelpunkt, zweitens richtet es die Menge der Einzelmenschen auf ein gemeinsames Ziel aus und faßt sie so zusammen. Eine inhaltliche Bestimmung dieser Einungskraft ist mit „Regen und Leben“ bereits angedeutet. Das Wesen des Volkes beruht also

7. Alle folgenden Zitate ebenfalls aus: Jahn: Deutsches Volksthum.

für Jahn nicht in seinem Sein, seinem Bestehen allein, sondern vor allem in seinem Wirken, mehr noch in seinem Weiterwirken, worauf auch „Fortpflanzungsfähigkeit, Wiedererzeugungskraft“ hinweisen.

Die beiden aus dem Naturleben gewonnenen Worte zeigen zugleich, daß „Volk“ als natürlicher Organismus gesehen wird. Sein Dasein erschöpft sich jedoch nicht in dem rein vitalen Leben und Wirken, sondern der Zusammenhalt wächst notwendig auch in höhere geistige Sphären:

„Dadurch waltet in allen Volksgliedern ein volkstümliches Denken und Fühlen, Lieben und Hassen... (S. 6.)

Beides ist also im Jahnschen Volksbegriff eng und organisch vereinigt, durchdringt und bedingt sich gegenseitig. Die natürlichen Gegebenheiten sind die Voraussetzungen für die Entwicklung der bewußten, geistigen, diese ihrerseits für die Förderung und Erhaltung der natürlichen notwendig:

„Der Mensch ist nur ein Genießbraucher der Natur, ihr Handlanger, und wenn er mehr oder gar alles sein will — ihr Verpfuscher.“ (S. 18.)

Die Abhängigkeit des Geistigen vom Körperlichen und von den Gegebenheiten der Natur entspricht der der Seele vom Körper. Sie gilt jedoch nicht nur im großen und ganzen, sondern erscheint als Grundlage auch jeder einzelnen Lebensäußerung:

„Es ist nicht willkürlich, welche Sprache das Kind zuerst lernt. Himmelsstrich, Luft, Erde haben Einwirkungen auf die Sprachwerkzeuge.“ (S. 147.)

Aus dem angeführten Zitat ergibt sich auch bereits, welche natürlichen Faktoren entscheidenden Einfluß auf die Bildung des Volkes, seinen Charakter und seine Kultur haben. Es sind vor allem die Bedingungen des Lebensraumes. Sie bestimmen organisch und klar die Grenzen des Volkes:

„Die Natur hat hier unvergängliche Gränzmächte gesetzt, ewige Scheiden errichtet, und durch Alpen und andere Hochgebirge, durch Binnen- und Weltmeere den Völkern ihre Kabeln angewiesen.“ (S. 34.)

Sie beeinflussen und bilden auch seinen Charakter. Jedoch nicht in der Art, daß das Volk lediglich Produkt der Natur-

gegebenheiten ist, woraus eine Art fatalistischer Lebensauffassung hervorginge, sondern es hat sich mit ihnen auseinanderzusetzen, sie stellen eine Aufgabe dar:

„Preußen umfaßt keinen natürlichen Lustgarten der Erde . . . entgeht uns nicht die daraus folgende Notwendigkeit, der Mehrzahl unseres Volkes zu harten Leibesarbeiten, zu schwereren als die Nachbarvölker, . . . fassen wir dies alles zusammen, so wird sich ergeben, daß die Preußen besonders und die Deutschen überhaupt nur durch Wechselwirkung von Volks-, Verfassungs-, Erziehungs- und Bücherwesen als ein edles und selbständiges Volk gedeihen können.“ (S. 142.)⁸

In engem Zusammenhang mit dem Raum stehen für Jahn die blutsmäßigen Bindungen der Völker:

„. . . Zwar ist der Mensch von Pol zu Pol verbreitet, aber in leicht begreiflichen Verschiedenheiten . . .“ (S. 20.)

Diese Verschiedenheiten sind jedoch nicht nur allgemein erkennbare Tatsachen, sondern in ihnen liegen die Vorbedingungen für den Zusammenschluß zu einem Volk. Sie zu erhalten ist der erste Sinn und die Aufgabe der Völker. Sie bestimmen damit auch die Grenzen und die Leistungen der einzelnen Volksgemeinschaften:

„Mischlinge von Thieren haben keine echte Fortpflanzungskraft, und ebensowenig Blendlingsvölker ein echtes volksthümliches Fortleben . . . Wer die Edelvölker der Erde in eine einzige Heerde zu bringen trachtet, ist in Gefahr, bald über den verächtlichsten Auskehricht des Menschengeschlechts zu herrschen.“ (S. 20, vgl. auch: S. 5, 22.) „Je reiner ein Volk, je besser; je vermischter, je bandenmäßiger.“ (S. 21.)

Die dritte wichtige Gemeinschaftsgrundlage sind die in dem schlichten Alltagsleben und seiner Gestaltung ruhenden Gemeinsamkeiten, die zwar stets vorhanden sind, aber erst als volksbildende Kräfte erkannt werden müssen. Ihre Beachtung erscheint Jahn deshalb besonders wichtig. Es ist die Eigenart gerade seines, des aus dem deutschen Leben gewonnenen Volksbegriffes, daß das erkannt und zur wesentlichen Grundkraft ge-

8. Hier zeigt sich, daß für Jahn Preußen der Ausgangspunkt, die plastische Vorstellungswelt ist, aus der seine Anschauungen erwachsen; sein Ziel aber ist Gesamtdeutschland.

macht wird. Das war Jahn auch der entscheidende Grund für die Neubildung des Wortes „Volksthum“ und damit fast das Wertvollste an seinem Buch, jedenfalls sah er — wie besonders seine Einleitung beweist — es selbst so an.

Seine Darstellung des „Volksthümlichen“ hat den Zweck, den Wert alles Schlichten, Einfachen im Volksleben klarzumachen, und enthält damit eine bewußte und deutliche Kampfstellung gegen alle Nachahmer einer übertriebenen Fremdkultur. Damit, daß das Primitive Urgrund und Kraftquelle für alles, auch das höchste geistige Leben wird, dringt volkliches Selbstbewußtsein von selbst in breitere Schichten der Bevölkerung und ermöglicht deren Anteilnahme am Gesamtleben. Aus der „Bevölkerung“, einer reinen Mengeneinheit, einem vegetierenden Lebewesen wird damit ein aktiver, selbstbewußter Träger des Kulturlebens. Dieses Erwachen volklichen Selbstbewußtseins, diese Erkenntnis der eigenen Leistungen und der Leistungsfähigkeit ist die Vorbedingung der wahren, echten und bleibenden Einheit:

„In der ganzen Lebensgeschichte eines Volkes ist sein heiligster Augenblick, wo es aus seiner Ohnmacht erwacht, aus dem Scheintode auflebt, sich seiner zum ersten Male selbst bewußt wird,“ ... (S. 253)

„... durch den gemeinen Mann artet die Urkraft des Volkes nach; (S. 54)“

„Denn immer geht vom Hauswesen jede wahre und beständige, und echte Volksgröße aus, im Familienglück lebt die Vaterlandsliebe, und der Hochaltar unseres Volksthums steht im Tempel der Häuslichkeit.“ (S. 12)

„Der Baum wächst von unten herauf, der Staat vom sogenannten Volk oder großen Haufen in die Höhe. . .“ (S. 54)

Entscheidend ergänzt wird das Wertbewußtsein der Gemeinschaft durch die Kenntnis der Vergangenheit, der vergangenen Taten und Leistungen, der geschichtlichen Entwicklung:

„... Noch weniger sind tausendjährige Völker umzuschaffen wie mit einem Winke.“ (S. 18)

Dabei stärken nicht nur die Taten des Gesamtvolkes das Gemeinschaftsbewußtsein, sondern oft stärker und unmittelbarer noch die einzelner Volks- oder Bevölkerungsteile. Durch die Vorstellung des Volkes als eines gegliederten Ganzen, das aus

einzelnen Stämmen und Ständen organisch zusammengewachsen ist, werden auch sie auf die Gesamtheit bezogen:

„Lückenlos reiht im Volke durch das Volksthum sich Geschlecht an Geschlecht.“ (S. 26) „Stände sind bloß natürliche Eintheilungen des Volks, . . (S. 215) „Und doch soll jeder Staat der Leib sein, die Provinzen seine Glieder.“ (S. 32)

Die Erkenntnis der Geschichtlichkeit führt organisch zu einem Verantwortungsgefühl vor Vergangenheit und Zukunft, dieses dient dem Volkstum als Erhaltungs- und stets neue Zeugungskraft:

„Vaterländische Geschichte ist die Thaterhalterin des Volks, und Thatentzünderin durch lebendiges Beispiel.“ (S. 173.) „Groß ist jeder Schöpfer, wichtig nur durch den Erhalter.“ (S. 26.)

Auch die Geschichte ist also als Folge von Schicksalen und beispielhaften Leistungen eine natürliche und geistige Wurzel des Volkstums.

Das Gemeinsame aller aufgezeigten Grundlagen und Voraussetzungen liegt darin, daß alle an sich natürliche, d. h. vom menschlichen Willen und Wissen unabhängige sind, sich kraft eigener Gesetzlichkeit entwickeln und ihren Einfluß auf das Volk mit und ohne dessen Bewußtsein ausüben.

„Volk“ ist also auch unbewußt vorhanden. Es ist dann das, was Jahn mit „Namenvolk“ bezeichnet. Es enthält ebenfalls keimhaft eine Art Volkstum; einen Zusammengehörigkeitsinstinkt. Aber diese Art „Volk“ ist lediglich Vorstufe, unvollendete Bildung, die von selbst früher oder später zu einer bewußten Ausbildung drängt. Der Weg führt über das langsame Bewußtwerden der Gemeinschaft, ihrer Eigengesetzlichkeit und Eigenwertigkeit. Daraus folgt der Übergang vom instinktiven Sich-treiben-lassen zum selbstbewußten Handeln und Gestalten.

Das Volk wird aus einem „Namenvolk“ zu einer wert-, ziel- und verantwortungsbewußten Gemeinschaft; zum „Thatvolk“. Die letzte Einung erfolgt also durch **bewußtes Zielstreben**, durch den gemeinsamen Einsatz für einen Höchstwert. Dieser Höchstwert ist: das Volkstum. Volkstum ist also einerseits: „Zusammengehörigkeitsgefühl“, das ist die Grundlage, es entwickelt sich zu einer „Gestaltungskraft“ und stellt schließlich selbst eine Schöpfung, etwas „Gestaltetes“ dar.

Jahn hat selbst klar erkannt, wie vielseitig und vielfältig die Wirkungsmöglichkeit des Volkstums ist:

„So ist ein echtes Volk, durchdrungen vom Machtgefühl seines eigenen Volkstums, eine menschliche Meisterschöpfung, die selbst wieder Schöpfungskraft äußert; und so im ewigen Kreistanz das Schaffende und Erschaffene einigt.“ (S. 13.)

Die weite und starke Wirkung beruht also einmal auf diesem inneren Zusammenhang von Sein, Werden und Wirken, zum anderen auf der zentralen Stellung im Gesamtleben des Einzelnen wie der Gemeinschaft. Um diese Vielseitigkeit noch einmal klar zu zeigen, seien die wichtigsten Eigenschaften hier zusammengestellt und zwar so, wie Jahn sie bezeichnet:

Volkstum ist seinem Wesen nach: Leben und Regen (S. 6) Wiedererzeugungskraft, Fortpflanzungsfähigkeit, Einungskraft, Gefühl (S. 6) Sichaneinandergewöhnen, Ineinanderhineinleben (S. 13) seiner Wirkung nach: Schöpfungskraft, Erhaltungsgewalt (S. 13) innere Bundeskraft (S. 141), heilige Bewahrerin des Volkes, (S. 141) Macht (S. 13); als Leistung, als Wert ist es: Meisterschöpfung (S. 13.) wahrer Völkermesser der Größe, richtige Völkerwage des Werths (S. 19.) Werth, Verdienst für das Wettstreben zur Menschheit (S. 17.) und schließlich: eines Schutzgeistes Weihungsgabe (S. 25). Ein Zeichen, daß es, wenn auch praktisch meist unbewußt, doch im letzten aus einer höheren überirdischen Kraftquelle fließt.

Der Staat als „Grundgestell des Volks“.

Damit kommen wir schon über die Frage: was ist Volkstum und Volk hinaus zu der Frage: was bedeutet es, wie wirkt es auf die übrigen Gegebenheiten des Lebens und wie verhält es sich zu ihnen.

Das Verhältnis zum Einzelmenschen ist klar bestimmt. Der Einzelne erhält seinen Wert als Mensch erst durch die Gemeinschaft, erst durch seinen Einsatz für das Volkstum:

„Das bringt alle die einzelnen Menschen, ohne daß ihre Freiheit und Selbständigkeit untergeht, sondern gerade noch mehr gestärkt wird, in der Viel- und Allverbindung mit den Übrigen zu einer schön verbundenen Gemeinde.“ (S. 6.)

Ähnlich und ebenso eindeutig liegt das Verhältnis zum Staate. Auch er erhält Wert und Bestimmung erst durch das Volk und sein Volkstum:

„Nichts ist ein Staat ohne Volk, ein seelenloses Kunstwerk; nichts ist ein Volk ohne Staat, ein leibloser luftiger Schemen . . .“ (S. 14.)

Das Verhältnis ist also das des Leibes zur Seele, was auch die Vergleiche selbst andeuten. Beide Teile sind folglich zwar gleich notwendig, aber nicht gleichwertig. Der übergeordnete Wert, weil sowohl natürlicher fundiert als auch dem Geistigen näher stehend, ist das Volk. Das wird auch durch die sprachliche Ableitung des Wortes Volkstum von Volk unterstrichen, die damit die engere Beziehung von Volk zu Volkstum als von Staat zu Volkstum andeutet.

„Staat und Volk in eins geben erst ein Reich, und dessen Erhaltungsgewalt bleibt das Volksthum.“ (S. 14.)

„. . . Volk in den Staat setzte, was noch jederzeit Volksthum erzeugt hat.“ (S. 16.)

„Es (Volkstum) setzt den Staat voraus, aber nicht umgekehrt jeder Staat das Volksthum. Staat ist das Grundgestell des Volks, die stehende äußere Befriedigung vom Volksthum.“ (S. 19.)

Der Staat besitzt also von sich aus nicht die Kraft, neues inneres Leben zu schaffen:

„Nicht der äußere umgelegte Staatsband macht das Volk; . . . Zusammenseinmüssen giebt keinen wahren Verein.“ (S. 13) vgl. S. 19.

So gering seine Wertung ist, so groß ist demgegenüber — unter selbstverständlicher Voraussetzung, daß nur volkstümliche Mittel angewandt werden — der Funktions- und Wirkungsbereich des Staates. Er hat erstens den Schutz des Volkes zu übernehmen. Schutz ist dabei im weitesten Sinne des Wortes aufzufassen, denn er bezieht sich nicht nur auf die Sicherung der äußeren Grundlagen des natürlichen Volkslebens, wie Gebiet, Verfassung usw. sondern ebenso sehr auch auf die Erhaltung seiner geistigen Güter und Werte, der Volkssitten, Rechte, Bräuche. Dem Staat liegt die Abwehr alles Fremdvölkischen, das als Gefahr für das Eigenständige angesehen wird, ob.

Weiter hat er die Aufgabe, das Volksthümliche zu fördern, seine Entwicklung mit allen Mitteln anzuregen und zu unterstützen. Das Hauptmittel hierzu ist die Erziehung:

„Ein Heilungsverfahren von Grund aus ist in der Volkserziehung gegeben... Volkserziehung soll das Urbild eines vollkommenen Menschen, Bürgers und Volksgliedes in jedem Einzelwesen verwirklichen. Auf alle natürliche geistige und sittliche Bedürfnisse muß sie Rücksicht nehmen, mit ihnen sich zu einem rechten, wahren und schönen Volksthumsgeist erheben, und so als ein freies selbständiges Werk in die Ewigkeit hineingebaut fortauern. Aus ihrer Schule wird das Volk hervorgehen, als Thatvolk lebend, nicht als bloßes Namensvolk daseiend; sein äußerer Staatsverband wird durch die innere Bundeskraft bestehen... Volksthümlich Menschen bilden, ist ein Aufrechterhalten des dereinstigen Volkes, eine Vorbereitung künftiger Volkserziehung... heilige Bewahrerin des Volks.“ (S. 141.)

Durch die Erziehung wird der Staat also entscheidender und notwendiger Träger des Volkstums. Erziehung ist dabei — wie schon hier angedeutet — in dem ganz weiten Sinne von: Menschenbildung oder Menschenbeeinflussung in einer bestimmten Richtung gesehen. Sie erstreckt sich daher auch keineswegs nur auf junge Menschen oder auf die Zeit der ersten Entwicklung eines Volkes im Staate, sondern sie ist ständig vorhanden und beeinflußt das Leben des Einzelnen von allen Seiten. Im Grunde dienen alle Einrichtungen des Staates letzten Endes der Erziehung des Volkes.

In engem Zusammenhange mit der Erziehung — bis zu einem gewissen Grade in ihr enthalten — steht die Anregung, die der Staat auf die Formkräfte des Volkes ausübt. Jahn empfiehlt zur Anregung der schöpferischen Kräfte: Veranstaltung von Wettkämpfen, Festen usw. Ein besonderes Mittel in diesem Zusammenhange ist die staatliche Anerkennung von Verdiensten um das Volkstum durch Verleihung des Verdienstadels. Adel ist gedacht als anspornende Auslese. Er ist daher für ein organisches, lebendiges Volksleben unbedingt notwendig:

„... die Menge zählt nur im Gefolge der Hoheit.“
(S. 222.)

„Eine lange, fortgesetzte Familientugend der Vorfahren muß die Ahnen ausmachen und zum Anspruch berechtigen.“ (S. 223.)

„Aber nur bedingt muß die Ehre der Vorfahren nacherben.“ (S. 224.)

„... (Fürsten) ... Den Verdienstadel mögen sie sich wie andere Staatsbürger erwerben.“ (S. 228.)

„Nichts darf im Verdienstadel von Erblichkeit und Geburtsvorzügen vorkommen.“ (S. 228.)

Verdienst- und Geburtsadel bestehen für ihn also nebeneinander als Formen volklicher Gliederung und Auslese, die durch den Staat anerkannt sind, sich aber nicht gegenseitig ausschließen, sondern innerlich wechselseitig bedingen.

Der Staat hat so trotz wertmäßiger Unterordnung und Mangel eigenschöpferischer Kraft doch als Form und Erhaltungskraft eine sehr große Bedeutung.

Eine ähnliche Stellung nimmt auch der Fürst dem Volkstum gegenüber ein. Er braucht es als Erhaltungskraft für sein Werk. (S. 18 ff.) Doch üben die Fürsten auch ihrerseits einen starken Einfluß auf das Volk und die Gestaltung seines Volkstums aus, weil von ihrer Kraft und von ihrem Können die Grundlagen und natürlichen Vorbedingungen der Entwicklung des Volkstums weitgehend abhängig sind:

„Immer noch war das Schicksal der Völker an einzelne Herrschergeschlechter geknüpft ...“ (S. 219.)

„Warum lebt noch unser großer Heinrich? Weil er nicht den Staat über das Volk, sondern das Volk in den Staat setzte, was noch jederzeit Volksthum erzeugt hat.“ (S. 20.)

Direkter Einfluß oder starke persönliche Anteilnahme einzelner Fürsten an der Gestaltung und Ausgestaltung des Volkstums in seinen Einzelheiten wird jedoch nicht erwartet. Der Fürst kann selbst nicht Volkstum schaffen, weil dies aus einer Gemeinschaft herauswachsen muß, und er selbst durch seinen Beruf über und nicht mehr in der Gemeinschaft steht. (S. 30.) Da er jedoch durch die Staatsführung und seine Taten starken indirekten Einfluß auf die Volkstumsgestaltung ausübt, ist dieses für sein Werk nicht nur Erhaltungskraft, sondern gleichzeitig Wertmesser. Die einzelnen Fürsten werden nach dem, was sie für das Volk und die Ausbildung seines Volkstums taten, be-

urteilt, wenigstens von der Geschichte aus. Ihr Wert als Persönlichkeit bleibt davon zunächst unberührt. (S. 30.)

Das Verhältnis des Volkes zur Religion wird bestimmt durch die Ehrfurcht vor dem geschichtlich Gewordenen:

„Vaterlandsliebe ehrt den Glauben der Väter.“ (S. 102.) Darin liegt bereits eine gewisse Ein- und Unterordnung der Religion unter Volk und Staat. Sie wird begründet damit, daß die Religion eines Volkstums bedarf, um überhaupt auf der Erde leben und wirken zu können:

„Der Stifter des Christenthums, dessen Reich nicht von dieser Welt war... mußte sich dennoch einem Volksthum anschließen. Und nie hat das Urchristenthum sich rein bestehend erhalten können; immer nur hat es sich, bald entstellter, bald unverfälschter, in Volksthümern ausgesprochen.“ (S. 16.)

Das Dasein der Volkstümer gibt auch der Religion erst die Lebensmöglichkeit. Zugleich aber wird sie von ihnen durchdrungen und teilweise umgestaltet. Die größere Kraft und der stärkere Einfluß liegt folglich beim Volkstum. Daher wird auch Luther nicht in erster Linie als Religionsstifter, sondern vor allem in seiner Bedeutung als Erneuerer des deutschen Volkstums gesehen:

„Mit dem neuerweckten und kräftig erwachten deutschen Volksthum hat Luther gesiegt, einzig dadurch Papst und Pfaffheit überwunden und die Menschheit einen Siegestag feiern lassen.“ (S. 127.)

Die Religion ist also zwar „ein höheres sittliches Reich“ (S. 114), ihr Wert und ihre innere Unabhängigkeit wird durch die Bindung an das Volk nicht beeinträchtigt, sie bedarf nur — wie alle höheren geistigen Reiche⁹ — einer festen lebendigen Grundlage, eines Wachstumsgrundes.

Stärker noch und enger als die Anlehnung der Religion an Volk und Staat ist die der Kirche. Doch soll auch das keine unbedingte Unterordnung zur Folge haben, sondern sie ergibt sich nur aus der praktischen Notwendigkeit:

„Die Kirche ist dem Staat nicht übergeordnet, weder unter- noch nebengeordnet... Aber vorwirken muß der Staat, daß sie selbst nachwirken kann.“ (S. 102.)

9. Vgl. Die Stellung zur Wissenschaft (Deutsches Volksthum S. 63) und zur Menschheit (Deutsches Volksthum S. 11; zit. S. 27).

Jahn zeigt also geringes Verständnis für die Eigengesetzlichkeit von Religion und Kirche und beurteilt sie nur vom Volkstumsstandpunkt aus. Er mißt ihr auch keine wesentliche Gestaltungskraft für das Volkstum zu, weder als Kulturträger noch als Sittlichkeitsträger. Das vollkommene Volkstum bedarf solcher Ergänzung kaum. Es nimmt die Religion wohl auf, nutzt sie aber nur, soweit es notwendig ist.

Die Völker „als Leiter der Begebenheiten“.

Ähnlich wie für die Religion liegt das Verhältnis zum Volk für die Menschheit.¹⁰ Auch sie stellt einen höheren geistigen Wert dar, der eines natürlichen, lebendigen Unterbaues bedarf:

„Denn nirgends erscheint die Menschheit hinieden abgesondert und rein, immer wird sie nur durch Volksthümer vorgestellt und vertreten.“ (S. 12.)

Die Begründung klingt stark an die, die das Verhältnis der Religion zum Volke bestimmt, an. Sinn und Aufgabe der Völker ist es also, in und durch ihr Volkstum einen Teil des Hochziels der Menschheit zu verwirklichen.

„Von . . . erster geschichtlicher Denkzeit an bis zum Schlußereignis waren Völker immer die Leiter der Begebenheiten. In ihnen wird die Geschichte erzeugt und beschrieben, sie sind die Gedächtnisträger.“ (S. 11.)

Die Aufteilung und Zusammenfassung der Menschen in Völkern ist notwendig, weil das Hochziel für den Einzelnen zu fern und zu wenig faßlich ist, um direkt erreicht zu werden, weil die Weiterbildung und Vervollkommnung des Menschen nur durch eine Gemeinschaft möglich ist und weil alles Geistige, um lebendig zu bleiben und wirken zu können, einer realen Grundlage bedarf. Die einzelnen Volksgemeinschaften bleiben — trotz des gleichen Zieles — selbständig und entwickeln sich nach eigener Gesetzmäßigkeit:

„. . . Völker haben sich in die Rollen des größten Schauspiels getheilt; daher kennen die ältesten Urkunden kein

10. „Menschheit“ heißt im Rahmen dieser Untersuchung stets: ungeteilte mehr oder wenige ideale Gemeinschaft aller, die das letzte Ziel alles Seins auf Erden, die höchste sittliche Vervollkommnung aller Menschen erstrebt.

alleiniges Volk mehr, weder ein Mustervolk, noch ein Urvolk.“ (S. 3.)

„Darum ist ein jedes verlöschende Volksthum ein Unglücksfall für die Menschheit, ein Verlust für die Geschichte und eine unausfüllige Lücke.“ (S. 23.)

Der Sinn der Volkstumsentwicklung liegt also nicht darin, andere Völker oder Volkstümer zu beeinflussen, sondern einzig und allein in der Förderung des eigenen. Ein Eingreifen in die Eigengesetzlichkeit anderer wird stets als Hindernis für den Fortschritt und Verstoß gegen das Naturgesetz angesehen, nach dem Vollkommenheit nur dann zu erreichen ist, wenn keine Richtung unterdrückt wird. Ein starkes Volkstum wehrt sich auch von selbst gegen Eingriffe.

Diese Einstellung bestimmt auch das Verhältnis der Völker zueinander. Ein ausgebildetes Volkstum stellt nicht nur einen Wert, sondern zugleich auch eine Macht dar, es ist unüberwindlich:

„Wo nichts ist als Volksthum und aller Segen nur in ihm, da giebt es einen armseligen Sieg... oder der Überwinder verliert im Frieden den Sieg, übersetzt sich ins überwundene Volk.“ (S. 25.)

Die Völker stehen also als natürliche und geistige Mächte nebeneinander. Sie bilden eine große Familie, in der jeder seine Sonderaufgabe hat, die nach den Anlagen nur er erfüllen kann. Der Einfluß liegt nur im gegenseitigen Ansporn zu ihrer möglichst schnellen und vollkommenen Erfüllung. Maßgebend für die Beurteilung ist es dabei 1.: wie weit dem Volke sein Volkstum bewußt ist, 2. wie breit die Schichten sind, die an seiner Vervollkommenung mitarbeiten und 3. wie weit die Menschen durch diese Erziehung dem Ziel der menschlichen Sittlichkeit nahegebracht worden sind.¹¹

Theoretisch ist also die Menschheit letzter Richtwert. Da dieses Ideal jedoch zu fern und unfaßbar ist, bleibt praktisch das Volkstum selbst Höchstwert.

„Was im gewöhnlichen Lebensgewühl der edle Charakter vollendeter Menschen; das ist im Völkergebiete das Volksthum. Volksthum ist eines Schutzgeistes Weihungsgabe, ein

11. Die fortgeschrittensten Völker auf diesem Wege sind die Griechen und die Deutschen (S. 7, 17, 9).

unerschütterliches Bollwerk, die einzige natürliche Gränze. Die Natur hat diese Völkerscheide selbst aus natürlichen Beschaffenheiten erbaut, fortwirkend durch die Zeit wieder gebildet, durch die Sprache benannt, mit der Schrift befestigt und in den Herzen und Geistern verewigt.“ (S. 25.)

Dienst am Volkstum ist also Dienst an der Natur, im Sinne der Welterschöpfung, folglich im letzten Gottesdienst und Menschheitsdienst.

Rotteck.

Das Leben und sein Einfluß auf die Vorstellung vom Volk. (Die vier getrennten Sichten des Volkes.)

Rotteck war der typische Liberale der süddeutschen Mittel- und Kleinstaaten. Er verbrachte sein ganzes Leben in Freiburg im Breisgau und kam fast nie über die Grenzen seines Heimatstaates hinaus. Er lernte also weder das deutsche Volk in seinen vielfältigen Erscheinungsformen bei trotzdem letztlich einheitlichem Volkscharakter kennen, noch konnte er es nach eigenen Erfahrungen mit anderen Völkern vergleichen.

Baden war ihm folglich nicht nur ein Glied, ein Teil eines ganzen großen Volkes, sondern selbst ein Volk, eine kleine Welt für sich. Es war sein praktisches Beispiel und damit Maßstab für alle seine Anschauungen von Volk und Staat.

Diese räumliche Enge übertrug sich auch auf seine geistige Welt. Als begabter, frühreifer und zu abstraktem Denken neigender Mensch hatte er früh eine klare und in sich abgerundete Weltanschauung, verschloß sich dann aber — entgegen dem darin enthaltenen Glauben an die Notwendigkeit des Fortschrittes — fast allen neueren Gedankengängen und erstarrte zum Doktrinär.

Der Einfluß des Lebens und Erlebens auf sein Denken war daher verhältnismäßig gering.

Die wenigen entscheidenden Dinge, die sein Bild vom Volk von seinem Leben her bestimmten, waren:

1. Die Eindrücke der französischen Revolution, die ihn zu einem begeisterten Anhänger der in ihr verfochtenen Grundsätze der Freiheit und Gleichheit machten und seine ganze Gedankenwelt grundlegend französisch-rationalistisch ausrichteten.
2. Seine soziale Stellung: als Sohn eines für seine Verdienste geadelten Professors trug er äußerlich das Zeichen des Adels, hatte aber weder dessen materielle Vorrechte, die ja wesentlich

an den Grundbesitz geknüpft waren, noch war er innerlich mit dem neuen Stand verwachsen. Er stand also gewissermaßen zwischen Volk und Adel. Damit wurde ihm das Verhältnis der beiden zueinander und die darin enthaltenen Spannungen und Schwierigkeiten besonders klar und wichtig.

Der Einfluß der engen persönlichen Verhältnisse und der Ersatz der fehlenden Anschauung durch Theorien bestimmen also die Volksvorstellung Rottecks.

Trotz dieser Enge und Einseitigkeit ist eine klare Einheit im Volksbegriff weder bewußt noch unbewußt vorhanden. Die entscheidenden Merkmale des „Volkes“ wechseln ebenso wie seine Begrenzung und sein Verhältnis zu den anderen Werten des Lebens je nach der Blickrichtung, aus der es gesehen wird.

Bezeichnend dafür ist es, daß Rotteck, der sonst für alle Dinge und Begriffe des politischen, juristischen und wirtschaftlichen Lebens genaue Begriffsbestimmungen gibt, „Volk“ oder „Nation“ nie eindeutig definiert. Im Gegenteil, Formulierungen wie: „Volk (im weiteren Sinne) oder „Volk“ . . . „im edlen Sinne des Wortes“ weisen darauf hin, daß er gelegentlich mit dem gleichen Ausdrucke Verschiedenes bezeichnete.

Drei verschiedene Blickrichtungen werden auch von ihm selbst deutlich unterschieden:

„Der Ausdruck politische Ökonomie scheint uns übrigens weit passender, weil bezeichnender als das Wort National-ökonomie; weil in dieser Wissenschaft ebensowenig von einer Nation (nehme man sie im genetischen oder geographischen Sinne) als von einem Volke schlechtweg, d. h. von einer Menschenmenge in einem so oder so begrenzten Land die Rede seyn kann, sondern bloß von einem zu einer Staatsgesellschaft vereinigten, also im politischen Verbande stehenden Volke.“ (VR. IV; 24.)

Die drei Möglichkeiten sind also in der nach der Wichtigkeit bestimmten Reihenfolge: 1. vom innenpolitisch-rechtlichen Standpunkt aus erscheint das Volk als: Staatsgesellschaft, rechtlich gebundene Willensgemeinschaft;

2. in der kulturell-völkischen Sicht erscheint es als: natürliche und Kulturgemeinschaft, als „Nation“;

3. in allgemeiner, wissenschaftlicher, unpolitischer Betrachtung als: Menschenmenge, deren besonderer Charakter in der gerade

vorliegenden Beziehung belanglos ist. Dieser Gebrauch des Wortes findet sich vor allem in der Weltgeschichte, z. B. in bezug auf die primitiven Völker, deren besondere Kennzeichnung teils noch unmöglich, teils in dem Zusammenhang überflüssig erscheint.

4. Noch seltener kommt die Bezeichnung „Volk“ im verächtlichen Sinne für eine zusammenhanglose, unverantwortliche Menschenmenge vor:

„Es giebt nichts Schrecklicheres in der Idee wie in der Erfahrung, als ein Volksgericht in dem Sinne, daß das Volk, das unverantwortliche, . . . seinen augenblicklichen Willen in der Form eines Rechtserkenntnisses ausspreche und dann auch vollziehe.“ (VR. III; 260.)

Diese Art „Volkswille“ untersteht selbstverständlich strenger Staatsaufsicht. Meist spricht Rotteck in dieser Beziehung jedoch von „Volksmenge“, „Masse der Nation“ (NS. II, 380, NS. I, 195), „Volkshaufen“ (VR. II, 116, 176). Darin ist einerseits enthalten, daß auch dieser Teil der Bevölkerung in der Idee zum Volke gehört, allerdings keinesfalls mit der Gesamtheit gleichzusetzen ist; andererseits zeigen die Zusätze, in denen eine gewisse Verachtung liegt, daß er praktisch nicht der politischen Willensgemeinschaft, die ihr Schicksal selbst zu bestimmen fähig ist, zugerechnet werden kann.

Alle die hier getrennten Sichten stellen letzten Endes natürlich nur verschiedene Seiten einer Gesamtvorstellung dar. Sie werden hier nur getrennt, um das Wichtige vom Unwichtigen zu scheiden, außerdem wird schon an der Aufteilung klar, daß eine innere Einheit, ein gemeinsamer Mittelpunkt noch fehlt, daß sie noch nicht ausgereift, vor allem nicht erlebt ist.

Das Volk als „zur Staatsgesellschaft vereinigter politischer Verband“.

Volk im juristisch-innerpolitischen Sinne bedeutet: die zur juristischen Persönlichkeit zusammengeschlossene Menge der vollbürtigen Staatsbürger. Es umfaßt also der Idee nach alle auf dem Staatsgebiet Wohnenden, unterscheidet sich aber von „Bevölkerung“, der nur äußerlich abgegrenzten Menge durch den

Zusammenschluß zu einer Willensgemeinschaft; eine derartige „Gesellschaft“ ist:

„...rechtskräftige (insbesondere vermöge Vertrags) bestehende Verbindung mehrerer Personen zur Erstrebung eines gemeinschaftlichen Zweckes.“ (StL. V, 681.)

„Mitglied ist nur derjenige, der in jener Willensvereinigung als mitwollendes Element begriffen ist.“ (StL. V, 684.)

Der Zusammenschluß stellt also eine Rechtsordnung dar. Er bindet den Einzelnen an die Gemeinschaft in allen seinen Handlungen, allerdings nur so weit, als es der Zusammenschluß erfordert, und für die Bezirke des Lebens, auf die dieser sich erstreckt. Das „Volk“ beruht also auf einem Vertrag, der obwohl historisch nicht nachweisbar, ideal vorgestellt wird. (StL. V. 687.) Er enthält sowohl den Zwang zur Ausrichtung des eigenen Tuns auf das Ziel der Gemeinschaft, als auch gleichzeitig die Unterwerfung des Einzelwillens unter den der Gemeinschaft:

„Durch die Vereinigung zur Gesellschaft haben die Stifter oder Mitglieder der Vereinigung innerhalb der Sphäre der durch den Kontrakt bestimmten Zweckerstrebung ihrem besonderen oder Privatwillen entsagt und sich der vom Gesamtwillen ausgehenden Bestimmung unterworfen.“ (VR. I, 275.)

Vgl. auch: VR. I, 281; StL. V, 687; NS. II, 413, 408; StL. III, 522 usw.

Dieser Wille wird praktisch dargestellt durch die Majorität. Sie wird gewonnen durch Abzählen und Abwägen der abgegebenen Stimmen des Volkes oder der von ihm gewählten Stellvertreter. (StL. V, 685.) Diese Verbindlichkeit der Majoritätsentscheidung beruht erstens auf dem Gesellschaftsvertrag selbst und außerdem auf der vernünftigen Einsicht in die praktische Notwendigkeit:

„Es ist gar keine andere Art zu einem Entschlusse zu kommen, ... vernünftig gedenkbar.“ (StL. V, 691.)

Der Zusammenschluß ist also rein vernünftig, rechtlich:

„Was ein Volk zur Gesamtpersönlichkeit macht, ist rein juristisch (ein bloßes Rechtsverhältnis), höchstens noch physisch (in so fern ein Volk ein nach Naturgesetzen fortschreitendes Gesamtleben hat).“ (VR. III, 16.)

Grundlage und Erhaltungskraft wird damit der gemeinsame Zweck:

„Die Gemeinschaft des Willens setzt die Gemeinschaft eines Endzwecks voraus, und zwar eines selbstgesetzten Zwecks und welchen zu erstreben eine wechselseitige Verpflichtung besteht.“ (VR. I, 269.)

Dieser Zweck ist praktisch: die Wahrung der materiellen und politischen Rechte der Einzelnen. Voraussetzung dafür aber ist die rechtliche Anerkennung des Volkes als wollender und willensfähiger Gemeinschaft durch den Staat. Der Kampf des Volkes geht also um **R e c h t** und **M a c h t**. Er richtet sich damit eindeutig gegen die, die bisher die Macht im Staate in den Händen hatten: gegen Fürsten und Adel.¹² Volkstum bedeutet daher hier: Gegensatz zu Königtum und Aristokratie:

„Da begannen die Könige dem Adel als Feind des Volkstums ihre Gunst wieder zuzuwenden . . .“ (AG. VI, 199.)

„Der vorige Zeitraum hat uns . . . den völligen Triumph der Aristokratie über Volkstum und Königthum gezeigt.“ (AG. VI, 195.)

„Ist er (der Fürst) minder reich oder gewaltig geworden durch das Anerkenntnis unseres Volkstums . . .?“ (NS. II, 413.)

„Volkstum“ ist also hier rein innenpolitisch, rechtlich, verfassungsmäßig gesehen und bedeutet: Herrschaft des Volkes oder wenigstens: Anteil an der Regierung als willens- und regierungsfähige Gemeinschaft. Damit wird die Rechtssphäre zum natürlichen Kampfplatz.

Die Anerkennung des Volkes als juristische Persönlichkeit bedingt eine ganz neue Rechtsauffassung. War bisher (von R. aus gesehen) das Recht und die Rechtsauffassung wesentlich abhängig von der Macht, dem Wohlwollen und Willen derer, die herrschten, so müssen mit dem Mündigwerden breiterer Schichten notwendig allgemeingültigere und klarere Rechtsgrundsätze an diese Stelle treten. Sie können sich nur auf der Grundlage

12. Es ist auch eine andere Kampffront für die Entstehung des Volkes denkbar: „Durch solchen gemeinschaftlichen Beschluß . . . bildeten sich die früher Unverbundenen zu einer Kriegsgenossenschaft, die dann, wenn sie faktisch war, zu einem Volke anschwellen und ein Reich gründen mochte.“ (StL. III, 500.) Diese Möglichkeit wird von Rotteck jedoch keiner näheren Betrachtung gewürdigt.

bilden, die bei allen Menschen gleichmäßig vorhanden ist: auf der menschlichen Vernunft:

„Die Quelle der Rechtsgesetze ist also allermeist die Vernunft... Noch eine zweite vom Staate unabhängige Quelle hat das Recht, nämlich die Convention.“ (VR. III, 182, 183.)

Damit wird das Recht in seinen Grundlagen unabhängig von einzelstaatlicher oder einzelvolklicher Entwicklung, ebenso wie von Sitte, Religion oder überhaupt jeder höheren Bindung.

„Alles ist Recht, was mit der größtmöglichen Freiheit aller Anderen nicht im Widerstreite steht, und solche Eigenschaft können immoralische Handlungen nicht minder haben als moralische. (StL. IX, 514.)

Die Herrschaft dieser neuen Rechtsauffassung ist folglich nur durch einen vollständigen Bruch mit der Vergangenheit zu erreichen. Daher ist die erste Aufgabe aller Völker und ihrer Vertretungen der Kampf gegen das herrschende, das historisch gewordene Recht. (StL. VII, 18.) Von dem Erfolg hängt das Sein oder Nichtsein der Völker ab, er wird daher mit eiserner Strenge durchgeführt und läßt alle übrigen menschlichen Bestrebungen zurücktreten. (StL. III, 176.)

Daraus erklären sich auch die außerordentlich weitgehenden Forderungen z. B. hinsichtlich des volklichen Widerstandsrechtes gegenüber der Regierung. (StL. III, 176.) Es handelt sich dabei jedoch nur um einen Übergangszustand, ist er überwunden, so erkennt auch Rotteck die Notwendigkeit gefestigter Staats- und Regierungsverhältnisse an:

„In dem normalen Zustande der Gesellschaft ist allerdings jede Auflehnung gegen den Inhaber der Gewalt zugleich Auflehnung gegen die Gesamtheit selbst... (StL. VII, 49.)

Die von ihm geforderte Rechtsumwälzung erstreckt sich auf alle Gebiete des Rechtslebens und bestimmt damit das menschliche Leben weitgehend. Da sie für alle Völker in gleichem Maße gilt und die alleinige Bindung an die Vernunft alle Verschiedenheiten zwischen den Völkern aufhebt, werden die Völkergrenzen gleichgültig und überflüssig. Die einzigen Unterschiede bestehen nur insofern, als der Fortschritt bei den einzelnen Völkern verschieden schnell ist (NS. II, 47; StL. VII, 18; StL. II, 514.)

Der praktische Ausdruck der herrschenden menschlichen Vernunft ist die öffentliche Meinung. Sie ist eindeutig und klar, sobald die Behinderung durch das historische Recht und die staatliche Willkür fortfällt, und zwar deshalb, weil nach Rottecks Ansicht in der Menge stets das Beste siegt:

„Das Urtheil des Einzelnen ist trügerisch; in dem übereinstimmenden Urtheile Mehrerer aber liegt der stärkste Überzeugungsgrund für die Richtigkeit des Urtheils. (StL. VIII, 20.)

Voraussetzung für eine derartige glückliche Ausbildung der öffentlichen Meinung aber ist außer der Freiheit auch eine gewisse Gleichheit der Glieder, da nur dann ein freies Spiel der Kräfte stattfinden kann:

„Die Freiheit der Gesellschaft, d. h. ihrer Glieder, faßt auch deren formale Gleichheit in sich. Doch mag derselben unbeschadet manche materielle Ungleichheit eintreten und zwar sowohl diejenige, welche in der Verhältnismäßigkeit, d. h. in einer nach dem etwa ungleichen Maß der Leistungen oder Beiträge bestimmten gleichfalls ungleichen Theilnahme an den gesellschaftlichen Rechten und Genüssen besteht, als die, welche sich auf besondere Rechtstitel oder auf willkürliche Verfügungen des Gesamtwillens gründet... Jene Verhältnismäßigkeit ist nämlich ganz eigentlich die formale Gleichheit.“ (VR. I, 274.)

Gleichheit ist also nur formal-rechtlich zu verstehen, was sich auch in der Auffassung des Staates als einer Aktiengesellschaft zeigt. (z. B. VR. II, 168.)

Schwierigkeiten, die sich durch die Ungleichheit der Stimmen ergeben, werden durch sorgsames Abwägen ausgeglichen.

Trotzdem ergibt sich auch aus der Forderung der nur verhältnismäßigen Gleichheit, daß die Volksszugehörigkeit notwendig beschränkt werden muß. Das gilt zunächst für Fürsten und Adel, die schon ihrer ganz anders gearteten Interessen wegen nicht zum Volke gehören können. Ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung könnte für die Gemeinschaft nur schädlich sein:

„Aber die Obrigkeit hat hier kein Recht aufzutreten oder sich einzumischen; die Wahl ist bloß des Volkes Sache und nicht der Obrigkeit.“ (NS. II, 505.)

Nur das Volk selbst kann also wissen, was ihm gut und förderlich ist. Aus diesem Gegensatz heraus ist auch das bekannte Wort Rottecks im badischen Landtag zu verstehen:

„Zum Höfling bin ich verdorben, ich bin Volksvertreter!“ Er sieht überhaupt in der seiner Ansicht nach sachlich ganz unbegründeten Sonderstellung des Adels einen Verlust für das Volk, weil ihm dadurch wertvolle Kräfte entzogen und seine Leistungen verringert werden. (StL. IX, 162; NS. II, 314, 508.) Das Volk wird also im Ideal gleich und einheitlich und ohne Gliederung und Auslese gesehen. Hier unterscheidet sich Rotteck wesentlich von Jahn, der gerade in der Auslese einen Ansporn und folglich einen Weg zur Leistungssteigerung sieht. Dieses Ideal bringt noch weitere Abgrenzungen der Volkszugehörigkeit mit sich. Da materielle und rechtliche Unabhängigkeit zur freien und vernünftigen Meinungsäußerung notwendig ist, scheiden nicht nur alle im Dienste des Adels oder der feindlichen Obrigkeit stehenden, sondern überhaupt alle nicht ganz selbständigen Menschen aus. (StL. I, 104.)

Ebenso schließt die Forderung der vernünftigen Urteilsfähigkeit alle die aus, die dazu nicht die notwendigen Voraussetzungen an geistiger Reife und politischer Bildung besitzen:

„Auch im Staate besteht die wahre Gesellschaft nur unter Jenen, welche zu mittelbarer oder unmittelbarer Theilnahme an der Darstellung des Gesamtwillens berufen oder geeignet sind, alle Übrigen sind bloß Angehörige oder Schutzgenossen. Für sie ist der Staat bloß Anstalt.“ (StL. VIII, 143.)

„... Vermögenslosen ... kein gleiches Stimmrecht.“ (StL. I, 103.)

„... das Prinzip ... (erfordert) ... die Ausschließung aller natürlich Unvollbürtigen vom Stimmrecht ...“ (StL. III, 716.)

Die Bedeutung dieses Ausschlusses tritt zu Rottecks Zeit noch nicht so klar in die Erscheinung, weil die „unteren“ Schichten, also vor allem die Bauern und Handarbeiter, noch nicht stark genug sind, für den Einzelnen außerdem die Möglichkeit zum Aufstieg besteht. Doch liegt in dieser — allen Liberalen selbstverständlich erscheinenden — Beschränkung die Wurzel zum späteren Erstarren und Verbürgerlichen des Liberalismus. Denn wenn auch die Folgen dieses Ausschlusses gegen-

über den aufsteigenden Schichten in der Zeit Rottecks noch nicht erkannt werden konnten, so zeigt doch das gänzlich mangelnde soziale Empfinden, das äußerst geringe Verständnis für die Lage der arbeitenden Schichten, das bei den hier behandelten Politikern praktisch auf persönlicher Unkenntnis beruht, schon den gleichen ständischen Egoismus, der bei den späteren Liberalen so kraß in Erscheinung trat.

Neben diesen mehr materiellen Voraussetzungen der Volkzugehörigkeit spielen jedoch auch die geistig-willensmäßigen eine entscheidende Rolle. Das wird besonders klar an Rottecks Stellungnahme den Juden gegenüber. Sie werden, trotzdem sie in der Regel weder vermögenslos noch „natürlich unvollbürtig“ sind, nicht als vollgültige Mitglieder des Volkes anerkannt, weil ihnen der Wille zum freien und rückhaltlosen Anschluß an die Gemeinschaft noch fehle:

„Die politische Gleichheit kann ich den Juden nicht geben, bis sie nicht durch ein aus ihnen selbst kommendes Annähern an uns selbst ihren Willen und ihre Fähigkeit bewiesen haben, mit uns wirklich als Brüder sich zu vereinigen. ... Aber ich will den Weg zur Verbrüderung gebahnt wissen ...“ (NS. IV, 350.)

Religiöse, kulturelle oder rassische Verschiedenheit spielt also an sich noch keine entscheidende Rolle, sie wird erst wichtig, wenn sie den Willen von der Gemeinschaft abkehrt:

„Ob einer nun an Moses, Christus oder Mohammed ... glaube, das ist an und für sich ohne Einfluß auf den Anspruch der staatsbürgerlichen Gleichheit — anders aber, wenn eine Sekte ... vermöge ihres Glaubens oder Kultus zur Verachtung oder Anfeindung der anders Glaubenden in demselben Staat getrieben wird.“ (NS. IV, 352.)

Der Wille der Einzelnen ist also entscheidend. Das gilt auch sonst für die Trennung von der Volksgemeinschaft, z. B. im Falle der *Auswanderung*. Die rein rechtliche Bindung ist — wie jeder andere Vertrag — jederzeit löslich:

„Zur Fortdauer eines solchen Vereins nun ist die Verpflichtung der Mitglieder zum lebenslänglichen Verbleiben in demselben unnötig sowie unzureichend. Nur durch immerwährenden Eintritt neuer Mitglieder kann er sich erhalten ...“ (StL. I, 793.)

In der Seltenheit der Auswanderung liegt, wenn Auswandern freisteht, ein Merkmal für die Zufriedenheit des Volkes:

„Verbleiben im Staate... (ist eine) durch die That ausgedrückte Zustimmungserklärung oder doch Anerkennung der Erträglichkeit des Zustandes... (StL. I, 794.)

Auswanderung bedeutet der einzig rechtlichen Bindung des Volkes wegen stets auch Verlust der Volkszugehörigkeit. Für die Gemeinschaft entsteht durch die Freigabe der Auswanderung nur materieller Schaden, der durch eine entsprechende Entschädigung in Gestalt einer Wegzugsquote ausgeglichen werden kann:

„Ohnehin leidet der Staat durch den Wegzug solches Vermögens mancherlei nationalökonomischen und finanziellen Nachtheil und mag also zur Entschädigung und als Preis der Wegzugserlaubnis eine — im Geiste eines Vergleichs — zu bestimmende Quote davon für sich in Anspruch nehmen.“ (StL. I, 797.)

Abtretungen von größeren Gebieten sind jedoch nicht durch einseitige Vertragslösung möglich, sie können nur mit dem Einverständnis der ganzen Gemeinschaft oder deren Vertretung erfolgen:

„Das Vernunftrecht... erklärt sich unbedingt gegen jede Abtretung eines Landes (...) durch den Willen eines Herrn... Streitet nicht der Gesellschaftsvertrag gegen das Preisgeben irgend eines Gliedes...“ (StL. I, 167.)

„Für die Praxis würde man sich damit begnügen, daß... wenigstens die Nationalrepräsentation um ihre Zustimmung zu jeder in Frage stehenden Abtretung angegangen würde... und so lange eine Verfassung, welche die Gesammtheit des Volks zu einem lebendigen Ganzen verbindet, in Wahrheit besteht, wird jeder Theil wie das Ganze jeder irgend vermeidlichen Trennung kräftigst widerstreben.“ (StL. I, 170.)

An sich ist eine Abtretung, mit der für Rotteck selbstverständlich eine völlige und endgültige Trennung von dem alten Verbande verbunden ist, durchaus möglich, nur muß sie wie alles im Staate und Volke von dem Willen und den Interessen des Volkes selbst und nicht denen des Herrschers bestimmt werden.

Das Volk ist also seinem Wesen nach eine offene Gemeinschaft, deren Mitglieder je nach Lage der Dinge wechseln. Diese Art der Begrenzung unterstreicht noch einmal den Vereinscharakter: „Volk“ ist eine Willensgemeinschaft, beruhend auf Vertragsschluß, zusammengehalten durch vernünftig eingesehene gemeinsame, vornehmlich materielle Interessen und juristische Bindung. Für beides ist der Staat notwendig. Daher ist das nächste Kampfziel: Beeinflussung des Staates.

Das bedeutet praktisch für die Zeit Rottecks: „Volk“ sind diejenigen Menschen, die einerseits durch die historische Überlieferung von der Staatsführung oder ihrer maßgebenden Beeinflussung ausgeschlossen sind, andererseits aber durch ihren Besitz und ihre Bildung starkes Interesse daran haben und sich folglich zur Teilnahme berufen fühlen. Trotz idealer Begründung ist der Volksbegriff Rottecks also stark von den Interessen seines eigenen Standes her bestimmt. Natürliche Gegebenheiten und kulturelle Ziele sind demgegenüber fast belanglos. Damit wird der Staat, seine Aufgaben und Ziele entscheidend auch für die des Volkes.

Der Staat als „Anstalt und Gesellschaft“ zugleich.

„Der Staat ist eine auf keine Zeit beschränkte Gesellschaft eines ansässigen Volkes, errichtet zum Zwecke . . .“
(VR. II, 63.)

„Unsere Zeit mahnt alle Herrscher, ob Individuen oder Völker, zur schleunigsten thätigen Anerkennung des in der Vernunft begründeten Rechtes der Beherrschten.“
(NS. II, 314.)

Diese beiden Formulierungen enthalten gemeinsam: Volk und Staat sind etwas Verschiedenes, streben aber notwendig zu innigster Vereinigung. Verschieden ist nur das Verhältnis in bezug auf die Erreichung des Zieles in beiden Fällen gesehen. Während in der Begriffsbestimmung des Staates das Volk als die notwendige Voraussetzung des Staates erscheint, ist die Lage in der Gegenwart umgekehrt: der Staat ist vorhanden, das Volk strebt danach, ihn zu durchdringen. Rotteck scheidet also für das Verhältnis: Volk—Staat das Ziel der Gegenwart deutlich von dem Ideal. Für die Begriffsbildung und Gesamtanschauung ist jedoch vor allen Dingen die ideale Vorstellung maßgebend. Das

Volk schafft also den Staat, nicht umgekehrt. Es sind Staaten ohne Volk, d. h. ohne wollende Gemeinschaft denkbar, die Mehrzahl der vorhandenen Staatsgefüge sind es sogar, ohne daß aus der Staatsnatur mit innerer Notwendigkeit die Schöpfung eines Volkes hervorgeht:

„Ein Volk als wahre Gesamtpersönlichkeit, als Vereinigung vieler sich wechselseitig verpflichteter Glieder zum lebendigen Ganzen giebt es hier noch gar nicht; es giebt nur noch Summen oder Haufen von vereinzelter pflichtigen Menschen...“ (VR. II, 54.)

Völker ohne Staat dagegen streben aus innerer Gesetzmäßigkeit und Notwendigkeit zur Gründung eines Staates, da sie nur so leben, wirken und sich erhalten können:

„Kein anderes Band als jenes des Staates läßt sich denken, welches ein ganzes Volk vereine.“ (VR. IV, 19.)

„Ein Volk ohne Vereinigung zur Staatsgesellschaft ist nichts als eine Summe von Individuen.“ (VR. II, 47.)

Diese Notwendigkeit ergibt sich schon aus der rein rechtlichen Grundlage des Zusammenhaltes; das Volk kann ohne den Rechtsverband und dessen Schutz nicht bestehen. Das Volk ist also ganz eng an den Staat gebunden, beide erscheinen oft als identisch:

„Die erste Bedingung eines solchen Fortschreitens ist abermal — der Staat.“ (VR. II, 47.)

„Der Staat erscheint als Anstalt und Gesellschaft zugleich.“ (VR. II, 56.)

Der Gegensatz zwischen Volk und Staat gilt also nur für die Gegenwart Rottecks, solange der Staat noch eine Einrichtung im Dienste der Fürsten ist. Für den Idealzustand tritt er nur in seltenen Einzelfällen ein, zum Beispiel: wenn der Staat als der gleichzeitige Vertreter des mündigen und des noch unmündigen Volkes (seiner Nachkommen) sich einer Verirrung der augenblicklichen Volksvertreter entgegenstellen muß. Er erscheint dann als echterer Ausdruck des Volkswillens als das Parlament, da er das wachsende, werdende, das geschichtliche Volk verkörpert. Dieser aus dem organischen Staatsdenken stammende Volksbegriff paßt im Grunde nicht in Rottecks Denkbild. Er ist hier wohl herangezogen worden, weil Rotteck selbst aus seiner parlamentarischen Erfahrung wußte, daß auch eine nach

den besten Grundsätzen gewählte Volksversammlung gelegentlich irren kann und dann einer Ergänzung ihrer Beschlüsse von anderer Seite her bedarf. Diese Aufgabe erhält der Staat. Er soll die Schwächen in der Staatstheorie und ihrer Verwirklichung ausgleichen.

So besteht bei Rotteck ein Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Er kämpft tatsächlich gegen die bestehenden Staaten und für eine Befreiung des Volkes von jedem staatlichen Zwang. Nach seiner Staatslehre jedoch ist sein Ideal ein eng an den Staat gebundenes Volk, dessen Ziele mit denen des Staates völlig übereinstimmen:

„Der Staat ist . . . Gesellschaft zum Zweck: a) des unter seinen Gliedern herzustellenden Rechtszustandes, sodann b) der innerhalb eines bestimmten Theiles der Erdfäche (Gebietes) durch gemeinschaftliche Kraft zu bewirkenden Sicherheit (in weitester Bedeutung des Wortes aller Vereinigten einzeln und in der Gesammtheit); endlich noch c) zur gemeinschaftlichen Erstrebung aller derjenigen evidenten Lebenszwecke, welche dergestalt sicherer oder leichter oder vollständiger oder auch bloß allein durch solche vereinte Kraft zu erreichen sind.“ (VR. II, 63.)

Höhere Ziele werden ganz entschieden abgelehnt:

„Das Wohl Aller zu bewirken, ist kein Staat und keine Staatsgewalt jemals im Stande; . . . Das Glückseligkeitsprinzip . . . ist in seinen Wirkungen ein wahrhaft Heilloses gewesen.“ (VR. II, 58.)

„Noch offenbarer ist die Verwerflichkeit jener . . . idealen Zwecke, welche theils . . . der gemeinen Fassung unzugänglich, theils . . . für gewöhnliche Menschen ohne bestimmendes Interesse sind.“ (VR. II, 58.)

Bezeichnend sind dabei die Gründe für die Ablehnung: zu umfassend für die Kraft des Staates und: Mangel an Einsichtigkeit des Interesses für alle Staatsbürger. Ein Zeichen, daß er die eigene Kraft des Staates nicht sehr hoch einschätzt und ihn im wesentlichen nur als „Anstalt“ für die Interessen der Einzelmenschen betrachtet.

Bezeichnend für diese Auffassung ist auch der häufige Vergleich mit der Aktiengesellschaft. (VR. II, 168.) Die Zusammengehörigkeit der Volksglieder entspricht der der Aktionäre, sie besteht also in mehr oder weniger zufällig gleichem Interesse,

dem Einsatz eines Teils des Vermögens und dem daraus folgenden Mitbestimmungsrecht in bezug auf das Ganze und seine Leitung. Die Abgrenzung ist festgelegt: in beiderseits bindenden, aber jederzeit kündbaren Abmachungen. Eine weitere Gemeinschaft oder Bindung der Einzelnen untereinander besteht also nicht.

Durch diese für unser heutiges Gefühl hohl erscheinende Auffassung des Staates wird wiederum rückwirkend trotz aller Ideale und leidenschaftlichen Einsatzes auch das Volk zu einer nur von Privatinteressen her bestimmten lockeren „Gemeinschaft“. So sehr die Anerkennung der Einheit und der einheitlichen Persönlichkeit von den feindlichen Mächten verlangt wird, so gering ist sie tatsächlich bei den einzelnen Volksgliedern selbst. Lediglich der Kampf für ein gemeinsames Ziel und gegen einen gemeinsamen Gegner bindet. Fehlt er, so löst sich die Gemeinschaft von innen her. Ist also die volkstümliche Ausrichtung des Staates einmal erreicht, d. h. arbeitet er allein für die materiellen Interessen der Volksmitglieder, dann besteht das einzige Interesse des Einzelnen an Volk und Staat in der Aufrechterhaltung des Zustandes und dem ordnungsgemäßen Funktionieren der Rechts- und Sicherheitsanstalt.

Das Zusammenhaltende für Volk und Staat liegt also außerhalb ihrer eigenen Sphären: in der des Individuums als Verfechter der Privatinteressen und in der der allgemeinen Menschheit als Einsatz für die höchsten Menschheitsideale, z. B. Recht. (StL. II, 757.) Im Staate soll also zwar das Volk herrschen, aber nicht für die Gemeinschaft als solche, sondern für das Privatwohl der Einzelnen. Überspitzt könnte man den Satz: Alles für das Volk, nichts durch das Volk! für Rotteck umkehren, denn die Volksgemeinschaft ist im Grunde nur Mittel zum Zweck.¹³ Dem entspricht es auch, daß er Vaterlandsliebe für verkappte Selbstsucht hält. (StL. III, 593.)

Rechtsschutz und Sicherheit sind die einzigen unangefochtenen Aufgaben der Gemeinschaft, des Volkes und Staates. Aus dieser Beschränkung des Wirkungsfeldes ergibt es sich auch, daß in Rottecks Betrachtungen über den Staat die

13. Eine Betrachtung, die für Rotteck selbst natürlich unmöglich war, sich aber aus seinen Gedankengängen ergibt.

innenpolitisch-verfassungsrechtliche Seite so besonders stark hervortritt. Die Verfassung ist die Grundlage aller staatlichen und volklichen Leistungen.

Jedoch vor allem in der Beziehung, daß sie die ständigen störenden Reibungen ausschalten soll. So ist es auch ihre Aufgabe, das Verhältnis des Volkes zum Fürsten erträglich zu gestalten, aus dem — nach Rotteck — naturnotwendigen Gegen-einander eine fruchtbare gegenseitige Ergänzung werden zu lassen.

Beide erscheinen dann als verschiedene Organe eines Gesamtwillens — nämlich des recht verstandenen Volkswillens — und stehen im harmonischen Rechtsverhältnis zueinander:

„Für's Erste ist wohl die Constitution das kostbarste Gesamtgut für Fürst und Volk . . .“ (NS. III, 108.)

„Auch Regierungs - Rechte sind Volks - Rechte . . .“ (NS. III, 48.)

„Der Regent eines Staates ist nicht der Vater oder Stammvater der Nation oder des ihm untergebenen Volks. Er ist mit rein juristischen Rechten angetan, als Organ des Gesamtwillens.“ (StL. IV. 607.)

Eine zu schöpferischem Gestalten anregende Aufgabe hat weder der Staat noch die Verfassung. Der Staat ist nur Ordner. Er hat daher stets als künstliche Schöpfung hinter allen natürlichen, also vor allem hinter allen direkten Äußerungen des Volkswillens zurückzutreten (vgl. Stellung zu Familie, Gemeinde, öffentlicher Meinung und Einzelmensch).

Diese Beschränkung auf das Formale macht sich auf allen Gebieten seiner Tätigkeit geltend.

So wird die Rechtsauffassung durch die Vernunft und ihren Ausdruck, die öffentliche Meinung bestimmt; lediglich die Handhabung der Gesetze, die Rechtspflege im engsten Sinne ist Aufgabe des Staates. (VR. III, 266; StL. VII, 13.) Noch klarer ist die dienende Stellung des Staates auf dem Gebiete der Wirtschaft. (VR. IV, 23; StL. IV, 703.) Die Erziehung ist wenigstens in den Grundlagen Staatssache. (StL. II, 515.) Sie wird jedoch nur als Mittel zum Zweck aufgefaßt, weil ein gewisses Maß von Allgemeinbildung notwendig ist, um die Verfassung richtig durchführen zu können. Zudem ist sie ein wichtiges Mittel im Kampf gegen die Aristokratie.

„Das beste, ja einzige Heilmittel gegen die aristokratischen Anmaßungen besteht hiernach in der geistigen und moralischen Bildung des Volkes, in der Erhebung des Charakters.“ (StL. I, 643.)

„Erziehung“ heißt für Rotteck jedoch lediglich: Vermittlung einer guten Allgemeinbildung, alles weitere wird dem Einzelnen selbst überlassen. (StL. II, 516.)

Eine ähnliche Stellung nimmt die Religion ein. Auch sie wird nicht aus religiösen Gründen vom Staate gepflegt, sondern nur, weil sie als Grundlage der Volksmoral ein sicheres Mittel zur Erhaltung von Macht und Ordnung im Staate ist:

„Der Staat nämlich vom Standpunkt der Polizei hat die doppelte Aufgabe, erstens Religion und Kirche zu p f l e g e n, . . . um sich dadurch des wirksamsten Mittels zur Erhaltung der Moralität unter den Bürgern zu versichern.“ (VR. III, 327.)

Auch die öffentliche Wohlfahrt wird nur vom Standpunkte der Sicherheit aus betrachtet:

„Dagegen fordert das Interesse der Allgemeinen Sicherheit die Versorgung der Armen, weil Noth kein Gebot hat, und der Hunger eine Art Freibrief ist für Begehung von Verbrechen... Alle Staatsbürger nehmlich mögen...fordern, daß sie...gegen die von der Seite der hungrigen Armen ihnen drohenden Gefahren beschirmt werden.“ (StL, I, 672.)

Die Armen haben also nicht etwa vernunftgemäß ein Recht auf Unterstützung durch die Gesamtheit, sondern sie gehören der Volksgemeinschaft an sich gar nicht an, werden nur im Interesse der Einzelnen versorgt.

Alle übrigen nicht in den Bereich der Sicherheit fallenden Gebiete des menschlichen Lebens bleiben der frei schöpferischen Tätigkeit des Einzelmenschen vorbehalten. Hierhin gehört vor allem das kulturelle Leben.

Zusammenfassend für alle Gebiete der Staatstätigkeit gilt also: der Staat ist in allem Diener des Volkes, d. h. praktischerer, die es gerade bilden, also des gehobenen Bürgertums. Seine Mittel sind zugunsten der einzelmenschlichen Freiheit stark beschränkt, trotzdem sind die auf seine Tätigkeit gesetzten Erwartungen sehr hoch. Eine erfolgreiche Staatstätigkeit ist nur dann überhaupt denkbar, wenn man unter „Volk“ nur die

Schicht der Gebildeten versteht und sich auf deren guten Willen und ihre Einsicht verlassen kann, ebenso wie auf ihr selbständiges Handeln. Rottecks Beschränkung der Volkszugehörigkeit beweist, daß er diese Notwendigkeit selbst erkannte. Darin liegt jedoch eine große Schwäche und Zeitgebundenheit seiner Staatslehre. Jede Veränderung der sozialen Verhältnisse muß das Staatsgefüge ins Wanken bringen. Verantwortung vor Vergangenheit und Zukunft fällt für ihn kaum ins Gewicht, er versteht unter Volk meist nur die augenblicklich Lebenden. Verläßt er diesen letzten Endes egoistischen Standpunkt, so wird die Kraft des Volkes nicht im Dienste der Zukunft des eigenen Volkes, sondern in dem der ganzen Menschheit eingesetzt. Das „Volk“ ist für ihn also weniger eine nationale Gemeinschaft, als vielmehr eine sozial begrenzte Menschenschicht. Das Volk im nationalen Sinne wird bewußt untergeordnet. Daß trotz dieser Unterordnung doch auch das Volk im Sinne von Nation schon gesehen wird, zeigen vor allem seine geschichtlichen Werke.

Beide Sichten sind nicht ganz deutlich unterschieden, sie überschneiden sich gelegentlich, sind aber im Grunde doch getrennt und entbehren vor allem des bewußten Zusammenhanges. Jedenfalls wird er in den Werken nie erwähnt. Auch der Sprachgebrauch zeigt das Bewußtsein der Verschiedenheit. Wurde für den bisher behandelten Begriff stets die Bezeichnung: „Volk“ verwandt, so benutzt er für den zweiten meist das Wort: „Nation“. Der Einfachheit halber wird diese von Rotteck meist, aber nicht immer gemachte Unterscheidung hier für den folgenden Abschnitt folgerichtig durchgeführt. „Volk“ bedeutet also stets „Volk im innenpolitisch - rechtlichen Sinne“, „Nation“ „Volk in genetisch-kultureller Sicht“ (bis Seite 52).

Die Nation „im genetischen und geographischen Sinne“ und ihr Verhältnis zum „Volk“.

Die Grundlagen der Nation sind natürliche unveränderliche Gegebenheiten.

Voran stehen die geographischen Bedingungen. War für das „Volk“ sein Gebiet nur Besitz, Ernährungsgrund-

lage, seine Besonderheit aber abgesehen von der materiellen Er giebigkeit gleichgültig, so ist es für die „Nation“ mehr, es wirkt durch seine natürliche Beschaffenheit auf den Charakter der Menschen:

„Praktisch bedeutsamer als der Unterschied der Kulturstufen nach den Altersperioden . . . ist der von klimatischen Verhältnissen herrührende Unterschied der Bildung.“ (StL, II, 515.)

„Am günstigsten zur Entwicklung und Veredlung der Menschennatur ist das gem ä ß i g t e Klima.“ (AG. I, 66.)

Auch der Einfluß dieser natürlichen Bedingungen wird vom Volke verstandesmäßig eingesehen, ist also wesentlich stärker bewußt als z. B. Jahn ihn sieht:

„Daß . . . bei der Festsetzung ihres künftigen Looses die Persönlichkeit der Völker, mithin ihre natürlichen Neigungen der Interessen, d. h. ihre aus der geographischen Lage fließenden und zu rechtfertigenden Wünsche . . . thunlichst beachtet . . . werden.“ (StL. III, 458.)

Die geographischen Bedingungen schaffen also Verschiedenheiten unter den Menschen, beeinflussen auch die Fähigkeiten der einzelnen Menschen und Völker, trotzdem erscheinen sie Rotteck weder völkerbildend noch-begrenzend, noch liegt darin für ihn eine innere Berechtigung zu einzelvolklicher Entwicklung. Die Verschiedenheiten werden von ihm auch noch nicht ganz klar im einzelnen, sondern nur in den großen Linien der Weltgeschichte gesehen, da sie für ihn keine politische Bedeutung haben, wendet er ihnen nicht viel Aufmerksamkeit zu.

In engem Zusammenhange mit den geographischen stehen die „genetischen“ Bedingungen. Der Zusammenhang ist dadurch gegeben, daß die räumliche Nachbarschaft eine Vermischung des Blutes und damit eine gleiche oder wenigstens ähnliche Körperbildung erzeugt. Sie verdichtet und vererbt sich, und auch das Klima wirkt auf die Gestaltung ein:

„Farbe, Gestalt, Gesichtszüge usw. hängen von ihm (Klima) ab, und es drückt den Völkern, wenn seine Einwirkung mehrere Generationen fortgedauert hat, endlich einen bleibenden oder doch sehr hartnäckigen Charakter ein, . . . (der) . . . die Unterscheidung der sogenannten Menschen-Raßen ausmacht.“ (AG. I, 66.)

Diese etwas unklar und allgemein gefaßte Rassenvorstellung wird genauer erkennbar in der engeren Blutsgemeinschaft der Nation:

„... Krieg oder Raubzüge... brachten das Blut der Nationen in Vermischung“ (StL. I, 77.)

„... auch ein unterdrücktes Volk, wenn nicht eine Mischung des Blutes vorangeht, die Sprache des Siegers selten sich aneignet.“ (AG. I, 178.) (Vgl. auch StL. III, 592.)

Hier wird bereits eine Abhängigkeit der Kultur von den natürlichen Grundlagen erkannt. Die Blutsgemeinschaft wirkt also völkerbildend und völkertrennend, ebenso — aus ihr folgend — die Kulturgemeinschaft.

Die K u l t u r tritt damit als wesentliches nationbestimmendes Element hinzu. Sie wird einerseits als vom menschlichen Willen unabhängiges Ergebnis der Naturgegebenheiten gesehen, andererseits als Aufgabe und Schöpfung wollender Menschen:

„Wohl giebt es... einen, vom moralischen Standpunkt zu würdigenden, National- oder Volkscharakter, d. h. eine bei dem größern Theil einer Nation (aus genetischen, klimatischen, oder überhaupt historischen, physischen, moralischen und politischen Gründen entspringende oder erklärbare) vorherrschende Gesinnung, Anlage...“ (VR. III, 15.)

„Kultur... soll uns hier den Inbegriff der bei einem Volke herrschenden Ideen und bestehenden Einrichtungen bedeuten, — welche auf Verbesserung seines gesellschaftlichen Zustandes sowohl als Vervollkommnung der Individuen bezwecken. Ein kultiviertes Volk ist demnach... nicht dasjenige, bei welchem alle Individuen verfeinte, veredelte Wesen sind, — dergleichen Völker gab es noch nie — sondern ein solches, bei welchem jeder Einzelne mehr Leichtigkeit oder Gelegenheit hat, seine Kräfte und Anlagen anzuwenden und auszubilden.“ (AG. I, 232.)

Die Kultur wird also auch hier nur in den niederen Bezirken als Gemeinschaftssache gesehen. Nur die Vorbedingungen werden durch sie geschaffen. Sie stellt weder eine Gemeinschaftsleistung dar, noch führt sie eine Menge Menschen zu einem Volke zusammen. Die eigentliche Leistung erfolgt nur durch den Einzelmenschen und die in ihm ruhenden Kräfte.

Den verhältnismäßig größten Einfluß übt die Gemeinschaft noch auf dem Gebiet der Sprache aus:

„Sprachgenossen betrachten sich als Geschlechtsverwandte und mit Recht, weil es kein sichereres Merkmal einer gemeinschaftlichen Herkunft gibt...“ (AG. I, 178.)

„Da nun die Sprache das Produkt der ... Denk- und Empfindungsweise der Völker ist; so ist sie für den Forscher auch eine ziemlich gute Erkenntnisquelle, auch mitwirkender Grund ist die Sprache von der Kultur und dem Charakter der Nationen.“ (AG. I, 338.)

Die Sprache hat also aktive Gestaltungs- und Bildungskraft für die Gemeinschaft. Dieser Einschätzung entsprechend, sucht auch Rotteck selbst an ihrer Reinerhaltung und Gestaltung mitzuarbeiten:

„Doch habe ich... für viele fremdklingende, zumal wissenschaftliche, Worte die ganz entsprechenden reinen deutschen Ausdrücke noch nicht auffinden können, und wäre überhaupt geneigt, das Sprachbürgerrecht nicht allzu streng auf ursprünglich deutsche Wörter zu beschränken.“ (Brief an Zschokke, Jan. 1826.)

Andererseits ist gerade diese Äußerung ein Zeichen dafür, daß die Forderung von ihm nicht als entscheidend wichtig und notwendig erkannt wird, da er zu Abstrichen an der Grundforderung sich bereit findet, ohne darin eine Schwäche seines persönlichen Könnens oder der deutschen Sprache zu sehen.

Ein Vergleich der unter „Volk“ und „Nation“ verstandenen Vorstellungen läßt die Verschiedenheiten noch deutlicher hervortreten. Für die „Nation“ sind die Bindungen durch die natürlichen Grundlagen gegeben und folglich kaum wandelbar, für das „Volk“ wechseln sie mit den Interessen und Meinungen der Einzelnen. Die Volkszugehörigkeit ist bewußter und klarer, die Nationalbindung unbewußter, gefühlsmäßiger, Volkszugehörigkeit bedeutet ein Bekenntnis, Nationalzugehörigkeit nur eine Erkenntnis und ist sehr oft nur unbewußt vorhanden. Volkszugehörigkeit ist bestimmt durch die Einsatzbereitschaft für das gemeinsame Ziel, Nationalzugehörigkeit läßt sich schwer und meist nur ungenau bestimmen, da auch die Sprache, das verhältnismäßig sicherste Erkennungsmittel in Grenzfällen unsicher wird. Die nationale Begrenzung erscheint Rotteck auch nicht so wichtig wie die Volksbegrenzung. Unklarer werden die Umrisse der „Nation“ auch durch ihren weit größeren Wirkungsbereich, der sogar die kulturelle Sphäre mit einschließt:

„Sind sie (Universitäten) nicht vielmehr gemeinsame Besitzthümer der Nation, des großen deutschen Vaterlandes? Welche deutsche Regierung wird nicht auch jenseits ihrer Landesgrenzen auf die gemeinvaterländischen Dinge ihren Blick richten, das Gesamt-Interesse der Nation ehren und wahren zu müssen?“ (Univers. Freiburg, S. 8.)

Auch das Verhältnis zum Staate ist bei beiden verschieden. Ist für das „Volk“, der losen Bindung wegen, der Zwang durch den Staat unentbehrlich, so ist er für die „Nation“ nur eine wünschens- und begrüßenswerte Ergänzung, ein gesundes Nationalleben ist auch ohne Staat denkbar:

„...die auf eine vollständige Nationaleinheit Deutschlands gerichteten sanguinischen Hoffnungen oder herzinnigen Wünsche übergeben wir der fernerer Zukunft.“ (NS. II, 353.)

„...deutsche Nation..., mit welcher wir durch die Natur selbst verbunden sind, verbunden durch das Blut, durch die Sprache, durch den Himmel und so manches andere kostbare Band der Vergangenheit und Gegenwart.“ (NS. III, 121.)

Diese Verschiedenheiten schließen eine gelegentliche Bedeutungsgleichheit nicht aus. „Nationalrepräsentation“ z. B. kann sowohl: Vertretung des Volkes gegenüber der Regierung bedeuten, als auch: Vertretung der Gesamtnation gegenüber anderen Völkern. Das gleiche gilt für „Nationalreichtum“, „Nationalvermögen“ usw. Eine genaue Scheidung ist für Rotteck auch deshalb überflüssig, weil er seiner theoretischen Einstellung entsprechend stets vom Idealtyp ausgeht, hier aber „Nation“ und „Volk“ zusammenfallen:

„... jene glücklichen Nationen, welche neben dem genetischen und geographischen auch ein gemeinsames politisches Band umschließt, ... können von Nationalökonomie reden ohne Zweideutigkeit oder Mißverstand; Nation und Staatsgesamtheit ist bei ihnen eines und dasselbe.“ (VR. IV, 24.)

Die Feststellung Schibs (S. 95), daß für Rotteck Volk gleich Nation sei, ist also insofern einzuschränken, als das nur für den Idealfall gilt. Für die konkrete Lage seiner Zeit erscheint ihm die Unterscheidung noch durchaus notwendig. Der unklare oder identische Gebrauch der Worte findet nur dort statt, wo die Unterschiede gerade unwesentlich erscheinen.

Richtig ist es allerdings, daß „Volk“ wesentlich stärker im Mittelpunkt des Interesses steht und daher genauer behandelt wird. Das ist jedoch die Folge seiner gesamten Weltanschauung, nach der ihm die politischen Verhältnisse die Grundlage des ganzen Lebens und damit auch der kulturellen Entwicklung sind. Ihm ist stets die Form die Vorbedingung des rechten Geistes und der daraus hervorgehenden schöpferischen Leistung:

„Sobald jedoch ein Staat nur besteht, . . . sobald also nur die Möglichkeit des Entfaltens und Wirkens menschlicher Anlagen und Kräfte gegeben ist, so werden dieselben auch ohne die Beihilfe der Staatsgewalt, ja wohl trotz ihres . . . Entgegenstrebens thätig sein zu fortschreitender Erhebung und Veredlung und Beglückung des Geschlechts.“ (StL. I, Vorwort VI.)

Die Trennung der Begriffe „Volk“ und „Nation“ ist auch insofern interessant, als sie zeigt, daß die beiden Bestrebungen der Zeit nach allgemeiner Volksfreiheit und nach deutscher Volkseinheit für Rotteck noch nicht eng verbunden sind. Das Freiheitsstreben steht deutlich im Vordergrund. Da für ihn für das Bestehen, Dasein und Wirken des Volkes die unerläßliche Vorbedingung seine Freiheit ist, erscheint es ihm notwendig als die dringendste Aufgabe, zunächst diese zu erkämpfen. Die Einheit muß dann von selber folgen, da das sich selbst frei bestimmende Volk schon der vorhandenen nationalen Bindungen wegen zur Vereinigung strebt. Außerdem ist die Einheit, da weder die Größe der Völker, noch die Übereinstimmung ihrer nationalen und staatlichen Grenzen für die Befreiung eine Rolle spielen, zunächst entbehrlich. Der Zusammenschluß aller Deutschen in einem einzigen Reich erscheint zwar natürlich und wünschenswert, doch ist auch ein gesondertes Freiheitsstreben der in den Einzelstaaten zusammengefaßten „Völker“ denkbar, verspricht sogar angesichts der in den einzelnen Staaten verschiedenen Schwierigkeiten unter Umständen mehr Erfolg.

Im übrigen scheint die Frage der Einheit auch deshalb weniger dringlich, weil die nationalen Grundlagen erhalten bleiben, die geringen Ansätze der Freiheitsbewegung der Völker aber immer wieder durch tyrannische Maßnahmen unterdrückt zu werden drohen. Daß Rotteck eine Gefährdung Deutschlands

als politische Macht im Kreise der Völker nicht besonders hoch einschätzen konnte, ergibt sich auch daraus, daß er alle Völker nur vom weltbürgerlichen Standpunkt aus betrachtet.

Die Völker als „wohlthätige Theilung der Menschen in kleinere Massen“.

Die „Wohlthätigkeit“ der Völkereinteilung liegt für Rotteck fast ausschließlich auf praktischem Gebiet. In einem Weltstaat wäre die Meinung des Volkes weder einheitlich zu gestalten noch praktisch zu ermitteln, das bedeutete für Fürsten und Adel, die ihrer geringeren Anzahl wegen viel leichter zu einer Übereinkunft kommen könnten, ein entschiedenes Übergewicht. Der Mangel der Einteilung führte daher rettungslos zur Despotie. (NS. II, 377; StL. VIII, 38.)

Diese ungeteilte Menschheit würde auch alle Ansätze zum Fortschritt, der für Rotteck ja stets nur gegen den Widerstand der Fürsten zu erreichen ist, im Keime ersticken, da es bei der Unmöglichkeit zu entrinnen, keiner wagen könnte, gegen den Willen oder die Interessen der Fürsten zu handeln. Diese Gefahr macht sich sogar schon bei zu weitgehenden Übereinkünften der Staaten untereinander geltend; z. B. bei dem Auslieferungsrecht:

„Gegen den Gewaltmißbrauch einer Regierung oder einer siegenden Faktion, gegen tyrannische Bedrückung jeder Art... besteht noch ein letztes Rettungsmittel in der F l u c h t , und das Bewußtsein davon bestimmt einerseits die Machthaber zu einiger Mäßigung und ermuthigt andererseits die Freiheitsfreunde zu standhafter Rechtsvertheidigung.“ (StL. I, 787.)

Der mit dem Weltreich gegebene ewige Friede wäre ebenfalls kein Gewinn, da er zu geistiger und körperlicher Schwäche der Völker führen würde:

„Die Erfüllung des Wunsches nach einem allgemeinen ewigen Frieden ist jedoch kaum zu erwarten, und wenn sie ja Statt fände, so würde es wahrscheinlich auf Unkosten noch höherer Güter geschehen, ... das Mittel seiner Gestaltung möchte nemlich die Errichtung eines Weltreiches... sein, folglich der Untergang aller Freiheit... aller moralischen Kraft, sonach aller Würde...

Ohne Krieg... würden die Völker erlahmen, in Feigheit, Knechtssinn und schnöden Sinnengenuß versinken... Schon dadurch, daß er solches äußerste Unheil verhütet, erscheint der Krieg als unermäßig wohlthätig...“ (StL. VIII, 381.)

Auch für die Entwicklung des Einzelmenschen ist das Vorhandensein der Völker deshalb positiv zu bewerten, weil nur wenige in der Lage sind, menschheitliche Ziele direkt zu begreifen. Das Volk bietet daher die Mehrzahl der Menschen einen Rahmen für ihr Denken und ihre Tätigkeit, der ihrem Vermögen entspricht. Darüber hinaus erzieht die Liebe und Einsatzbereitschaft für die Nation zum Einsatz auch für weltbürgerliche Ideale. Vaterlandsliebe ist eine geeignete Vorstufe für das Weltbürgertum:

„Da nun wenige Menschen eine solche Fülle der Empfindung besitzen, um das ganze Geschlecht mit warmer Theilnahme zu umfassen, ... so ist die Theilung der Menschen in kleinere Massen allerdings wohlthätig. ... dann aber die durch nähere Aufforderung geweckte und genährte Liebe zu unserer Nation nach und nach mehr intensive Stärke gewinnt und sich stufenweise bis zum Kosmopolitismus aufschwingt.“ (AG. I, 341.)

Einen höheren Eigenwert besitzt das Volk also nicht. Es ist lediglich Unterteilung aus Zweckmäßigungsgründen. Dem entspricht auch die Wertung:

„(Cosmopolitismus) ... gegen die hier in Frage stehenden Interessen treten alle kleineren, blos vaterländischen — und dabei meist nur materiellen und vorübergehenden — billig zurück.“ (StL. III, 593.)

Das Volk kann also sittlich wertvoll nur durch bewußten direkten Einsatz für höhere Menschheitsziele wie Völkerbefreiung, Freiheit, Recht werden. In dem Falle einer solchen Identität von kosmopolitischen und nationalen Idealen ändert sich natürlich die Wertung des Patriotismus:

„Der Cosmopolitismus in diesem Sinn... ist freilich auch Patriotismus, doch ein höherer als der gemeine, und zugleich ein bedingter, nämlich auf die Übereinstimmung der vaterländischen mit den die gesamte Menschheit umfassenden Interessen bedingter, also in Collisionsfällen jene diesen nachsetzender.“ (StL, III; 593.)

Es ergibt sich also in der Wertskala des Einzelmenschen für die Vaterlandsliebe eine ziemlich tiefe Stelle:

„Aber dennoch würde ich weniger ungern an ihnen (Spartanerinnen) diese Vaterlandsliebe als jene zu Kind und Gatten vermissen...“ (NS. I, 75.)

„Sogar den Mann sehen wir nur mit Unwillen dem Patriotismus irgend ein anderes schönes oder menschliches Gefühl aufopfern.“ (NS. I, 77.)

„Vielmehr gebührt... von den Pflichten für Welt, Staat, Gemeinde und Familie, der Vorzug immer der weiterreichenden oder höheren Verbindung, und soll... das Interesse der engeren Kreise jenem der weiteren nachgesetzt werden...“ (StL. III, 590.)

Ähnliches gilt für die Vaterlandsliebe des ganzen Volkes. Da die Völker weder Eigenwert noch eigengewachsene Individualität besitzen, ist eine Betonung der Verschiedenheiten sinnlos und willkürlich, sie steht im Gegensatz zu Fortschritt und Naturgesetz:

„Wer kann zweifeln, daß die Natur bei der Vertheilung ihrer Gaben unter die verschiedenen Zonen und Länder... den Zweck gehabt hat, die Menschen und Völker, welche der Stand der Unkultur zur Isolierung und die große Selbstsucht zur Feindseligkeit... antreibt, auf dem Wege des Austausches... Berührungen und Mittheilungen herbeizuführen.“ (StL. IV, 422.)

„Alle Völker... durch das vorherrschende Walten eines allgemeinen Zeitgeistes wie zu einer großen Nation gesammelt... Es ist nicht mehr ein Anzahl gesonderter Ströme, es ist ein unendlich wallendes Meer.“ (NS. II, 32.) (Vgl. auch: VR. III, 21.)

Die Annäherung wird also als erfreuliche Errungenschaft des Vernunftzeitalters begrüßt. Ihr haben die Völker auch eigene, z. B. wirtschaftliche Vorteile zu opfern:

„... streitet das Prohibitionssystem gegen die Pflichten der Humanität und des Weltbürgertums.“ (NS. III, 298.)

Die Bewertung der Völker untereinander findet entsprechend nicht nach der Macht statt, obwohl deren Bedeutung durchaus erkannt ist (VR. III, 35), sondern danach, wie groß die Volksfreiheit im Innern ist und wie groß der Einsatz für allgemeine weltbürgerliche Ziele. (Wertung Frankreichs!)

Moralisches Gewicht wird sogar als Ersatz für Macht angesehen:

„Und doch können . . . kleinere Staaten nur durch gesteigerte moralische Kraft des Volkes sich der physisch stärkeren erwehren.“ (NS. III, 156.)

Dieser Wertung entspricht auch die Einstellung zur Intervention. Rotteck stellt einerseits — wohl durch die Erfahrungen seiner Zeit bestimmt — die Regel auf:

„. . . der als heilige Regel zu behauptende Grundsatz bleibt: Nichtintervention.“ (StL. VII, 430.)

Andrerseits erlaubt er — seinen eigenen weltbürgerlichen Idealen entsprechend — doch so viele Ausnahmefälle, daß er praktisch zu einer Bejahung des Interventionsrechtes kommt, jedenfalls für die Völker untereinander. Nur das fürstliche Interventionsrecht wird bestritten:

„. . . (Intervention ist erlaubt) . . . im Fall einer offenen und schreienden Niedertretung anerkannter Menschenrechte durch eine tyrannische Faktion oder Gewaltherrschaft.“ (StL. VII, 429.) (Vgl. auch VR. III, 4 u. a.)

Für kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Völkern gilt die gleiche Beurteilung wie für die friedlichen. Kriege um eigenvolklicher Macht willen kommen der ihnen allen innewohnenden Gemeinsamkeiten wegen eigentlich für Rotteck gar nicht vor. Die Nationen würden sie, falls sie frei und vernünftig wären, nie führen. Kommt es also zu Kriegen, so sind es entweder Prinzipien — oder Fürstenkriege. Fürstenkriege stellen eine Ausnutzung des Volkes als Sklavenherde dar, die Interessen der Fürsten sind außerdem auch außenpolitisch meist nicht die der Völker. Fürstenkriege sind also aus außen- wie innenpolitischen Gründen abzulehnen:

„Gewöhnlich sind Herrscherkriege zugleich Soldatenkriege; nur wo der Despotismus die höchste Vollendung erreichte, mag er ganze Völker wie Kriegsknechte behandeln. Auch hört alsdann der Begriff des Volks auf, weil eine Sklavenschaar kein Volk ist.“ (Heeresschrift S. 59.)

Prinzipienkriege dagegen, sei es zur Erhaltung des allgemeinen Rechtszustandes oder zur Förderung der Volksfreiheit, sind gerecht und notwendig:

„Der zur Behauptung oder Vertheidigung oder Wiederherstellung des... verletzten Rechts angewendete Zwang paßt in die Rechtsform, ...ist also erlaubt.“ (StL. VIII, 370.) (Vgl. auch: NS. II, 320; NS. 372; StL. III, 502.)

Daraus geht hervor, daß Rotteck den Krieg an sich, d. h. als Form volklicher Auseinandersetzung nicht ablehnt. Er ist eine natürliche Notwendigkeit, die neben Nachteilen auch Vorzüge hat.

Interessant ist jedoch die Art, in der er die Verschiedenheit der Kriege beurteilt. Er glaubt, seiner Einstellung zur allgemeinemenschlichen Vernunft entsprechend, an die Möglichkeit, den Kriegsgrund, den Angreifer und die eigentlichen tieferen Ursachen in jedem Falle eindeutig feststellen zu können. Dementsprechend unterscheidet er Völker- und Staatenkriege. Bekämpfen sich die Völker, so wird der Kriegsgrund beiderseitig von jedem einzelnen Bürger eingesehen, jeder Einzelne betrachtet sich auch persönlich als Feind des Kriegsgegners:

„Wo und in so fern der Krieg als dem wirklichen Gesammtwillen der Nation entflossen erscheint, da treten alle Bürger... gewissermaßen selbst persönlich in ein feindliches Verhältniss gegen den bekriegten Staat.“ (StL. VIII, 373.) (Vgl. auch: VR. III, 88.)

Die Folge ist eine stärkere Intensität des Kampfes, aber auch eine entsprechend größere Seltenheit der Kriege:

„Rechtslage... ungünstiger... aber... Kraft größer... und die Gefahr, in ungerechte und oder verderbliche Kriege gestürzt zu werden, eben weil es nur die selbstgewollten führt, für dasselbe (Volk) geringer.“ (StL. VIII, 378.)

Verteidigt sich ein Volk dagegen nur gegen einen Staat, so richtet sich das Bewußtsein der Gegnerschaft nur gegen die Regierung. Das Volk wird als unglücklich verführt, unfrei und seines eigenen Willens nicht mächtig gesehen und entsprechend behandelt:

„Unsere Kriege werden mit weit geringerer Wuth und Verheerung geführt; wir befeinden großentheils den Staat, und lassen den einzelnen Bürger ungekränkt.“ (NS. II, 396.)

Welcker.

Das Leben und sein Einfluß auf die Vorstellung vom Volk.

Welckers Bild vom Volke ist weit entscheidender als das Rottecks durch persönliches Erleben, Anschauung und regen Verkehr mit anderen Politikern bestimmt. Das lag vor allem an seinem Glauben an den Fortschritt und an den hohen Wert einer jeden Äußerung freier Menschen, der ihn aufnahmebereit für neue Eindrücke und fremde Gedanken machte. Außerdem führte ihn sein Lebensweg häufiger und von immer verschiedenen Seiten an die Lebensfragen des Volkes heran.

Die ersten und für seinen Volksbegriff entscheidenden Eindrücke empfing er als Student und junger Dozent in Gießen, wo er das Erwachen eigenvolklichen Selbstbewußtseins unter dem Druck der Fremdherrschaft im Kreise der jungen Menschen besonders stark miterlebte und auch an den daraus wachsenden Bestrebungen der Studentenbünde und der übrigen Gesellschaften innerlich regen Anteil nahm.^{13 a} Hier kam ihm das deutsche Gesamtvolk lebendig zum Bewußtsein.

In Kiel wurden ihm dann an den kulturellen und politischen Kämpfen zwischen Deutschen und Dänen die Verschiedenheiten der Völker untereinander und die Schwierigkeiten, die aus getrennter politischer und kultureller Bindung für einen Volksteil entstehen können, besonders klar. Auch der Gedankenaustausch mit Dahlmann beeinflusste sein Bild vom Volke deutlich.

Seine Erlebnisse in Bonn wurden für die Einstellung zum Staate und vor allem zum preußischen Staate wichtig. Voller Begeisterung für den freien Geist der Rheinlande und die Größe Preußens trat er sein Amt dort an. Er wurde jedoch im Anschluß an die Karlsbader Beschlüsse zusammen mit seinem Bruder Gottlieb und Ernst Moritz Arndt in einen langen Demagogenprozeß verwickelt, lernte den preußischen Bürokratismus gründlich kennen und änderte sein Urteil über Preußen und die vorhandenen Staaten überhaupt grundlegend.

13a. Wild, S. 16 ff. Teilnahme an der Wetterau'schen Gesellschaft.

Voll bitterer Enttäuschung nahm er einen Ruf nach Freiburg an, um in Baden, dem nach seiner Auffassung freiheitlichsten aller deutschen Staaten für die Freiheit des deutschen Volkes zu kämpfen. Damit trat — noch unterstützt durch den starken Einfluß Rottecks — der Kampf für die innenpolitische, verfassungsmäßige Freiheit des Volkes in den Vordergrund. Die Auseinandersetzungen in der Presse und im Landtag führten Welcker vor allem die Schwierigkeiten des Volk-Staat-Verhältnisses vor Augen. „Volk“ wurde von ihm in dieser Zeit stärker aus der Blickrichtung: Regierung—Regierte gesehen.

Den Höhepunkt und zugleich den Abschluß seines Wirkens bildete dann die Märzrevolution und das Parlament in der Paulskirche. Hier verbanden sich noch einmal die beiden für Welcker letztlich untrennbaren Bestrebungen nach Einheit und Freiheit des deutschen Volkes, außerdem wurde der Weg beschritten, den er seit langem für den richtigen gehalten und immer wieder vorgeschlagen hatte: die freie Selbstbestimmung der Deutschen durch ein freies Parlament. Das Scheitern mußte auch Welckers Glauben an das Volk innerlich brechen.

Die auf den aktiven Kampf folgende Zeit der religiösen Verinnerlichung ermöglichte es ihm zwar, die gewonnenen Eindrücke zu verarbeiten und klarer durchzudenken, doch ist das für sein Leben und für sein Denkbild nicht mehr sehr entscheidend. Seit dem Aufhören des Kampfes erstarrte er innerlich mehr und mehr, verschloß sich der Außenwelt und erschien auch äußerlich als kranker und gebrochener Mann. Seine Äußerungen aus dieser Zeit sind daher hier weniger herangezogen worden.

Das Volk „im juristischen Sinne“.

Welcker unterscheidet selbst: Volk im natürlichen Sinn und Volk im juristischen Sinn:

„Volk im natürlichen Sinn ist die durch Abstammung und gemeinschaftliches Zusammenleben verbundene Mehrheit der Menschen. Im juristischen Sinne ist es die als selbständige unabhängige moralische Persönlichkeit, als Staat anerkannte Mehrheit von Menschen, wobei denn gemeinschaftliche Abstammung gewöhnlich, jedoch nicht notwendig ist.“ (StL. XII, 789.)

Die Auffassung des „Volkes im juristischen Sinn“ enthält starke Anklänge an die Rottecks. Die Grundlagen sind auch hier: Freiheit und Gleichheit der Einzelnen und Freiwilligkeit des Zusammenschlusses:

„Nur durch stets freie Vereinigung kann sich das freie Individuum mit dem Allgemeinen verbinden.“ (Deutschlands Freiheit, S. 31.)

Allerdings versteht Welcker die beiden Grundbegriffe etwas anders als Rotteck. Freiheit bedeutet für ihn nicht nur: Befreiung von staatlichem Zwang um der Interessen des Einzelnen willen, sondern sie wird gefordert, um die sittliche Entscheidung des Einzelnen zwischen Gut und Böse unbeeinflußt zu lassen. (StL. IX, 429.) Welcker glaubt, daß der Mensch an sich stets das Gute wolle und nur durch den Zwang vom rechten Wege abgebracht werde, daß also auch das Beste für die Gemeinschaft stets nur durch den Willen freier Menschen bestimmt werden könne.

In engem organischen Zusammenhang mit dieser Auffassung der Freiheit steht auch die der Gleichheit. Da die Güte des Willens nur bei völliger Freiheit gewährleistet ist, muß auch eine Beschränkung durch rechtlich Bevorzugte eine Gefahr bedeuten:

„Es (das Privileg) begründet schon seinem Begriff und seinem Wesen nach eine Ausschließung, Zurücksetzung der übrigen Bürger.“ (StL. I, 251.)

„Gibt es wohl in der ganzen Welt etwas Aufreizenderes, als in wichtigen Dingen den Minoritätsbeschlüssen seiner Mitbürger sich unterordnen, durch sie leiden zu müssen!“ (StL. VI, 244, II. Aufl.)

Die Gleichheitsforderung gilt folglich für Welcker nicht nur formal, sondern tatsächlich. Diese Notwendigkeit ergibt sich auch aus dem Ziel der Volksgemeinschaft. Während Rotteck höhere Zwecke, die über die Sicherheit und ihre Vorbedingungen hinausgehen, ablehnt, ist für Welcker die höchste sittliche Vervollkommenung aller Bürger das Ziel:

„Seine (des Staates) Aufgabe ist es: die wahre und allseitig verwirklichte Sittlichkeit der Nation aller ihrer Bürger im Verein darzustellen.“ (StL. II, 764.)

Damit erscheint auch das Streben nach der „Glückseligkeit Aller“ nicht so fern und praktisch unerreichbar wie bei Rotteck. Während dieser — seiner nüchtern-materiellen Zielsetzung entsprechend — unter „Glückseligkeit“ hauptsächlich die Besserung der materiellen Verhältnisse der Einzelnen versteht, die für alle selbstverständlich nie voll erreicht werden kann, bedeutet Glückseligkeit für Welcker: innere Befriedigung in dem Bewußtsein einen hohen sittlichen Stand erreicht zu haben, sie ist damit eher praktisch zu verwirklichen.

Das umfassendere Ziel erfordert auch ein stärkeres Aufgehen des Einzelnen in der Gemeinschaft, dem Volk:

„Es ist der Verein, welcher alle Bestrebungen der Menschen umfaßt und nach den höchsten Ideen der ganzen menschlichen Bestimmung... leitet, zur Verwirklichung bringt, und welcher zu dieser Verwirklichung unentbehrlich ist.“ (StL. II, 764.)

Die Gründe, aus denen der Einzelne sich unterwirft, sind verschieden. Einmal gibt die Gemeinschaft ihm größere Wirkungsmöglichkeit:

„Gesetz Gottes... der die Menschen... in verschiedenartige Völkerstämme theilte..., ihnen eigenthümliche Bedürfnisse und beschränkte Kräfte gab, so daß jeder Einzelne nothwendig in und mit seinem Volke leben muß, der etwas Tüchtiges werden und leisten will.“ (KB. I, 27.) (Vgl. auch: StL. XII, 391.)

Außerdem erkennt er im Volke den höheren Wert und ordnet sich daher freiwillig und selbstlos unter:

„In dankbarer begeisterter, aufopfernder Vaterlandsliebe und Verehrung ordnet der würdige Bürger dessen (des Staates) höherem Leben das seinige unter. Das höhere selbständige Gesamtleben des vaterländischen Staates ergreift und bestimmt den Bürger stets neu...“ (StL. XII, 368.)

Es ist schwer zu entscheiden, welcher der beiden Gesichtspunkte im Vordergrund steht. Während für Rotteck nur der erste gilt, müssen für Welcker beide zu einer unlöslichen Einheit verschmolzen sein, wenn die Gemeinschaft bestehen und erhalten bleiben soll. Daraus ergibt sich auch eine etwas verschiedene Auffassung von der Art des Zusammenschlusses. Er beruht zwar für beide auf einem rechtlichen also jederzeit lösbaren Vertrag:

„Stets und überall bilden Verträge die natürlichen und nothwendigen Lebensbände aller gesellschaftlichen Verbindungen und Rechtsverhältnisse.“ (StL. VI, 184.)

„Der urgermanischen Nationaltheorie gemäß wurde von den Völkern germanischen Stammes der Staat als auf einem Vertrage beruhend aufgefaßt.“ (StL. V, 719.)

Doch ist dieser Vertrag für Rotteck lediglich Mittel zum Zweck und bringt außer den formal-rechtlichen keine weiteren Bindungen mit sich. Für Welcker dagegen entsteht aus dem Zusammensein eine Art **Gemeingeist**:

„Gemeingeist ist die natürliche und lebendige Richtung der Gedanken und Gefühle und der Gesinnungen auf das allgemeine Ganze und sein Wohl. Sein bestes Bild und seine analoge Kraft ist das Gemeingefühl oder auch die ganze gesunde Lebenskraft in dem einzelnen lebendigen Wesen.“ (StL. II, 769.)

Die innere Bindung der Einzelnen untereinander entsteht durch das gemeinsame Wirken für ein Ziel:

„Ein freies und einheitliches... Volk besteht ja nur durch die fortdauernd lebendig erhaltene, freie gemeinsame Überzeugung und Gesinnung für die jedesmaligen vaterländischen Verhältnisse und Aufgaben.“ (StL. I, 342.)

Sichtbaren Ausdruck findet dieser Gemeingeist in der öffentlichen Meinung. Auch sie ist für Welcker also etwas anderes als für Rotteck. Stellt sie für diesen nur den Ausdruck der allgemein menschlichen Vernunft dar, so ist sie Welcker zugleich Abbild des besonderen Volksgeistes. Sie faßt sein Wollen und Streben zusammen, ist aber nicht die Summe aller Einzelwillen, sondern ein durch den gegenseitigen Meinungsaustausch entstandenes neues Produkt:

„Der wahre Gesammtwille des Staates ist ebensowenig bloß Form oder bloß die Summe oder die Mehrheit getrennter Einzelwillen, als er denkbar ist, ohne die freie Mitwirkung der Staatsglieder. Er ist das nothwendige Produkt ihrer innigen Wechselwirkung und Verbindung untereinander und mit der lebendigen höchsten Grundidee und der vereinigenden Grundkrafts des Staats. (StL. X, 255.)

Die freiwillige Lebendigkeit läßt auch hier stets das Beste siegen:

„England mußte groß werden, weil ihm sein durchgeführtes Prinzip . . . der öffentlichen Meinung . . . die besten Minister und die beste Verwaltung gab.“ (StL. VI, 185.)

„Wenn nur die Stimme der Ehre und der Sittlichkeit in einem Volke noch nicht ganz erstorben ist, . . . das Würdige und Rechte fast jedes Mal die Vorherrschaft und eine unerwartete Gewalt erhält, sobald sie in gemeinschaftlichen öffentlichen Versammlungen ertönt . . .“ (StL. VII, 395.)

Zugleich vereinigt sich in der öffentlichen Meinung die volkliche Tradition mit den Gedankengängen der Gegenwart, sie ist also das Ergebnis des Volks- und Zeitgeistes:

„Die diesen tiefsten Grundlagen des ganzen höheren Volkslebens entsprechenden, durch den harmonischen Lebenstrieb immer aufs Neue hervorgerufenen Überzeugungen eines freien Volkes, des für das Gemeinwesen wirksamen geistig lebendigen Theils desselben, bilden nun in der That die wahre öffentliche Meinung und Gesamtvernunft desselben, die durch bestimmte Zeitverhältnisse bestimmte, jetzt vorzugsweise wesentlich erscheinende Lebensrichtung der öffentlichen Meinung aber bildet den wahren Geist der Zeit.“ (StL. III, 768.)

Der Unterschied zu Rotteck besteht also vor allem darin, daß die öffentliche Meinung hier etwas Neues, eine Leistung der Gemeinschaft darstellt, daß sie die Einzelnen stärker an das Ganze bindet und außerdem die Vergangenheit mit einbezieht. Welcker versteht also unter „Volk“ nicht nur die augenblicklich Lebenden, sondern sieht in ihnen die Träger einer geschichtlich gewordenen, natürlich gewachsenen Gemeinschaft. Neben der rein rechtlichen Bindung besteht also auch eine natürliche, von dem Willen der Einzelnen unabhängige.

Das Volk „im natürlichen Sinne“.

Unter den von der Natur gegebenen Voraussetzungen steht die gemeinsame Abstammung insofern an erster Stelle, als sie die Frühzeit der Volksentwicklung stark beeinflußt hat:

„. . . Die Verschmelzung der germanischen Völkerschaften durch Stammverwandtschaft erleichtert.“ (StL. V, 362.)

Dabei wird die Abstammung wesentlich als etwas Vorhandenes, mit dem sich der Mensch auseinandersetzen muß, gesehen, sie prägt jedoch weder den Charakter noch die Kultur des Volkes. Das Bestreben, die rassische Zusammensetzung rein zu erhalten, erscheint Welcker deshalb zwar natürlich und löblich, doch nicht unbedingt notwendig. Es ist daher auch keine Forderung für die Gegenwart:

„Das Volksgefühl will den Adel des Volksstammes und die Reinheit seines Blutes schützen...“ (StL. I, 284.)

„...wobei denn gemeinschaftliche Abstammung zwar gewöhnlich, jedoch nicht nothwendig ist.“ (StL. XII, 789.)

Daraus erklärt es sich auch, daß er auf eine genaue Auseinandersetzung darüber, was unter Abstammungsgemeinschaft zu verstehen ist, verzichtet. Einerseits erscheinen ihn alle europäischen Völker ursprünglich stammverwandt:

„Solchergestalt sind die germanischen Völker jetzt theils reingermanisch, wie unsere deutsche Nation und die Dänen und Norweger, theils römisch-germanisch, wie... Franzosen, Italiener... Engländer, theils slavisch-germanisch...“ (StL. III, 732.)

andererseits nur die Deutschen untereinander. StL. V, 362.) (Siehe oben!) Ob zwischen beiden Arten wesentliche oder nur graduelle Unterschiede bestehen, wird nicht ganz klar. Er sagt selbst:

„Über die Naturverhältnisse, über Abstammung und Herkunft des deutschen Volkes... wissen wir mit Sicherheit nur Weniges.“ (StL. III, 732.)

Ebensowenig läßt sich klar entscheiden, ob er unter Rassen-einheit nur körperliche Ähnlichkeit oder auch seelische versteht:

„(Germanen)... in welchem (Volk) alle Glieder desselben sich beinahe völlig ähnlich und gleich gewesen seien. (Tacitus).“ (StL. I, 310.)

Diese Unklarheit und die verhältnismäßig geringe Bewertung der Rassenfragen erklärt sich bei Welcker nicht nur aus den in seiner Zeit noch unvollständigen Kenntnissen, sondern auch aus seiner persönlichen Weltanschauung. Er sieht die ganze Welt in einem ständigen Fortschritt vom „Sinnlichen“ zum „Sittlichen“. Die physischen Dinge gehören daher in ihrer Bedeutung einer frühen, lang überwundenen Stufe an und haben

für seine Zeit fast nichts mehr zu besagen. Es lohnt sich deshalb nicht, sie ausführlicher darzustellen. Das gleiche gilt für die übrigen natürlichen Grundlagen, wie Klima, Boden usw. Seine Einstellung ist also der Jahns genau entgegengesetzt, während dieser in den Naturgegebenheiten die entscheidenden Vorbedingungen der volklichen Entwicklung sieht, und die Geschichte als eine organische Folge der daraus entspringenden Leistungen auffaßt, liegt für Welcker das Schwergewicht der Bedeutung gerade umgekehrt: die Überwindung der natürlichen Bindungen und ihr Ersatz durch geistige erscheint ihm das Wesentliche. Damit wird die historische Entwicklung zu einer ganz entscheidenden volksbildenden Kraft.

Die „historische Entwicklung“ stellt sich bei näherer Betrachtung als ein ganz eigentümliches Gemisch historischer, naturwissenschaftlicher und philosophischer Betrachtungsweise dar.

Der Aufstieg vom „Sinnlichen zum Sittlichen“ vollzieht sich praktisch in den einzelnen Völkern. Sie werden als Individuen betrachtet, die sich nach organischen Gesetzen fortentwickeln. Um die Art dieses Fortschreitens plastisch zu zeichnen, wählt er das in seiner Zeit geläufige Bild der Organismuslehre und faßt die verschiedenen Stadien den Menschenaltern entsprechend als Kindes-, Jünglings-, Mannes- und Greisenalter auf. Das entscheidende Merkmal der Stufe liegt für jede Zeit in der vorherrschenden geistigen Verfassung des Volkes (näheres: vgl. StL. III, 760). Im Kindesalter herrscht fast völliger Mangel an geistiger Regsamkeit, im Jünglingsalter entwickeln sich vor allem die religiösen Kräfte, im Mannesalter endlich wird nach diesen Vorstufen die Vernunft des Einzelmenschen die tragende Grundlage der Gemeinschaft.

Diese Entwicklung vollzieht sich, da alle Völker den gleichen organischen Gesetzen unterliegen, bei allen gleich oder wenigstens ähnlich. Damit wird es versucht, die einzelvolklichen Besonderheiten auf einen großen gemeinsamen Nenner zu bringen. Diese gleiche Entwicklung verbindet die Völker auch praktisch, da die, die auf gleicher Fortschrittsstufe stehen, sich besonders gut verstehen und aus dem Gefühl innerer Übereinstimmung zueinander streben. Diese Wirkung kann sogar so

stark sein, daß sie selbst die Staats- und Volkszugehörigkeit überwindet. Jedenfalls erklärt Welcker damit die Tendenz des westlichen Deutschland zum Anschluß an das seiner inneren Verfassung besser entsprechende Frankreich. (Deutschlands Freiheit S. 25, 26.) Vgl. Brief aus Hdbg. 30. 4. 1818.

Neben diesem weltbürgerlichen Zug enthält die „historische Entwicklung“ jedoch auch Seiten, die die Grenzen der Einzelvölker stärken. Die einzelnen Stufen sind nur allgemein durch die organischen Gesetze bestimmt, die Einzelheiten dagegen gestaltet jedes Volk anders. Diese Sonderprägung ist die Leistung, die es zu einer engeren Einheit zusammenschmiedet. Sie erstreckt sich vor allem auf zwei Gebiete: 1. auf das staatlich-politische und 2. auf das kulturelle.

Die politische Entwicklung wirkt vor allem durch die von ihr abhängigen Lebensformen gemeinschaftsbildend:

„Alle deutschen . . . Stämme bildeten länger als ein Jahrtausend einen gemeinschaftlichen Staat, hatten gemeinschaftliche staatsrechtliche Verhältnisse. Sie hatten zugleich . . . gemeinschaftliche Lebensverhältnisse, Schicksale und Bildungsstufen. Aus ihnen aber mußten, so gewiß gleiche Kräfte und Ursachen gleiche Wirkungen erzeugen, auch historisch gemeinschaftliche germanische und deutsche staatsrechtliche Verhältnisse, Institute und Grundsätze hervorgehen. (StL. V, 508.)

Der Weg ist für Welcker also der: die äußeren Formen schaffen die inneren Gemeinsamkeiten. (Vgl. auch die Entstehung des Gemeinnsinns.) Teilnahme an dem äußeren Schicksal der Gemeinschaft, erzeugt auch innere Zugehörigkeit:

„Ursprünglich kleine Völker könnten freilich für sich bestehen, wie ursprünglich kleine Menschen, abgeschnittene Glieder eines ursprünglich großen, durch langes Leben gemeinschaftlich entwickelten, können es nicht. Wie wäre es denn auch nur denkbar, vollends bei dem heutigen Überwiegen der freien nationalen Bestrebungen und Kräfte in den Völkern . . .“ (Preßfreiheit, S. 138.)

Der gleiche Grundsatz bestimmt auch die Einstellung zur Gleichberechtigung der Juden (S. 72).

Die Vergangenheit wirkt also auf die Gegenwart nicht dadurch, daß sie das Volk zu neuen Leistungen anspornt wie bei

Jahn (S. 21), sondern sie ist eine einfache Tatsache, mit der die Gemeinschaft der Lebenden sich auseinanderzusetzen hat:

„Bis zu einem gewissen Grade, jedoch auch nicht weiter, ist die Abhängigkeit unserer heutigen Einrichtungen von denen der Vorzeit theils unvermeidlich, theils empfehlenswerth.“ (StL. IX, 125.)

„Zwar ... wirkt ... bei dem Volke seine geschichtliche Vergangenheit theils auf alle seine Triebe, theils auf seine ganze Ansicht und Erkenntniss von den Gesetzen für seinen Willen, tausendfach ein. Aber die Aufgabe der freien sittlichen Menschen ist es, auf seinem gegenwärtigen Standpunkte — nach der ihm auf demselben möglichen Vernunftkenntniss sein ganzes Leben mit Freiheit zu beherrschen.“ (KB I, 17.)

Die vergangene politische Entwicklung bestimmt also zwar die Grundlagen der Volksgemeinschaft, doch wichtiger für ihr Gedeihen erscheint die von der Vergangenheit weitgehend unabhängige Gegenwartsleistung.

Interessant ist diese Wertung der Geschichte auch insofern, als die räumlichen Grenzen des Volkes danach bestimmt werden. Da Welcker in der deutschen Frühzeit sein Ideal sieht, einen starken gemeindeutschen Zusammenhalt in ihr vermutet und die Einzelstaaterei als unglückliche Fehlentwicklung betrachtet, versteht er unter „Volk“ stets das ganze deutsche Volk. Er ist also entschieden nicht partikularistisch. Seine Geschichtsauffassung ermöglicht es ihm, die großen Linien der Geschichte zur Grundlage der Zukunftsgestaltung zu machen, dabei aber doch unabhängig von den vorhandenen geschichtlich gewordenen Einzeleinrichtungen zu bleiben. Hier liegt allerdings auch die für seine Zeit typische Gefahr, den realen Boden der Wirklichkeit unter den Füßen zu verlieren. Die Betrachtung der Vergangenheit wie die Pläne für die Zukunft sind stärker von den Wünschen, als von der Kenntnis der Wirklichkeit und ihrer Gesetze getragen. Das zeigt auch seine Bewertung des kulturellen Lebens. Von der kulturellen Einheit her erwartet er die Erneuerung Deutschlands und weist ihr deshalb für die Volksbildung entscheidendes Gewicht zu.

Der beste Spiegel der Kulturgemeinschaft ist ihm — abgesehen von den weniger wichtig erscheinenden Ausdrucks-

formen wie Tracht, Sitten und Gewohnheiten — die Sprache. Sie erhält, bildet und prägt das einzelvolkliche Kulturgut:

„Die Sprache enthält stets mehr oder minder, die Resultate der Weisheit der Völker, wirkt auf philosophische Ansichten und Begriffe, wie diese auf sie zurück.“ (Letzte Gründe, 133.)

Zugleich trennt sie die einzelnen Gemeinschaften voneinander:

„... auch unter den alten Deutschen war das Bewußtsein ihrer Spracheinheit stets in Erinnerung und (ist) nie ohne politische Wirkung geblieben...“ (StL. V; 361.)

Hier wird deutlich, daß Welcker eine enge Verbindung von der Kulturgemeinschaft zur politischen sieht.

„Daß der wichtigste Träger unsrer deutschen selbständigen Nationalität, daß unsere deutsche Sprache nicht so wie bei den Germanen in Italien... in eine romanische Mischlingssprache sich verlor, dieses verdanken wir diesem größten aller Fürsten.“ (StL. III, 746.) (Karl der Große.)

Seine Forderung, die Sprache rein zu erhalten, ist daher politisch und kulturell zu verstehen. Daß er dabei nicht so viel unter Reinerhaltung verstand, wie wir heute, und auch selbst der theoretisch aufgestellten Forderung nicht ganz nachkam, zeigt sein eigener Sprachgebrauch. Man findet in seinen Schriften sehr viele Fremdwörter, auch solche, die er nach dem Wortschatz seiner Zeit ohne Schwierigkeiten hätte ersetzen können. Interessant ist es in diesem Zusammenhange auch, daß er selbst das Wort „Volksthümlichkeit“ in der dritten Auflage des Staatslexikons durch „Nationalität“ ersetzt und sich damit also in schroffem Gegensatz zu seiner eigenen Forderung befindet.¹⁴

Noch klarer als bei der Sprache kommt die enge Verbindung der politischen mit der Kulturgemeinschaft, von Volk „im natürlichen“ und Volk „im juristischen“ Sinn auf dem Gebiete des **Rechtes** zum Ausdruck:

„Die Hauptbeziehung des Begriffs der Fremdheit war und blieb immer die zu einer rechtlichen Genossenschaft im Lande oder zur Volksgenossenschaft überhaupt; (da) bei dem Mangel eines bleibenden alle Volksstämme vereinigenden äußeren Bandes eine nationale Bezeichnung des Sprachfremden niemals üblich werden konnte.“ (StL. V, 361.)

14. Vgl. Einleitung S. 12, Schluß S. 123.

„... Begründung des Rechts, seiner nothwendigen Ableitung aus der sittlichen Gesamtüberzeugung eines sittlichen Volkes...“ (Vertheidigung... S. 402.)

Eine derartig entscheidende Bedeutung kann das Recht jedoch nur dann haben, wenn es in jedem Volke verschieden ist:

„Dieses vernünftige oder göttliche Recht aber ist für das Volk kein von außen kommendes oder wunderbares, sondern es kommt ganz natürlich von seiner inneren vernünftigen, sittlichen oder religiösen Überzeugung und freien Vereinbarung, ist also zugleich stets vertragsmäßig.“ (StL. VI, 206.)

Aus diesem Grunde lehnt Welcker Verfassungsübertragung ab (KB. 1815, 30) und sieht auch in der Aufnahme des römischen Rechtes den Grund zur Fehlentwicklung des deutschen Rechtslebens:

„Die Richtung, die durch die unglückliche Rezeption der fremden in fremder Sprache geschriebenen Rechtsbücher, als gültiger Gesetze, der deutsche Juristenstand sehr natürlich erhalten mußte, liegt, so wie ...dessen Bevormundung unseres Volkes zu Tage...“ (StL. V, 711.)

Die schlechten Erfolge liegen dabei an der Übertragung, denn an sich ist das römische Recht gut:

„...eine der wesentlichsten Grundlagen der Vortrefflichkeit des römischen Rechts und der römischen Jurisprudenz (ist es) daß sie hervorgegangen waren aus dem freien römischen Volksleben...“ (StL. VII, 680.)

Das Recht ist für Welcker also an die Eigenart des geschichtlich gewordenen Volkes gebunden. Er versteht hier unter Volkstümlichkeit: Ausfluß des geschichtlichen und kulturellen Volkslebens und unterscheidet sich damit ganz wesentlich von Rotteck. Das, was Rotteck unter Volkstümlichkeit versteht, nennt Welcker die Volksmäßigkeit des Rechtes, also die Anteilnahme des lebenden Volkes, der aktiven Bürger an der Rechtsgestaltung und Rechtshandhabung, auch sie ist Vorbedingung eines guten Gemeinschaftslebens:

„Ein Volk hat aufgehört, ein freies Volk zu seyn, einen Rechtszustand zu besitzen... wenn seine Rechtsverhältnisse, wenn seine Grundverträge ohne seine und seiner Vertreter Mitsprache und Beistimmung beliebig so oder so verändert werden können.“ (Gefahren des Vaterlands..., 9.)

„Nur aus dem allgemeinen Willen der Bürger kann das wahre Recht, wie die wahre Politik geschöpft werden.“ (KB. 1815, 21.)

Volkstümlichkeit und Volksmäßigkeit sind also für Welcker gleich wichtig und hängen insofern eng zusammen, als nur volkstümliche Rechte vom lebenden Volk verstanden und folgerichtig gehandhabt werden können und andererseits auch volksmäßige nur dann wertvoll sind und bestehen bleiben, wenn sie der geschichtlich gewachsenen Rechtsauffassung des Volkes entsprechen.

Damit entspricht das Recht in seiner Stellung und Bedeutung der öffentlichen Meinung, auch in ihm vereinigt sich die Leistung des geschichtlich gewordenen Volkes mit der des lebenden, d. h. der augenblicklich politisch aktiven Volksschichten.

„Volk im natürlichen“ und „Volk im juristischen Sinne“ sind für Welcker also nicht getrennte Vorstellungen wie bei Rotteck „Volk“ und „Nation“, sondern sie stehen in enger Wechselwirkung und bilden eine Einheit. Diese Zusammengehörigkeit ist nicht nur wie für Rotteck wünschenswert, sondern sie ist unbedingt notwendig. Aus dieser Auffassung des Volkes heraus mußten Welcker auch die beiden Bestrebungen seiner Zeit nach Einheit und Freiheit innerlich unzertrennlich sein. Gerade seine Rechtsauffassung und die daraus hervorgehenden Forderungen zeigen die innere Bindung: das neue Recht soll durch die Beteiligung der breiteren Volksschichten dem in ihnen lebenden gemeinsamen deutschen Rechtsbewußtsein zum Ausdruck verhelfen und damit zugleich das Einheitsband stärken.

Versucht man, trotzdem Welcker selbst beide Sichten des Volkes als unlösliche Einheit empfand und weder Schwierigkeiten noch Gegensätze dabei kannte, festzustellen, welche Seite ihm innerlich wichtiger und letztlich entscheidender war, so läßt sich das am besten aus der Art feststellen, wie er die Volksgemeinschaft bestimmt.

Fallen für einen Volksteil kulturelle und politische Zugehörigkeit nicht zusammen, wie Welcker das selbst praktisch

in Schleswig-Holstein erlebt hatte, so ist dieser Zwischenzustand aufrecht zu erhalten:

„Ich habe aber so ausdrücklich gesagt, daß die von mir gewollte Nationalität nicht im Streite sey mit einer Staatsverbindung mit einem andern Lande, wie ich an Hannover und Ungarn bewies“... (Vertheidigung 376.)

Mit den dabei auftretenden Schwierigkeiten setzt er sich nicht auseinander. — Da es sich um deutsche Gebiete handelt, ist hier ein Sonderfall gegeben, denn die Zugehörigkeit zum deutschen Volke, dem Urvolk der Menschheit, geht selbstverständlich allem andern vor. (Vgl. S. 79.)

Daß das gleiche Problem auch bei der Auswanderung auftritt, wird von Welcker gar nicht beachtet. Er betrachtet sie nur als ein Recht des Einzelnen gegenüber dem Staat:

„Endlich erhielten freie Völker noch 4. völlig unbeschränktes Recht freier Auswanderung. (StL. VI, 179.)

„Nichtgebrauch desselben wird alsdann (bei Freiheit) ein rechtsgültiger Beweis der Einwilligung oder des Vertrags... (StL. VI, 179.) (Vgl. auch: StL. II, 218.)

Hier entspricht seine Auffassung ganz der Rottecks,¹⁵ er vergißt die kulturelle Volkszugehörigkeit und die Bindung an das geschichtliche Werden des Volkes, sie werden jedenfalls nicht erwähnt.

Die gleiche Haltung macht sich auch bei seiner Abgrenzung des Volkes in sozialer Hinsicht geltend. Den Ausschluß der eigenen Meinungsbildung nicht voll Fähigen, übernimmt er von Rotteck und sieht mit ihm darin weder eine Einschränkung seines Volksbegriffes, noch eine Verletzung der Ausgeschlossenen:

„... daß es unserem Grundprinzipie auch durchaus nicht widerstreitet, wenn manche Staatsbewohner von unmittelbaren entscheidenden öffentlichen Stimmrechten ausgeschlossen sind. Die Unfreien waren ja auch bei den germanischen Völkerstämmen der Regel nach und im Ganzen Fremde.“ (StL. I, 293.)

Doch zeigt die Bezeichnung „manche“ und der Vergleich mit den germanischen Unfreien, daß Welcker nur an einen Aus-

15. S. 38.

schluß verhältnismäßig weniger Staatsbürger denkt. Außerdem sieht er für die so Ausgeschlossenen einen Weg zu mittelbarer Einflußnahme:

„Auch wirken bekanntlich mittelbar und vorzüglich auch durch die öffentliche Meinung, zumal in den wichtigsten Zeiten und Dingen, Frauen, Haussöhne und andere Glieder des Volkes oft mehr für den lebendigen Gesamtwillen und seine Beschlüsse, als so viele öffentlich Abstimmende.“ (StL. VI, 180.)

Diese Haltung steht an sich in krassem Widerspruch zu Welckers sonstigem Denken, da er im allgemeinen glaubt, der freie Wille bedürfe, um in der richtigen und heilsamen Art wirken zu können, stets der formellen Möglichkeiten. Nur so begründet er seinen Kampf für die Verfassung. (S. 74.) Andererseits zeigt sich hier Welckers Bestreben, die Rottecksche Einseitigkeit zu überwinden:

„Jeder Ausschluß eines Bürgers, eines Volks und namentlich auch, wie bei der Zeitungszensur, der ganzen unteren Stände von der vaterländischen und menschlichen geistigen Gemeinschaft, Wechselrede und Kultur... ist Sünde.“ (Preßfreiheit... S. 17.)

Den inneren Widerspruch dieser beiden Äußerungen hat Welcker wohl gar nicht empfunden. Außerdem versteht er in beiden Fällen etwas Verschiedenes unter dem Begriff „untere Schichten“. Bei dem Ausschluß vom Stimmrecht denkt er nur an wenige Staatsbürger, bei dem durch die Pressezensur dagegen an größere Volksteile. Im übrigen macht er deutlich einen Unterschied zwischen völligem Ausschluß von der öffentlichen Meinung und nur Ausschluß vom Stimmrecht. (StL. VI, 180.)

Für die aus der Willensgemeinschaft Ausgeschlossenen verwendet Welcker den ehrenden Namen „Volk“ kaum. Eine Gemeinschaft von Menschen, die keinen eigenen Willen haben, kann für ihn nur auf Grund einer durch äußere Zwangsmittel herbeigeführten Fehlentwicklung bestehen und ist als zeitweiliger Übergangs- und Krankheitszustand anzusehen. Er spricht dann von „Pöpnation“ (Preßfreiheit S. 13) „Sklavenpack“ (StL. I, 291), „Aggregat von Knechten“ (StL. I, 315).

Der Mangel an Selbständigkeit in der Lebensstellung ist entscheidender als das Fehlen natürlicher, geschichtlicher oder geistig-kultureller Volkszugehörigkeit, das beweist z. B. die Haltung gegenüber den J u d e n. In ihrem Ausschluß aus der vollwertigen Volksgemeinschaft sieht Welcker eine ungerechtfertigte Benachteiligung. Sie scheinen ihm durch die Teilnahme an den Staatsbürgerpflichten Anspruch auf gleiches Recht zu besitzen:

„Mit Vergnügen setzen wir hinzu, daß . . . die Mehrheit der 2. Kammer sich . . . für die vollständige staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden mit den Christen aussprach . . . und . . . so . . . den Makel zu tilgen suchte, daß man geborenen Landeseinwohnern und Mitbürgern zwar gleiche Lasten der Steuern und der Landesvertheidigung aufbürden, die gleichen Rechte aber ihnen verweigern will.“ (StL. IV. Nachtrag zu Judenemanzipation, II. Aufl., 316.)

Diese Einschränkung hält er nicht nur für unrecht, sondern auch für politisch unklug:

„Der Staat handelt seinem eigenen Zwecke entgegen, wenn er einer einzelnen Classe seiner Staatsangehörigen die Möglichkeit einer freien und kräftigen Entwicklung entzieht, . . . denn sie werden durch Ansteckung schaden.“ (StL. IV, 328.)

Die wirkliche Zugehörigkeit der Juden erscheint dadurch bewiesen, daß sie den Willen zu ihr selbst besitzen und durch ihre Teilnahme an den Befreiungskriegen gezeigt haben:

„Und wie wollte man überhaupt die Tatsache sich erklären, daß doch die Juden wirklich so eifrig wünschen, als wirkliche Staatsbürger anerkannt zu werden, wenn sie für den Staat und die Erreichung seines Zweckes kein Interesse hätten.“ (StL. IV, 325.)

„1814 und 1815 fochten sie an der Seite unserer Krieger.“ (StL. IV, 325.)

Die einzige Unterscheidung erscheint ihm also die Religionsverschiedenheit, und sie ist selbstverständlich kein Grund für rechtliche Nachteile. Die staatsbürgerliche Minderberechtigung hält er daher für einen Ausfluß des Konkurrenzneides:

„Man besorgt . . ., daß die Juden sich aller jetzt ausschließlich von Christen betriebenen Beschäftigungen . . . bemächtigen . . ., daß die Christen von ihnen überflügelt werden.“ (StL. IV, 327.)

Bei der Begrenzung sind also fast ausschließlich die Merkmale des Volks „im juristischen Sinne“ entscheidend. Volkszugehörigkeit wird praktisch durch das Staatsbürgertum bestimmt. Hier zeigt es sich deutlich, daß Welcker stark von Rottecks Anschauungen abhängig ist. Er sucht zwar dessen Einseitigkeit zu überwinden und das Fehlende zu ergänzen, — in der Judenfrage vertritt er den sich aus dem Rotteckschen Staatsbegriff ergebenden Standpunkt sogar entschiedener als dieser selbst — aber seine Ergänzungen sind noch nicht so klar und innerlich durchdacht, daß die auftauchenden Konflikte bewußt werden. Das zeigt auch die Art, wie das Verhältnis von Volk und Adel gesehen wird.

Die Zugehörigkeit des Adels zum Volke wird aus praktischen Rücksichten befürwortet:

„Das größte Heil, welches dem Adelsstand aus tüchtigen Repräsentativverfassungen erwachsen soll, ist vor allem seine gleiche Theilnahme an der höchsten allgemeinen Wohlthat dieser Verfassung, nemlich an der freien höheren Nationalentwicklung und an dem wahren Rechtsschutz im Innern wie nach außen...“ (StL. I, 328.)

Der Fürst dagegen steht außerhalb der Volksgemeinschaft, er ist äußerer Repräsentant aber nicht Mitgestalter am Volkstum. Doch ist das Verhältnis beider zueinander wesentlich anders als bei Rotteck. Während bei diesem beide wesensmäßig verschieden und natürliche Gegensätze sind, sieht Welcker den gemeinsamen Ursprung im Volke:

„... Das edle deutsche Volk achtet und achte vor allem ferner wie bisher sich selbst und seine Freiheit in freier heiliger Achtung seiner Fürsten. Aus seinem Schoosse sind sie entsprungen. Es muß sich ursprünglich ... selbst anklagen.“ (Deutschl. Freih. 23.)

Die Fremdheit ist also erst eine Folge der verschiedenen Entwicklung und daraus folgt für Welcker nicht Feindschaft, sondern eher Hochachtung, Ehrfurcht, Vertrauen:

„Sein (des Staates) höheres und wahres Leben sollten sie (die Volksvertretung) bewahren, das Höhere und Heilige bei allen Ehre, Achtung und Rechte des Königs beim Volke, und die des Volkes beim Könige lebendig erhalten und vertreten, und so die rechte Einigung zwischen König und Volk, zwischen Königreich und Freiheit vermitteln.“ (Deutschl. Freih. 32.)

Er richtet auch die Rede, in der er am stärksten das geschichtlich gewordene Volk betont: Deutschlands Freiheit an Fürsten und Volk und weihet sie „den erhabenen und unsterblichen Rettern und Lenkern europäischer und deutscher Freiheit“. Das ist ein Zeichen, daß er beide zwar nicht als Einheit sieht, aber doch gegenseitige Ergänzung erwartet. Auf der Seite der Fürsten erscheint allerdings das Zurückgreifen auf die volklichen Kräfte mehr als Ergänzung zu den anerkannten alten Regierungsformen und Mitteln, sie ist in dieser Zeit der „gegebene Weg zum Erfolg“. (Deutschlands Freiheit S. 19.) Volkstümlichkeit bedeutet damit für Fürst und Volk etwas Verschiedenes, für die Fürsten: Mittel zur Stärkung und Erhaltung ihrer Macht, für das Volk: innere, eigene Lebenskraft.

Diese hoffnungsvolle Haltung Welckers den Fürsten und den bestehenden Einrichtungen gegenüber ist allerdings in der späteren Zeit wesentlich geringer, das zeigt sehr deutlich auch seine Ansicht über den Staat, seine Aufgaben und Befugnisse.

Der Staat als „freieste und größte That des Volkes“.

„Der Staat ist der souveräne, moralisch persönliche lebendige freie Gesellschaftsverein eines Volkes, welcher nach dem gemeinschaftlichen Verfassungsgesetz im freikonstituierten Volkskörper, unter Leitung einer verfassungsmäßigen und konstitutionellen selbständigen Regierung, die rechtliche Freiheit und innerhalb derselben die Bestimmung und dadurch die Glückseligkeit aller Mitglieder erstrebt.“ (StL. XII, 376.)

Volk und Staat bedingen sich also gegenseitig. Das Volk ist der Inhalt, der Staat die Form, was aber keine geringere Wertung des Staates bedeutet, da für Welcker die Form die entscheidende Vorbedingung und Wirkungsmöglichkeit für alles Leben ist:

„Ohne angemessene Form besteht nichts Irdisches.“
(Deutschlands Freiheit. 43.)

Die Form ist deshalb das Entscheidende, weil der Wille zum Guten als stets vorhanden vorausgesetzt wird und nur

formale, künstliche Unterdrückungen eine positive harmonische Entwicklung hindern. Damit erhält der Staat eine entscheidende Bedeutung für den Fortschritt der Menschheit. Seine glückliche Gestaltung stellt also eine Aufgabe für das Volk dar:

„...die höchste Entwicklung des erhabensten Kunstwerks, die des freien Staats, diese freieste und größte That der Völker ... ist ... natürlich die späteste, die höchste Aufgabe eines Volkes.“ (StL. VI, 165.)

Trotz dieser hohen Wertung beschränkt sich die Funktion des Staates — wie schon aus der Begriffsbestimmung hervorgeht — im wesentlichen auf Verfassungs- und Rechtsgebiet.

Die Verfassung hat die Aufgabe, den Volkskräften die größtmögliche Freiheit und damit Wirkungsmöglichkeit zu geben.

Die praktischen Mittel sind wesentlich die gleichen wie bei Rotteck und Jahn: Stände, Landwehr (StL. VI, 596 ff.) Selbstbesteuerung: (StL. XII, 712, 667, 672) Hebung der Kulturkräfte durch Volksfeste (Deutschlands Freiheit 50) Preßfreiheit, Förderung des Vereinswesens als erzieherische Vorbereitung für das Wirken im Gesamtverein, dem Staate, Erziehung zur Bürgertugend. Allerdings legt Welcker auf die staatliche Erziehungsarbeit sehr wenig Wert. Sie ist für seine Anschauung auch insofern unnötig, als der Mensch schon von sich aus edel und gut handelt und außerdem durch die lebendige öffentliche Meinung erzogen wird. (StL. VI, 395.) Dem Schutz und der Volksmäßigkeit der Rechtsgebarung sollen Schwurgerichte dienen, der Ausgleich der Standesunterschiede geschieht durch völlige rechtliche Gleichstellung aller Schichten, gleichmäßige Anteilnahme am Staatsleben, gleiche Besteuerung und gleichmäßige Heranziehung zur Landesverteidigung.¹⁶

Zur Verhütung krankhafter Erscheinungen dient die Freigabe der Auswanderung und des Widerstandsrechtes, was aber

16. Eine Gliederung des Volkes soll damit nicht ausgeschlossen werden, sie entsteht nach den Gesetzen der Arbeitsteilung als berufsständische Gliederung selbstverständlich, nur die Bevorrechtung und unterschiedliche Bewertung fällt im Interesse der Freiheit und Harmonie weg. Die Bildung eines Oberhauses nach englischem Muster wird aus praktischen Gründen befürwortet, soll jedoch keine prinzipielle Bedeutung für den Volksaufbau haben: „Es ist natürlich, daß zwei streitende Teile sich einen Obmann wählen; ... erbliche Pairs, die durch ererbten bedeutenden Grundbesitz eine würdige und unabhängige Stellung behaupten.“ (StL. I, 325, StL. VI, 245.)

nach seiner Ansicht nicht praktisch wirksam werden wird. (StL. II, 201.)

„... wirksamste Schutz gegen Revolution und bürgerliche Unordnung ist das Interesse und die Einsicht der Bürger und die politische Bildung derselben.“ (StL. I, 742.)

Der Staat ist praktisch nur Ordner, Diener, Organisation Gleichberechtigter, die Gemeinschaft besteht unabhängig von ihm:

„... dann fühlt wohl jeder ... daß die innre Verbindung eines edlen Volkes durch gemeinschaftliche Nationalität und durch die Liebe zu derselben noch fester sey, als selbst die äußere des Staatsverbandes.“ (StL. IV, 612.) (Vgl. KB. I, 1815; 30.)

Die Stellung des Staates zum Volk weicht also von der bei Rotteck insofern ab, als trotz der weiteren Zielsetzung des Gemeinwesens seine Aufgaben geringer sind, da die innere Kraft der Volksgemeinschaft und der Glaube an die Güte des freien Menschen seine Tätigkeit auf vielen Gebieten überflüssig macht. War für Rotteck trotz aller Einschränkungen der Staat einziges und notwendiges Mittel, Erhaltungsgewalt, so ist er für Welcker mehr Diener einer Nationalität und der Sittlichkeit.

Auch die Sittlichkeit ist also nicht nur wie bei Rotteck ein vom Staate benutztes Macht- oder Erziehungsmittel, sondern vom Staate unabhängig und ihm als Wert und Kraft weit überlegen. Schon das Ziel des Volks und Staates deutet das an.

Die Völker in „brüderlicher Wechselwirkung“.

Ist für Rotteck der Staat in seinem Bezirk selbständig und nur dem Einzelmenschen verantwortlich, so steht für Welcker klar über allem Irdischen die Sinnggebung vom Überirdischen her:

„Diese innere eigene Vernunft (Gewissen), selbstgeprüfte, freie, eigene Glaubens- und Gewissensüberzeugung ist ihm (dem Christen) jetzt letzte souveräne Gesetzgebung und Richterin seines Fürwahrhaltens und Thuns ... Recht ist nur, was sie gebietet.“ (StL. IX, 483.)

„Trotzdem sind seine (des Volkes) letzten Rechtfertigungsgründe für alles stets die religiösen.“ (StL. IX, 498.)

Diese Verantwortung greift tief in das Eigenleben des Staates und Volkes hinein, sie bestimmt auch ihre Tätigkeit bis in die Einzelheiten, ist also wesentlich mehr als die selbstverständliche allgemeine Forderung, sittlich zu handeln:

„Es muß überall dem Volke lebendig zum Bewußtsein gebracht werden, daß es in seinen Gesetzen zugleich seine Religion, seine Tugend, seinen eigenen freien Willen, sein Wohl und seine Ehre und Freiheit vertheidigt.“ (StL. V, 703.)
„Man vergesse doch den einfachen natürlichen Standpunkt des Volkes nicht. Seine höhere Bildung, seine höheren Ideen sind religiös.“ (StL. V, 703.)

Konflikte ergeben sich deshalb nicht, weil mit dem Streben zur Sittlichkeit unlöslich das zur Harmonie und damit zur gegenseitigen Toleranz verbunden ist, diese gilt sowohl für die Religion in ihrem Bereich, als auch für die Beziehungen zu Staat und Volk:

„Ist unser Glaube schon allein darum der Richtige und untrügliche, weil wir zufällig als Christen, nicht als Mohammedaner geboren wurden?“ (StL. IX, 482.)

„Es sollen der allgemeinen hülfreichen Einheit wegen, Kirche und Schule in wahren Collisionen mit bürgerlichem Recht Einzelner oder ganzer Vereine sich unterordnen der bürgerlichen Ordnung.“

„... Vermischungen vorzüglich von Weltlichem und Geistlichem (sind) wesentlichste Grundlage ihres Verfalls...“ (Bürg. Ordnung... 19, 12.)

„Knüpfte sich doch selbst die reinste, höchste, die göttliche Lehre an das frühere historische Leben und die Lehren des hebräischen Volkes an...“ (StL. I, 491.)

Es wird also erwartet, daß sich beide Teile ergänzen und gegenseitig in ihrem Bestehen und Wirken rechtfertigen:

„... Daß jedes Volk diese festeste Grundlage seines Lebens (das Gemeinwesen) bewahre, daß jeder Einzelne im Volke sie heilig halte, ist das Gesetz Gottes...“ (KB. I, 26.)

„Das Göttliche hat jetzt in der Erstrebung freier Gemeinwesen... das Gemüth des deutschen Volkes ergriffen...“ (Gef. des Vaterl. S. 30.) (Vgl. auch: StL. XII, 369; KB. I, 26.)

Die Völker sind also Schöpfungen des göttlichen Willens. Daraus bestimmt sich auch ihr Verhältnis zueinander; da alle das gleiche Lebensrecht besitzen, haben sie einerseits die Pflicht,

ihre eigenen Fähigkeiten und Gaben soweit als irgend in ihrer Kraft steht, zu nutzen:

„Es ist die Aufgabe jeder Nation, vor allem ihre eigenen Hilfsquellen aller Art zum höchsten Grade der Selbständigkeit und harmonischer Entwicklung zu bringen. Diese Pflicht geht selbst kosmopolitischen Zwecken vor.“ (StL. VII, 559.)

Andrerseits ist auch die Berechtigung zu gleichem Streben bei den übrigen Völkern anzuerkennen. (StL. III, 760.)

Jedes Volk hat seine besondere Aufgabe, ihr Zusammenwirken stellt gewissermaßen ein großes Gemälde dar, in dem keine Farbe fehlen darf. (KB. I, 27.) Die Aufteilung in verschiedene Völker enthält also nichts Trennendes, keinen Gegensatz zwischen ihnen, sondern es werden nur verschiedene Wege zu einem Ziel eingeschlagen, und je näher man dem Ziele kommt, desto geringer werden die Unterschiede, desto größer die Annäherung:

„...freie Presse ist das Hauptorgan für jene immer größere und herrlichere Vereinigung des menschlichen Brüdergeschlechtes zu einem Reiche freier brüderlicher Wechselwirkung, menschlicher und christlicher Gesittung.“ (Preßfreiheit... 10.)

Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Völkern sind daher im Ideal unmöglich, sie sind ein Zeichen der noch herrschenden Unvollkommenheit und dürfen nur soweit geführt werden, als durch sie das Recht gewahrt wird:

„Gerechter Krieg endigt, sobald der ungerechte Kampf für das Unrecht besiegt wurde. Er erlaubt nie Vernichtung des Lebens oder der Persönlichkeit der entwaffneten Einzelnen.“ (StL. VI, 683.)

Machtkämpfe scheiden also aus, vorhandene Gegensätze werden durch gegenseitige Annäherung, Völkerfeste (StL. XII, 792), gegenseitiges Kennenlernen usw. (StL. V, 515) überwunden.

Das „Volk“ bedeutet für Welcker also eine dem letzten Ziel der menschlichen Sittlichkeit dienende Gemeinschaft, die an sich keinen Eigenwert besitzt, sondern ihn danach erhält, wie weit sie sich für dieses höchste Ziel einsetzt und sich dabei bewährt. Ursprünglich und in der Zielsetzung sind alle Völker gleich, nur durch die verschieden großen Fortschritte entstehen Unterschiede und damit erscheinen in einer Zeit einige Völker

wertvoller als andere, es gibt menschheitliche Völker und weniger menschheitliche. Das deutsche Volk ist für Welcker in seiner Zeit das fortgeschrittenste auf dem Wege zur Sittlichkeit.¹⁷ Der Einsatz für dieses Volk ist daher ein besonders hoher Beitrag für den Fortschritt der Welt.

Damit, daß das deutsche Volk als Urvolk mehr ist als andere Völker, steht auch der Kampf für seine Einheit auf höherer Stufe und ist wertvoller für das Weltbürgertum als der Einsatz für das Vaterland im allgemeinen. Welcker versucht so, den Gegensatz zwischen seinem starken praktisch-persönlichen Eintreten für Deutschland und seiner Theorie, die mehr Einsatz für weltbürgerliche Ideale verlangt hätte, zu überbrücken. Es bleibt trotzdem eine gewisse Differenz zwischen Denken und Handeln bestehen. Die „Deutsche Einheit“ bedeutete ihm tatsächlich mehr, als es nach den hier aufgezeigten, stark von weltbürgerlichen Zügen durchsetzten, Volk- und Staatsvorstellungen zu erwarten wäre.

In dem Verhältnis der Völker zueinander kommt Welckers ganzes Weltbild noch einmal klar zum Vorschein. Es wird beherrscht durch den unerschütterlichen Glauben an die Güte des freien Menschen. Während Jahn glaubt, die freiwillige, selbstlose Unterordnung des Einzelnen erst durch volkstümliche Erziehung zu erreichen, Rotteck auf sie verzichtet und sie durch den gesunden, wohl verstandenen und rechtlich beschränkten Egoismus des Einzelnen ersetzt, ist diese Bereitwilligkeit nach Welckers Ansicht stets vorhanden, und nur durch den bestehenden Zwang unterdrückt.

Wie der gute Wille, so wird auch das Können als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. Daher erscheint als das Wesentliche nicht mehr die Leistung selbst, sondern ihre Verbindung mit den übrigen, den überlieferten und denen der Gegenwart. Erst durch die Kraft der Harmonie, durch den Zusammenklang und das Zusammenwirken entsteht der wahre Wert. Wichtiger als Schaffen und Wirken in einer Richtung ist das Vermitteln zwischen den verschiedenen.

Das gilt auch für die Völker und zwar nach innen, wie nach außen. Im Innern ist die entscheidende Aufgabe die Ver-

17. Deutschlands Freiheit, S. 12, StL. III, 773.

mittlung zwischen Vergangenheit und Gegenwart und zwischen den Gegensätzen der Einzelnen und der Gemeinschaften untereinander. Daraus erklärt sich die große Bedeutung der vermittelnden Einrichtungen wie: Öffentliche Meinung, Presse, Recht und Verfassung. Nach außen ist das Ziel: die Einordnung des Einzelvolkes in den großen Rahmen der Menschheit, daher das starke Betonen des kulturell-sittlichen Lebens und seiner Völker verbindenden Kraft, was sowohl in der Zielsetzung des Volkslebens, als auch in der „historischen Entwicklung“ und ihrer Wichtigkeit klar zum Ausdruck kommt.

Damit erhält auch Welckers weltbürgerliche Einstellung eine andere Bedeutung als die Rottecks. War diesem das Volk vom höheren Standpunkt aus ziemlich wertlos, nur Mittel zum Zweck, so hat es für Welcker entschieden eigenen Wert und Individualität, nur ist ihm das selbstverständlich und braucht weniger betont zu werden als die Notwendigkeit der Einordnung. Dieser Glaube an das selbstverständliche Vorhandensein lebendigen Volkstums unterscheidet ihn von Jahn, der — in dieser Hinsicht nicht so optimistisch — hier erst eine bewußte Tätigkeit von seiten der Gemeinschaft für die notwendige Vorbedingung hält. Erst wenn die innere Einheit fest und sicher und die Leistung der Gemeinschaft unanfechtbar ist, scheint für ihn eine gegenseitige Befruchtung der Völker untereinander möglich, und dieses Ziel rückt damit für ihn in ziemlich weite Ferne.

Auch die verschieden hohe Bedeutung, die die drei Politiker der deutschen politischen Einigung beimessen, erklärt sich so. Für Jahn ist die politische Einigung eine ziemlich selbstverständliche Folge des starken Volkstumsbewußtseins, für Rotteck ebenso selbstverständlich die der Freiheit der Völker. Für Welcker dagegen liegt gerade in der Vermittlung zwischen den vorhandenen Gegensätzen die Grundlage des deutschen Seins. Nicht die innere Stärke der Einheit, nicht die Macht oder Form des neuen Staates erscheint ihm das Wesentlichste, sondern nur sein Bestehen überhaupt, aus dem alles dann von selbst folgt.

D a h l m a n n.

Das Leben und sein Einfluß auf die Vorstellung vom Volk.

Dahlmanns Volksvorstellung war sehr stark vom persönlichen Leben und Erleben her bestimmt. Schon die Tatsache, daß seine Vaterstadt Wismar zwar kulturell, raum- und bevölkerungspolitisch deutsch war, aber damals unter schwedischer Herrschaft stand, ließ ihn die Schwierigkeiten, die sich aus verschiedener Volks- und Staatszugehörigkeit ergeben können, früh erleben. Die Grundlagen seines Wissens erwarb er sich an deutschen Universitäten, deutsches Kulturleben war seine geistige Heimat. Aber die staatliche Zersplitterung und die sich daraus ergebende partikularistische Einstellung der Regierungen in Deutschland zwangen ihn, im Dienste eines nicht-deutschen Staates sein Brot zu verdienen.

Mit seiner Berufung nach Kiel betrat er dann als dänischer Staatsangehöriger wieder deutschen Boden. Seine Tätigkeit als Professor der Geschichte und noch mehr als Sekretär der schleswig-holsteinschen Ritterschaft zwang ihn, sich mit den Schwierigkeiten eines ganzen Volksteiles, der sich in der gleichen Spannung zwischen kultureller Volkszugehörigkeit und politischer Staatszugehörigkeit befand, auseinanderzusetzen. Hier lernte er bewußte Volkstumserhaltung bei strenger Gesetzmäßigkeit gegenüber dem fremden Staat zu üben.

In Göttingen wurde er als ständischer Vertreter zur Teilnahme an den Beratungen über das Staatsgrundgesetz für Hannover herangezogen und trat damit wieder in einen Kampf für das Volk, diesmal jedoch — einem deutschen Staate gegenüber — stärker in rein politischer Beziehung. Hier wurde er Verteidiger der Volksrechte gegenüber der Obrigkeit, blieb aber streng in den Bahnen der Gesetze.

Die Verbannung aus Hannover und die vergeblichen Versuche, in einem anderen deutschen Staate angestellt zu werden,

zeigten Dahlmann täglich aufs neue die Unzulänglichkeit der staatlich-politischen Verhältnisse in Deutschland. Andererseits bewies ihm die frohe Bereitwilligkeit weiter Schichten, für seinen, des deutschen Vorkämpfers Lebensunterhalt zu sorgen, das Vorhandensein eines starken gesamtdeutschen Volksbewußtseins. Damit führte ihn sein Lebensweg zum dritten Male mitten hinein in das Ringen um die Gestaltung des deutschen Volksstaates. Es fand seinen Höhepunkt und Abschluß in der Paulskirche, in der noch einmal die ganze Tragik Dahlmanns und seiner Zeit zum Ausdruck kam.

So ist Dahlmanns Leben fast ein Sinnbild für das Deutschland seiner Zeit. Der mangelnde Rückhalt an staatlicher Macht, der sein ganzes Leben erschwert und seine Erfolge beeinträchtigt hatte, brachte hier auch die gemeinsamen Bestrebungen der deutschen Vaterlandsfreunde zum Scheitern.

Trotz dieser vielen verschiedenartigen Eindrücke und der zahlreichen Enttäuschungen bleibt Dahlmanns Volksvorstellung im wesentlichen einheitlich und unverändert. Das liegt wohl an ihrer ganz festen Verwurzelung. Die Grundlagen bleiben — sei es bewußt oder unbewußt — die in Schleswig-Holstein gewonnenen Eindrücke, das maßgebende Beispiel für Verfassungsfragen: England. So fügt neues Erleben stets nur Ergänzungen zu dem Vorhandenen hinzu, stört jedoch nie die alten Einsichten und Zusammenhänge.

„Volk und Staat in völliger Durchdringung beider.“

Das Volk als „Gemeinwesen der Gesinnung“.

„Das Volk . . . das will sagen, ein mit Nothwendigkeit zusammengehöriges Menschenwesen, ein Gemeinwesen der Gesinnung. Wo weder das Zusammengewachsene mehr ist, noch das in Eins Gebildete, da bleibt bloß eine Bevölkerung übrig, die jeder ersinnlichen Form fähig, keiner durch ihr Wesen angehört.“ (Pol. 50 [83], 66.)

„Volk“ ist also für Dahlmann in erster Linie ein „Gemeinwesen der Gesinnung“. *Gesinnung* gründet sich dabei nicht auf irgendwelchen vernünftigen Überlegungen oder rechtlichen Verpflichtungen, sie ist auch erst in zweiter Linie vom bewußten Streben zur Sittlichkeit her bestimmt. Zunächst ist es ein

instinkartiges Gefühl der Zusammengehörigkeit. Ein Gefühl, was weder zu erfassen noch verstandesmäßig zu erklären ist. Es entspricht weitgehend dem Gefühl, was auch die Familie zusammenhält: der Liebe. Das Wort Vaterlandsliebe ist also hier im vollen, tiefen, ursprünglichen Sinne zu verstehen. Auch die sich daraus ergebenden Bindungen sind nach der Art ihrer Entstehung, wie in der Stärke denen der Familie gleich. Dahlmann deutet das selbst durch die Verwendung von Benennungen aus der Familiensphäre und häufige Vergleiche mit ihr an. (Staat-Urfamilie Pol. 6, Brüder des Volks E. 12.)

Diese Liebe oder Gesinnung ist für den Einzelnen zugleich eine Art Geborgenheitsgefühl, er fühlt sich im Schutze einer großen sorgenden Gemeinschaft. Andererseits ergibt sich für ihn daraus die Verpflichtung zum Wirken und Eintreten für diese Gemeinschaft. Er fühlt sich innerlich dazu getrieben und erhält erst durch den Einsatz für das Volk ein Bewußtsein seines Wertes und seiner Aufgabe auf der Erde:

„Jetzt liegt in der Bahn des Lebens die Überzeugung, daß vor Allem die Ordnung der Gesamtheit mit Einsicht und Gerechtigkeit zu erstreben sey; das Einzelne soll, so zu sagen, sein Daseyn rechtfertigen durch seine thätige Stellung zum Ganzen.“ (Pol. 119 [131], 141.)

Damit wird die Gesinnung zur tragenden Gemeinschaftsgrundlage. Sie wird in der Regel „Volksgeist“ oder „Volkssinn“ genannt. Ursprung und Kraft kommt für beide nicht mehr wie bei Rotteck und Welcker aus dem Verstand, sondern aus Gemüt und Herz:

„... der neue Volkssinn, der in allen Herzen flammt.“
(E. 12.)

Das Volksbewußtsein ist also in erster Linie gefühlsmäßig begründet, und diese Auffassung entspringt hier nicht nur der Begeisterung der Freiheitskriege, sondern bleibt für das ganze Leben.

Die Gesinnung verbindet nicht nur die Einzelnen mit der Gesamtheit, sondern auch die einzelnen Teile, die größeren Glieder der Gemeinschaft, die an sich selbst wieder Gesamtheiten mit deutlichem und von Dahlmann ganz besonders klar erkanntem Eigenleben sind. Die Stammesbindung wird als Ur-

grund und Vorstufe zur Bindung der größeren Gemeinschaft empfunden: Pol. 180 (179), 207.

Volkstammbewußtsein und Heimatliebe zur engeren Heimat ist also bewußt oder unbewußt die Grundlage der Volksgesinnung, der Volkstamm ist so, ohne dabei von seiner organisch gewachsenen Einheit oder Einheitlichkeit etwas aufzugeben, gliedhaft verwurzelt im größeren Ganzen des Volkes. Besonders klar tritt das hervor, wenn die natürlichen Beziehungen und Bindungen irgendwie von außen her gestört werden, so z. B. in Schleswig-Holstein:

„Wie wenn die Absicht wäre, diese Glieder Deutschlands einsam und verwaist zu lassen? . . . Es ist ein vernichtender Gedanke für die Bewohner dieser Länder, von der vollen Gemeinschaft mit dem Volke, als dessen Brüder sie sich fühlen, verstoßen zu sein.“ (E. 12, 13.)

Eine Schwächung oder gar Zerstörung der inneren Gemeinschaft ist eine der größten Gefahren für beide Teile:

„Das gefährliche Verhältniss, daß fremde Mächte Theile des deutschen Bodens inne haben und als Theile ihres Reichs behandeln dürfen. Dieses droht von Innen mehr zu vernichten als jede äußere Gefahr. Denn es lähmt, es verfälscht durch fremdartige Einnischung den Geist, der in seiner echten Stärke jeder Gefahr gewachsen ist.“ (E. 12.)

Die Volksgesinnung stellt also für beide, den Teil wie das Ganze die Lebens- und Erhaltungskraft dar. Sie ist Dahlmann ein selbstverständlicher und für die Erhaltung so notwendiger Faktor, daß er das Bestreben, sie zu erhalten, auch seinen Feinden in volklicher Beziehung: den Dänen zubilligt und diesen Gesichtspunkt als gewisse Entschuldigung für die Bestrebungen der Dänen in Schleswig-Holstein gelten läßt:

„Solche Pläne . . . finden in dem Bestreben, aus dem dänischen Reich so viel als möglich ein Ganzes zu bilden, ihre Entschuldigung.“ (E. 45.)

Da zwischen dem Stammesgefühl oder der Gebundenheit an die engere Heimat und dem Einsatz für die Gesamtheit keine Spannung oder Schwierigkeit besteht, sondern eines organisch aus dem anderen folgt, begrüßt Dahlmann jeden Gedanken, das einzellandschaftliche Leben zu stärken, z. B. den, bei der Ein-

teilung des Landsturmes auf die alte Völkerschaftseinteilung zurückzugreifen:

„Ein vortrefflicher Gedanke! Denn je gewisser Deutschland wesentlich ein Bundesstaat ist, um so nöthiger wird es, den Sinn des Eingeborenen über die Grenzen seiner besondern Landesherrschaft zu erweitern, . . . damit durch ein erhöhtes Selbstgefühl der Volkscharakter allmählig zu einem Gefühl für das Ganze dieser redlichen Genossenschaft gesteigert werde.“ (E. 47.)

Das Volk ist also im Laufe der Zeit aus den kleineren Gemeinschaften organisch herausgewachsen. Seine Grundlagen sind daher ursprünglich dieselben wie die der Völkerschaft, sie werden jedoch ergänzt durch weitere, umfassendere Kräfte. Zu der ersten Gruppe gehören vor allem die natürlichen Gemeinsamkeiten.

Die Tatsache des Eingeborenenseins der Volksgesinnung und die Definition von Volksart als:

„. . . ein körperlich und geistig gleichartiger Menschen-schlag . . .“ (Pol. 4 [54], 7.)

lassen die *Blutsgemeinschaft* als eine wesentliche Voraussetzung vermuten. Dahlmann spricht häufig von der Blutsverwandtschaft der Volksglieder, was bei der Herleitung des Volkes aus der Familie, in der ja auch die Blutsbande die entscheidenden sind, nahe liegt:

„Alle Deutsche sind einander blutsverwandt; aber diese Verwandtschaft hat ihre verschiedenen Grade und Abstufungen, welche nicht übersprungen werden dürfen. Jedwedes Volk hat seine großen Stämme, die sich wieder in Hauptstämme oder Völkerschaften vereinfachen . . .“ (E. 47.)

Es ist also deutlich, daß für Dahlmann die Vorstellung der Blutsverwandtschaft noch stark mit ihrer Entstehung aus der Familie und Sippe verbunden ist. „Verwandtschaft“ hat noch fast die Bedeutung der gemeinsamen Abstammung von den gleichen Ahnen. Blutsverwandtschaft in dem Sinne einer durch langes Zusammenleben in einer Gemeinschaft hervorgerufenen Ähnlichkeit auch des Körperbaues, steht für ihn noch nicht in Frage. Daher erscheint auch nicht das Volk als Träger der Blutsgemeinschaft, sondern die engere Gemeinschaft der Völkerschaft:

„Es braucht weder ein ganzes Volk sich in demselben Staate abzuschließen; trennen doch oft Welttheile die Mitglieder desselben Hauses; noch duldet es die schon mächtiger schaltende Geschichte, daß überall der Staat aus einer blutsverwandten Volksnatur erwachse, noch wenn erwachsen, unvermischt fortbestehe. Volk und Bevölkerung unterscheiden sich fortan häufig... und der Staat ist etwas anderes geworden als nur bloß die Form des Volkes.“ (Pol. 4 [54], 6.)

In diesem Zusammenhang bedeutet „blutsverwandt“ allerdings etwas anderes. Es ist stärker losgelöst von den Familien- und Blutsbanden im streng natürlichen Sinne und entspricht sinngemäß dem einige Zeilen später „körperlich und geistig gleichartiger Menschenschlag“ Genannten. „Blut“ ist in einer erweiterten, übertragenen Bedeutung gebraucht, in diesem erweiterten Sinne ist auch das Volk Träger einer Blutsgemeinschaft. Doch wird damit zugleich seine Kraft verringert, was in der Erwähnung der „graduellen Verschiedenheiten“ zum Ausdruck kommt (Zit. E. 47, S. 85). Die Verwandtschaft, die alle umschließt, besitzt den geringeren Grad gegenüber den engeren Gemeinschaften der Völkerschaft.

Daher ist auch der Wert für die Volks- und Staatsbildung nicht sehr hoch:

„Gleiche Volksart... bilden eine glückliche Mitgabe für den Naturstaat... Aber die Geschichte hat von jeher häufig die stille Urbildung der Natur unterbrochen, indem sie verschiedenartige Stämme und Volksthümlichkeiten übereinander schichtete und gerade aus der Vermischung manchmal eine zweite gelungenere Natur... gewann.“ (Pol. 4 [54], 6) (zit. nach der II. Aufl.)

Blutsgemeinschaft hat also, da sie sich doch nicht in ihrer ursprünglichen Reinheit und Tiefe erhalten läßt, keine entscheidende Bedeutung für das Volk, sondern stellt nur einen mehr oder minder günstigen Umstand dar. Eine bewußte Reinhaltung liegt daher nicht im Bereich der Aufgaben des Volkes. Die Blutzusammensetzung hat auch in der politischen oder Staatsgestaltung keinen wesentlichen Einfluß:

„Österreich hat viel deutsches Blut in sich, aber es wird beherrscht von den Bestimmungen seines wunderbar zusammengesetzten Staates...“ (Schr. 224.)

Dahlmann glaubt auch aus der Geschichte der Völker erkannt zu haben, daß gerade die Zusammengesetztheit der Völker fruchtbar wirkt. Gerade die Völker, die er am höchsten achtet, Engländer, Athener, Römer sind für ihn zusammengesetzte:

„... Das Staatsvolk selber eine Gesellschaft verschiedenartiger griechischer Völkerschaften... (Pol. 20 [68], 38.)

„Rom ist eben wie Athen aus verschiedenartigen, doch verwandten Volksstämmen zusammengekommen...“ (Pol. 32 [71], 46.)

Die Blutsverwandtschaft ist also nicht die entscheidende Grundlage für das Volk, sie hat nur durch die Völkerschafts- und Stammesbildung naturgemäß einige mittelbare Bedeutung. So ist es auch durchaus folgerichtig, wenn Dahlmann die an den deutschen Grenzen durch die Zugehörigkeit einzelner Volksteile zu fremden Staaten entstehende Völkermischung nicht nur als nachteilig empfindet, sondern auch hier unter Umständen Möglichkeiten zu fruchtbarer Entwicklung sieht:

„... es bleibe die Hoffnung übrig, es könne ein festgegründeter Volkscharakter über vieles Widerstrebende den Sieg davontragen und wohl auch jetzt noch wie vor alters, was dem deutschen Reichskörper an Gediegenheit abgeht durch Kraft der Gesinnung ersetzt werden. Vielleicht gar ließ es sich vermuthen, es könnten diese fremdartigen Einmischungen die Veranlassung zu einem ächt-europäischen Verein geben, der befreit von einer zu starren engbrüstigen Nationalität, auf der gegenseitigen Achtung und Anerkennung sich gründete.“ (E. 52.)

Hier fällt auf, daß Dahlmann deutlich zwischen „festgegründetem Volkscharakter“ und „engbrüstiger Nationalität“ unterscheidet. „Volkscharakter“ bedeutet ihm etwas Gegebenes, Notwendiges, was das Einzelvolk zugleich in seinem eigenen Interesse, wie in dem der Menschheit entwickeln soll und muß. Es macht das Besondere, Wertvolle gerade dieses Volkes im Rahmen der großen Völkerfamilie aus, ist die Grundlage seiner Mitarbeit und Leistung. „Nationalität“ dagegen bedeutet in dem hier vorliegenden Sinne eine feindliche Verschlossenheit gegen alles von außen Kommende, sie ist ein Zeichen der Schwäche und enthält etwas Künstliches, Übertriebenes. Ein gesundes Volk muß seiner Ansicht nach innerlich so stark sein, daß es

einen derartigen Abschluß nicht mehr nötig hat, sondern alles Fremde organisch verarbeitet. In diesem Zusammenhange ist auch der Wortgebrauch interessant. Die Zusammensetzung mit „Volk“ als die natürliche, ursprünglich deutsche wird für das Nächstliegende und positiv zu Bewertende gebraucht, während für das negativ Bewertete die gefühlmäßig ferner liegende Bezeichnung „Nation“ erscheint. Das schließt einen Gebrauch des Wortes Nation auch im positiven Sinne natürlich nicht aus, aber es zeigt doch deutlich den Gefühlsunterschied z. B. zwischen Rotteck und Dahlmann. Es liegt auch ein Rückschluß auf die verschieden nahe Beziehung der beiden Politiker zu den Ursprungsländern der beiden Worte nahe.

Das Urteil über die „fremdartigen Einmischungen“ enthält einen bewußten Gegensatz zu Jahn, der jede Einmischung als „Wunde“ und Gefahr für das Ganze empfindet. Ein Zeichen dafür, daß bei Dahlmann die Verbindung des Volkscharakters und seine innere Festigkeit nicht so stark von den natürlichen Grundlagen abhängig ist.¹⁸ Er sieht eher umgekehrt einen gewissen Einfluß des Staates und des kulturellen Lebens auf die Blutmischung:

„Es dauerte fast zweihundert Jahre, bevor man zusammenzuwachsen beschloß.“ (Polen, Pol. 164 [168], 198.)

Die Bedeutung der Blutgemeinschaft ist auch deshalb geringer für das einzelne Volk, weil sie durch die „Stammverwandtschaft“ ergänzt oder ersetzt werden kann. Diese Stammverwandtschaft umschließt die von der Entstehung aus einem gemeinsamen Urvolk erhalten gebliebenen Gemeinsamkeiten größerer Völkergruppen, z. B. der Germanen. Sie verbindet also z. B. Deutschland besonders eng mit dem ganzen Norden Europas und ist für das Verhältnis zu ihm sehr wichtig, was sich bei Dahlmann vor allen Dingen in der Beurteilung der englischen Verhältnisse zeigt. Die Stammverwandtschaft hat unter Umständen sogar größere Bedeutung als die Blutsverwandtschaft:

18. So erklärt sich auch der scheinbare Gegensatz zwischen E 12 (zit. S. 84) und E 52; auch die ungünstigsten staatlich-politischen Verhältnisse lassen sich durch die Kraft der Gesinnung in günstige verwandeln.

„Eben das war in Deutschland der Fall, dessen Völkernschaften sich durchaus nicht stärker untereinander als von den Skandinaviern unterschieden, so nelmlich, daß die Stammverwandschaft doch überall hervorschien . . .“ (DG. II, 15.)

Diese Schilderung betrifft zwar die frühen Zustände in Europa, doch gilt die Sicht — wie das Verhältnis Deutschlands zu England in seinem Denken beweist — im großen Ganzen auch noch für die spätere Zeit. Interessant ist an der Ausdrucksweise vor allem die Frontstellung, nicht die Stärke der zwischenvolklichen Blutsbindung, sondern gerade die der innervolklich deutschen scheint ihm bewiesen werden zu müssen. Diese außerordentlich hohe Bewertung der aus der geschichtlichen Vergangenheit stammenden Gemeinsamkeiten erklärt sich einmal aus Dahlmanns Verhältnis zur Geschichte und dann auch daraus, daß die Blutsgemeinschaft zugleich Kulturgemeinschaft bedeutet. Die natürlichen Grundlagen haben für ihn also an sich wesentlich geringere Bedeutung als z. B. bei Jahn, sie erhalten ihren Wert und Einfluß erst durch das, was der Mensch im Laufe der Geschichte aus ihnen macht.

Das gilt stärker noch als für die Blutsbindung für die gemeinschaftsbildende Kraft der geographischen Bedingungen. Dahlmann spricht nur selten von dem Einfluß der Bodengestaltung oder des Klimas auf die Entwicklung der Völker und Staaten:

„Die Bevölkerung des großen norwegischen Landes war durch Natur und Geschichte in 20—30 Gebiete, meist fylken (Völker) genannt, zerfällt.“ (DG. II, 81.)

„Durch ganz Skandinavien wohnte ursprünglich derselbe Volksstamm, verbreitet, dieselbe Sprache, dasselbe Heidenthum, gleichzeitig auch das Christenthum; doch ließ die Zerschnittenheit und Ausdehnung des ärmlich bevölkerten Bodens zu keiner skandinavischen Reichseinheit kommen.“ (Pol. 165, [169], 198.)

Diese Einflüsse gelten also vor allem nur in der Frühzeit und auch dann (wie zit. 1 beweist), meist im engen Zusammenhang mit der Geschichte.

Die Geschichte oder das Schicksal scheint im letzten die Macht, die das Volk, seine Entstehung wie seine Abgrenzung und Fortentwicklung bestimmt. Für den Einzelmenschen ist sie

eine feststehende Gegebenheit, deren Gesetzen er sich zu unterwerfen hat, das gilt auch für die durch sie bestimmte Volkszugehörigkeit:

„Nur Deutsche wünschen sie zu sein, denn so ist ihr Charakter, ihre unfreiwillige Bestimmung.“ (E. 57.)

„... Wenn damahls der Legitimität des sächsischen Volkes gedacht wäre, das doch auch von Gott eingesetzt ist... (Schr. 150.)

Der Mensch hat also die Völker und seine innere und äußere Gebundenheit an sie anzuerkennen. Versucht er, diesen Zusammenhang zu zerstören oder zu verändern, so entzieht er sich selbst die Wurzeln seines Seins und Wirkens und begeht zugleich eine Sünde. (Vernichtung Polens Schr. 228.)

Dieser Zwang zur Anerkennung des Bestehenden bezieht sich nicht nur auf das Volksdasein überhaupt, sondern ebenso auch auf seine Entwicklung:

„Die Einen verehren in dem Gange der Geschichte den hohen, den tiefsinnigen Plan einer Erziehung des Menschengeschlechtes... sie erblicken darin (in der vaterländischen Schmach) zu gleicher Zeit die durchaus nothwendige Entwicklung der schlummernden Volkskraft; ... sie erblicken darin die Prüfung mancher edlen Männer im Mißgeschick.“ (Schr. 412.)

Die Geschichte erscheint also als eine Folge volklicher Gemeinschaftsschicksale, denen der Einzelne und auch das ganze Volk zunächst einmal passiv gegenübersteht. Hier unterscheidet sich Dahlmann wesentlich sowohl von Jahn, der in ihr eine Folge von Leistungen und damit einen Ansporn zu neuer Gestaltung für das lebende Volk sieht, als auch von Rotteck und Welcker, die eine mehr oder minder starke Unabhängigkeit von der Geschichte und dem geschichtlich Gewordenen fordern. Für Dahlmann ist geschichtliche Entwicklung deshalb erhaltende und gestaltende Kraft für das Volk, weil ihre Stetigkeit die Grundlagen sichert, ungestüme Kräfte des lebenden Volkes zügelt durch die Verantwortung, die sie ihm auferlegt.

Die innere Gemeinschaft des Volkes zeigt sich noch klarer als in seiner Geschichte in seinen kulturellen Leistungen. Sie sind die sichtbaren Produkte des Gemeinschaftslebens und dienen rückwirkend wieder seiner Stärkung.

Unter diesen kulturellen Leistungen steht die Sprache an erster Stelle. Als „Zeugnis seit Jahrhunderten gleichverständener Lebenserfahrungen“ (Pol. 4 [54], 7) spiegelt sie sowohl die geschichtliche als auch die kulturelle Entwicklung der Volksgemeinschaft wieder. Sie enthält damit auch selbst etwas von dem Geist und der Seele des Volkes:

„... Karl V. (hat) ... doch darin Recht, daß der Mensch so viele Seelen hat als er Sprachen versteht...“ (Pol. 260 [232], 264.)

„... die Naturgeschichte mehrerer Sprachen vergleichen können, lehrt von dem Innern der Völker verstehen was in keiner politischen Geschichte steht.“ (Pol. 260 [232], 264.)

Die Sprache ist also das beste Mittel, die Völker kennenzulernen und ihre Grenzen zu bestimmen; sie ist zugleich eine wertvolle Waffe in dem kulturellen Kampf der Völker untereinander. Dahlmann erkannte das am klarsten bei seinen Gegnern, den Dänen und wies deutlich auf die Folgen der dänischen Sprachpolitik in Schleswig hin.

Die übrigen Äußerungen der Kulturgemeinschaft werden von Dahlmann selten als volksbildende Kräfte erwähnt, was wohl vor allem darauf zurückzuführen ist, daß ihm diese Dinge selbstverständlich erscheinen. Hier liegt trotz der oft ähnlich klingenden Formulierungen ein großer Unterschied zwischen ihm und Welcker. Für Dahlmanns gefühlsmäßig verwurzeltes und aus der einzellandschaftlichen Verbundenheit herausgewachsenes Volksbewußtsein ist die Kulturgemeinschaft selbstverständlich. Für Welckers wesentlich durch Vertrag entstandenes und gebundenes Volk dagegen kann die Kulturgemeinschaft erst eine Folge der politischen sein. Nur dadurch, daß er die politische Einheit in der Vergangenheit voraussetzt, ist es möglich z. B. für das Deutschland seiner Zeit eine Kulturgemeinschaft auch ohne die politische anzunehmen. Sie ist ihm daher nicht selbstverständlich, sondern bedarf der eingehenden Begründung. Er sieht ja gerade darin, daß er sie erkannt und bewiesen hat, den wesentlichen Fortschritt seiner Volksvorstellung gegenüber der Rottecks. Damit erscheint auch die Bedeutung des Staates bei Dahlmann und Welcker verschieden. Welcker sieht in dem Staat den Begründer und Erhalter der

Kulturgemeinschaft und damit des Volkes, Dahlmann erscheint er in dieser Beziehung weniger notwendig, ihm ist er nur als Machtgrundlage unersetzlich.

Der Staat „als ursprüngliche Ordnung.“

„Der Staat ist also keine Erfindung, weder der Noth noch der Kunst, keine Aktiengesellschaft, keine Maschine, kein aus einem frei aufgegebenen Naturleben hervorspringendes Vertragswerk, kein nothwendiges Übel, kein mit der Zeit heilbares Gebrechen der Menschheit, er ist eine ursprüngliche Ordnung, ein nothwendiger Zustand, ein Vermögen der Menschheit, und eines von den die Gattung zur Vollendung führenden Vermögen.“ (Pol. S. 3 [53], 2.)

Mit diesem Satz in der Einleitung zur „Politik“ bricht Dahlmann jedem Versuch einer vernunftmäßigen Staatsbegründung die Spitze ab. Der Staat gehört einfach in die Reihe der Dinge, die durch den menschlichen Verstand nicht erklärbar, kraft einer höheren göttlich-natürlichen Gesetzmäßigkeit vorhanden sind und anerkannt werden müssen. Er rückt damit aus der Sphäre der rein menschlichen Gestaltung heraus.

„Die übermächtige weltliche Ordnung, welche den Menschen in ein Volk setzt . . . nimmt aber ihre Macht nicht aus sich selber und hat ihren Zweck nicht in sich. Sie dient vielmehr einer höher stehenden Ordnung, welche jedem einzelnen Staate und allen Staaten miteinander überlegen ist. . . Die Staatslehre hat . . . den Staat der höheren versöhnenden Sitte empfänglich (zu) machen.“ (Pol. 6 [54], 8.)

Hier wird zugleich eine weitere Eigenschaft des Dahlmannschen Staates deutlich. Er ist nicht, wie sich aus der wörtlichen Ableitung von Lateinisch: status ergäbe, eine starre Form, sondern entwickelt sich:

„Denn zur Darstellung des weltlich Guten gehört auch das gute Gelingen, und weil nichts vollkommen ist, was besteht, so ist das höchste Darstellbare der Fortschritt (Pol. 8 [57] 13.) Weil die Menschheit in jedem Zeitalter neue Zustände gebiert, so läßt sich kein Staat grundfest darstellen . . .“ (Pol. 9 [57], 15.)

Mit diesen beiden Wesensmerkmalen fallen zwei Unterschiede weg, die bei Rotteck und Welcker Staat und Volk unterscheiden. Noch eine dritte sehr wichtige Eigenschaft zeichnet den Staat bei Dahlmann aus, er stellt eine M a c h t dar:

„Mir bleibt immer der Eindruck, daß den Deutschen vornämlich Macht nöthig sei, weit mehr als Freiheit...“ (Briefw. II, 412.)

„... aber ein Mißverstand wäre es, zu glauben, Preßfreiheit könne bestehen ohne einen s t a r k e n Staat, der die Injurienprozesse nicht zu scheuen hat, welche mit Kanonen geführt werden...“ (Pol. 306 [259], 286.)

Aus diesen drei hervorragenden Eigenschaften schon ergibt sich, daß der Staat für Dahlmann mehr und etwas anderes ist, als nur Form des Volkes:

„Der Staat ist etwas anderes geworden, als bloß die Form des Volkes.“ (Pol. 4 [54] 6.)

„Man kann mehr Volk als Staat seyn, aber man kann nicht Volk ohne Staat seyn. Die Aufgabe ist, den Staat im Volksbewußtsein zu vollenden.“ (Pol. 3 [53] 4.)

„... Staat... als: ein unabhängiger Verein von körperlich und geistig gleichartigen, unter demselben Gesetze lebenden Familien, welcher, nachdem er fortwachsend einen für eine dichte Bevölkerung ausreichenden Boden und starke anerkannte Grundlagen seines äußeren Lebens errungen hat, und nun ausgewachsen ist (fortan arbeitet, wie er), auch seinen inneren Frieden findet...“ (Pol. 8 [56], 13.)

Das Verhältnis von Volk und Staat zueinander ist also sehr stark von der Einsicht in die wirklichen Verhältnisse des Lebens her bestimmt. Dahlmann baut nicht Theorien über einen Idealstaat auf, sondern er erkennt die Wichtigkeit der äußeren Lebensbedingungen für ein ersprießliches und dauerhaftes Gemeinschaftsleben. Der Staat und seine Grundlagen sind die Vorbedingungen für das Dasein des Volkes überhaupt, das lebendige Volksbewußtsein und seine Mitwirkung im Staate ist erst eine höhere Stufe der Vollendung. Nicht nur das Volk kann den Staat prägen, sondern ebenso gut kann der Vorgang auch umgekehrt stattfinden:

„Ein kleines Volk, mit einem großen Nachbarn im Staate verbunden, nimmt wol allmählig die Sprache und Art des großen an; auch der g e m i s c h t e Staat vereinfacht sich mit der Zeit, denn zwei verschiedene christliche Bevölkerungen in demselben Lande beisammen, bilden am Ende eine dritte gemeinsame Sprache und Volksart, in der sie ihren Frieden finden und nichts steht dann der Vereinigung der Regierungsformen weiter entgegen...“ (Pol. 163 [167], 197.)

Volk und Staat streben also naturnotwendig zur Vereinigung. Auch der Staat enthält also eine ganz starke volksbildende Kraft, doch wird seine Wirkung wesentlich anders gesehen als bei Rotteck und Welcker. Bei diesen prägte der Staat das Volk, indem er die Gestaltung und Arbeit des lebenden Volkes — vor allem der Volksvertretung — bestimmte; Dahlmann dagegen sieht den Staat in engem Zusammenhang mit den übrigen volksbildenden Kräften, er wirkt also eigentlich nur indirekt, dafür aber um so sicherer und intensiver, da er das ganze Volk als lebendes und fortzeugendes Wesen von innen her umgestaltet.

Dieses enge Zusammenwirken von Volk und Staat macht Dahlmann besonders deutlich an dem Bilde der Familie:

„Die Familie, unabhängig gedacht, ist Volk und Staat in völliger Durchdringung beider.“ (Pol. 4 [54], 6.)

Hier kommt die zunehmende und schließlich fast vollständige Identität von Volk und Staat am klarsten zum Ausdruck. Beide sind nur verschiedene Seiten eines Wesens, die sich gegenseitig ergänzen. Das Volk sucht seine innere Lebenskraft durch die äußere Macht zu ergänzen, der Staat umgekehrt, muß seine Macht, um sie dauernd und fruchtbar zu erhalten, durch inneres, tieferes Leben unterbauen.

Aus diesem Verhältnis von Volk und Staat zueinander ergibt sich auch das des lebenden Volks und seiner Vertretung zum Staat und seiner Regierung:

„Ich bin keineswegs ein Verächter des Volks-Souveränität, wofür mich Viele halten wollen, ich ehre den Grundgedanken, der in diesem Worte liegt... Ich erkenne diesen Grundgedanken in dem alten Satz: *salus populi suprema lex esto*, das Heil des Volkes sei das erste, das Grundgesetz; ... es soll die Kraft der Selbstbestimmung eines Volkes auf das Äußerste gefördert werden...“

Wenn sie mich aber weiter fragen...: ich wünschte gar sehr, daß die Begeisterung der Herren für die Volks-Souveränität einmal überginge auf den Staat und in die Begeisterung für den, welcher das Heil des Volkes und der Regierung gemeinsam in sich begreift.“ (Schr. 414.)

Die „Volksvertretung“ wird also von Dahlmann ganz anders gesehen wie von Rotteck, sie ist nicht Gegengewicht gegen die

Regierung, sondern lebendige Ergänzung der Staatsmacht. Sie stärkt die Staatsmacht, die damit engere Verbindung zum Leben gewinnt.

Hier soll also nicht die Bedeutung des Volkes im allgemeinen gegenüber der des Staates zurückgesetzt werden, sondern nur die gewisse Einseitigkeit, die darin liegt, die Volksvertretung des gerade herrschenden Volkes als die einzige Richtschnur der Gemeinschaftsentwicklung anzusehen. Ein Gegensatz zwischen Volk und Staat erscheint Dahlmann unter allen Umständen als unfruchtbar für beide Teile, vor allen Dingen auch für die Weiterentwicklung des Volkes, die ihm ja wichtiger ist als nur das augenblickliche Wohlsein der Lebenden. Außerdem macht sich hier wieder die klare Einsicht in die Notwendigkeiten des wirklichen Lebens geltend. Der Ausspruch bezieht sich auf den Zustand Deutschlands in seiner Zeit. Da erscheint ihm nach der Lage der politischen Verhältnisse ein starker Staat wichtiger für die Fortentwicklung des Volkes als eine starke Volksvertretung.

Es zeigt sich außerdem, daß Dahlmann nicht so eng formgebunden denkt wie Rotteck und Welcker:

„In einem Staate dieser Art ist die Freiheit seiner bürgerlichen Gesellschaft ohne weiteres enthalten, und es ist dieselbe an keine . . . äußere Form gebunden, obwohl es freiheitstützende Einrichtungen gibt.“ (Pol. 9 [57], 14.)

Dieser Grundsatz gilt auch für die *V e r f a s s u n g* und alle mit ihr zusammenhängenden Einrichtungen:

„Das Verfassungsgesetz bildet die Regel ab, welche im Staatsganzen waltend, die Gemeinsamkeit des Volks-Daseyns immer inniger begründen soll.“ (Pol. 214 [201], 238.)

Auch sie ist also weder an eine bestimmte Form, noch an die Zustimmung des gegenwärtigen Volkes allein gebunden, sondern an die geschichtlich gewachsenen Besonderheiten:

„Es ist aber für das Heil der Staaten und ihrer Regierungen hochwichtig, zu erkennen, wie nicht überall dieselben Verletzungen das Herz der Nation mit der Überzeugung verwunden, die Stunde der Nothwehr sei gekommen. Es giebt Völker, die allein den Bedarf, andere, die auch die Bequemlichkeiten zu den Nothwendigkeiten des Lebens rechnen. (Pol. 178 [177], 205.)

„...da die Form der Verfassung in solchen Einzelheiten doch nicht das ist, was zum Guten oder Bösen wirkt; sondern der Geist...“ (Verth. 303.)

Die Verfassung ist also in einem tieferen Sinne volkstümlich und -mäßig zugleich, da sie sich nicht nur formal in Übereinstimmung mit der Mehrzahl des derzeitigen Volkswillens befindet, sondern zugleich auch die in einem Volke bestehenden rechtlichen, kulturellen und allgemeinen Verhältnisse, sowie seine innen- und außenpolitische Lage berücksichtigt. Dahlmann denkt darin viel weiter und realer als Rotteck und Welcker. Es scheint ihm daher notwendig, die Rechte der Volksvertretung einzuschränken, da sie nicht alleinige Richterin sein kann über Dinge, die z. T. außerhalb ihres Gesichtskreises liegen. Dahlmann sieht darin keine Beschränkung, sondern nur eine besser verstandene Auslegung, da er unter „Volk“ nie so wie Rotteck und Welcker die gegenwärtig Lebenden versteht, sondern sie stets als einen Ausschnitt aus dem ewigen gewordenen und werdenden Volk betrachtet. Beides ist bei ihm nicht zu trennen.

Das zeigt sich auch in seiner Beurteilung einzelner Verfassungsfragen, z. B. sieht er keinen wesentlichen Unterschied zwischen Stände- und Repräsentativverfassung. Beide dienen dem gleichen Zweck; die Veränderung ist nur eine organische Folge der veränderten sozialen Verhältnisse. Das fortschreitende Zusammenwachsen des Volks wirkt auf dessen Gemeinschaftsbewußtsein und macht damit andere Formen des Gemeinschaftslebens möglich und notwendig. Die Form ist ein Niederschlag der herrschenden Gesinnung, nicht umgekehrt wie bei Welcker. Daher ist auch die Struktur der Stände selbst, die Bildung nach Beruf oder Geburt verhältnismäßig gleichgültig, beide Möglichkeiten sieht Dahlmann:

„Wie viel es aber für die Staatsverfassung und den Volksfrieden bedeute, daß die Geburtsaristokratie ihre rechte und versöhnende Stelle im Staate finde, ergibt sich...“ (Pol. 58 [88], 75.)

„... Und so wäre das volksgemäße Verfahren wol eher dieses, so viele Kammern als Hauptberufe sind, zu bilden...“ (Pol. 122 [133], 143.)

Eine starre Anwendung des Geburtsprinzips wird entschieden abgelehnt:

„Der deutsche Adel hat seine politische Zukunft verfehlt, weil er sich auf einem Vorzug des Blutes weidete, der auch den jüngeren Söhnen zu Gute kommt.“ (Schr. 470.)

Das Beispiel Englands kommt hier deutlich zum Ausdruck. Dahlmann faßt auch Geburtsadel als Beruf in dem tieferen Sinne der Berufes als einer Berufung zu einer Funktion im Staate auf und unterscheidet ihn nicht von den anderen Ständen:

„Alle diese (Stände) sind dem Leben unserer Europäischen Staaten wesentlich... Das Hervortreten eines jeden war also eine Wohltat für das Ganze, jeder hat aber auch seinen Zeitpunkt in der Geschichte, in welchem er so scharf und einseitig hervortrat, ... daß er als niederdrückend für die Menschheit erschien...“ (Schr. S. 26.)

Die Stände erscheinen so im ganzen gleichwertig, sie haben nur in den einzelnen Zeiten verschiedene Bedeutung. Für seine Zeit erscheint Dahlmann der Mittelstand der Hauptträger des politischen und gesellschaftlichen Lebens:

„Fast überall im Welttheile bildet ein weit verbreiteter stets an Gleichartigkeit wachsender Mittelstand den Kern der Bevölkerung...“ (Pol. 236 [Nr. 200], 237.)

Damit erkennt er die bei Rotteck und Welcker so entschieden hervorgehobene Bedeutung des Mittelstandes ebenfalls an, doch mit einem bezeichnenden Unterschiede: während Rotteck nur den Mittelstand sieht und damit praktisch den Teil an die Stelle des Ganzen rückt, sieht Dahlmann in dessen gegenwärtiger Bedeutung nur eine Phase in dem großen Ablauf der Geschehnisse.

Wirklich wertvoll wird jeder Stand zudem erst durch das Zusammenwirken mit den anderen Ständen. Das Volk kann nur durch eine vollständige Vertretung aller dargestellt werden. (Pol. 122 [133].)

Dabei kommt es nicht auf formale Vollständigkeit an, Dahlmann spricht z. B. davon, daß der Bauernstand auch durch die Gutsbesitzer vertreten werden könne. (Verth. 100.)

Wichtig ist ihm vielmehr die Gesinnung, die gerade durch das überall herrschende Gefühl der Mitverantwortung und des Aufeinanderangewiesenseins fest und tragfähig wird. Die Ver-

schiedenheit der Stände zerstört also nicht die Einheit, sondern festigt sie im Gegenteil. Der gerade vorherrschende Stand hat nicht die Aufgabe, die anderen auszuschließen, sondern sie zu führen und sein Bestes zu geben, bis er durch einen anderen abgelöst wird. Das Volk der Gegenwart ist untrennbar mit dem der Vergangenheit und Zukunft verbunden.

Das kommt ebenso klar auch in der Rechtsgestaltung und Rechtsauffassung zum Ausdruck.

Die Aufgabe des Volks als Gemeinschaft der augenblicklich Lebenden ist es, die überkommenen Rechte zu wahren und zu erhalten und zwar sowohl um seiner selbst — also der gegenwärtig Lebenden — als auch um der Zukunft willen. Das Wichtigste ist, daß ein Bruch mit der Vergangenheit vermieden wird. Das gilt für die Regierten ebenso wie für die Regierung, für die Verteidigung der bestehenden Rechte wie auch für deren Neubildung:

„Nicht desto weniger können feste und rechtsbeständige Verhältnisse nicht so geradezu nach allgemeinen Wünschen behandelt werden... (E. S. 52.)

Doch das Besondere dieser Verhältnisse entzieht sich durchaus der bloß theoretischen Beurtheilung und fällt lediglich der ausübenden Staatskunst und Staatsmacht anheim.“ (E. S. 52.)

„Überhaupt ä n d e r e man nie um der Theorie Willen. Mancher Mensch lebt mit seinem Höcker achtzig Jahre lang. Die Operation würde ihm das Leben kosten. (Pol. S. 128 [137], 149.)

Hier offenbart sich der Unterschied zwischen Dahlmann und Rotteck und Welcker am klarsten. War für Rotteck das Recht allgemeingültig für alle Völker und von den herrschenden Rechtszuständen völlig unabhängig, für Welcker ein Ausfluß des Rechtsbewußtseins der gegenwärtig lebenden Volksvertreter, so ist für Dahlmann die erste Grundlage der herrschende Rechtszustand, Änderungen erfolgen nur, soweit sie sich im organischen Wachstum der Gesellschaft als notwendig erweisen:

„Mir kommt mein alter Satz in den Sinn: man dürfe ein Volk nicht freier machen wollen, als es selbst zu sein begehrt.“ (Briefw. II, 246.)

Die Gegenwart und vor allem die Volksvertretung der Gegenwart wird nur als eine Phase in dem ewigen Leben des Volkes

aufgefaßt, das lebende Volk ist der derzeitige Verwalter der ewigen Volksrechte und zwar sowohl in dem Sinne, daß es in seinen breiteren Schichten an der Rechtsgestaltung, an dem Ausbau des überkommenen Rechtes teilnimmt:

„Ohne die Einwilligung der Reichsstände kommt kein Landesgesetz zu Stande.“ (Pol. 145 [149], 171.)

als auch in der Richtung, daß das Recht auch der Volksart und ihrer Bildung und Eigentümlichkeit angepaßt bleibe. (E. 38.) Diese Aufgaben und Funktionen erhalten jedoch bei Dahlmann nicht so viel Bedeutung wie bei Rotteck und Welcker; erstens wegen der starken Abhängigkeit des Rechts und der Rechtsgestaltung vom herrschenden Rechtszustand, weiter deshalb, weil diese Beteiligung des Volkes in seinen breiteren Schichten für Dahlmann nicht so wie für Rotteck und Welcker eine entscheidende Neuerung seiner Zeit darstellt, sondern, wie sich schon im Abschnitt: Stände zeigte, bereits wenn auch in anderen Formen so doch im Prinzip seit langer Zeit besteht:

„Daß ein Volk Rechte habe und haben müsse, ist ein Glaube, den die Geschichte der ganzen Vorzeit heiligt...“ (E. S. 38.)

In diesem Zusammenhange ist wohl auch seine starke Abhängigkeit von dem Beispiel Englands anders zu verstehen, als z. B. die Rottecks von dem Staatsideal Frankreichs. England ist für Dahlmann nur das Beispiel einer guten Verfassung, er zieht es heran, weil ihm ein deutsches Beispiel nicht zur Verfügung steht, er aber gerade, um der Wirklichkeit nahe zu bleiben, ein lebendiges Beispiel braucht. An eine mechanische Übertragung der englischen Verhältnisse denkt er selbstverständlich nicht; doch erscheinen ihm die in diesem Falle notwendigen Unterschiede verhältnismäßig gering, weil England ein verwandtes Volkstum, gleiche Glaubenslehren und eine mit den deutschen gemeinsam verlebte „Staatsjugend“ hat. Daher erscheinen ihm die englischen Verhältnisse nicht nur bewundernswert, sondern für unser verwandtes Volkstum bis zu einem gewissen Grade übertragbar. (Franz. Rev. 149.)

Es kommt auch wieder zum Ausdruck, ein wie großes Gewicht Dahlmann der Vergangenheit beimißt und wie untrennbar diese mit der Gegenwart des lebenden Volkes zusammenhängt.

Das kommt da ebenso klar zum Vorschein, wo er Volk und Staat, die ja als fast identisch erkannt wurden, abgrenzt.

Die *Begrenzung* des Volkes ist eindeutig durch das Zugehörigkeitsgefühl gegeben. Mit diesem Gefühl ist eine Staatszugehörigkeit zu einem anderen Staate durchaus vereinbar. Dahlmann selbst hat lange Jahre in dem Bewußtsein, zu einem anderen Volke zu gehören, in Dänemark gelebt und verlangte auch von den Schleswig-Holsteinern, daß sie weder das eine noch das andere aufgaben.

In einem scheinbar merkwürdigen Gegensatz dazu steht Dahlmanns Ansicht über die *Auswanderung*. Er ist hier der Ansicht, daß auf die ursprüngliche Volkszugehörigkeit radikal verzichtet werden müsse:

„Wandert einer einmal aus über den Ocean nach Amerika, nun so verlasse er mit rechtem festem Entschlusse, was mangelhaft und dürftig ist in unserm deutschen Treiben, und nehme den vollen Segen der neuen Welt, soweit er ihn finden kann, dankbar und ohne Vorbehalt auf, ... daß er selbstbewußt das Opfer seiner Muttersprache, so schwer es ist, bringen möge ... Bringe er denn entschlossen das unvermeidliche Opfer, damit er aus einem unbefriedigten Dasein in der alten Heimath nicht wieder in eine neue Halbheit, sondern in ein volles Dasein trete.“ (Schr. 370.)

Das heißt klar: Verlust der Staatszugehörigkeit zieht den der Volkszugehörigkeit automatisch nach sich. Aus der Art jedoch, wie Dahlmann sich mit diesem ohne Zweifel schmerzhaften Verlust auseinandersetzt, ergibt sich ein Fingerzeig auf die tieferen Gründe für seine Schroffheit. Er sieht in der Auswanderung eine Flucht vor dem Schicksal des eigenen Volkes. Das Auswandern ist für ihn also ein Zeichen nicht ausreichenden Volksbewußtseins. An anderer Stelle sagt er deshalb auch:

„... auswandern oder sich irgendwie entziehen in der Stunde, wo alles, was Gutes im Staate ist, enger zusammentreten sollte, ward von jeher für unwürdig des guten Bürgers geachtet ...“ (Pol. 202 [178], 208.)

Der Unterschied zwischen dem Auswanderer und dem durch Recht und andere von seinem Willen unabhängige Zustände von seiner Heimat Getrennten, liegt darin, daß der eine aus freiem Entschluß sein Volk aufgibt, der andere jedoch dem

Zwang seines Schicksals unterliegt; für den einen ist das Volk also eine Gemeinschaft, die er missen zu können glaubt, für den anderen kann es, wie Dahlmann selbst erfahren hatte, eine ewige Sehnsucht bedeuten und das Gemeinschaftsgefühl gerade dadurch besonders stark sein. So ist das Aufgeben der alten Sprache und Kultur für den Auswanderer nur eine selbstverständliche Konsequenz des inneren Bruches, den er selbst herbeigeführt hat. Die Kulturgemeinschaft ist also, wenn sie innerlich wahr sein soll, abhängig von der Gesinnungsgemeinschaft.

Gerade dadurch, daß er die Menschen zur letzten Konsequenz zwingt, glaubt Dahlmann, sie zur tieferen Erkenntnis dessen, was sie verloren haben, zu bringen:

„...umso bewußter und würdiger, je schwerer er das Opfer fühlt...“ (Schr. 371.)

Der Auswanderer wird also nur noch als Mensch gesehen, nicht mehr als Volksgenosse.¹⁹ Daher besteht auch die Möglichkeit, sich über den Verlust dieser „Söhne des Deutschthums“ durch die Besserung ihrer materiellen Lage zu trösten. Daraus erklärt sich auch die gewisse Härte, mit der er die Unterstützung der Auswanderer, dieser ungetreuen Söhne des Vaterlandes, als „Prämie auf die Auswanderung“ bezeichnet. (Schr. 370.)

Die Begrenzung in innenpolitisch - sozialer Hinsicht ist wesentlich geringer als bei Rotteck und Welcker. Schon durch die geplante Vertretung aller Stände wird fast das ganze Volk erfaßt. Es scheiden nur die aus, die nicht in diesen Ständen vertreten sein können:

„Noch Standeslose... (Lehrlinge aller Art)...ingleichen alle, die Armengeld genießen, üben kein Wahlrecht. Das Wahlrecht der Frauen in Canada (doch ohne Wählbarkeit) wird wohl eine muntere Ausnahme bleiben.“ (Pol. 131 [140], 153.)

Der Ausschluß erfolgt hier also nicht um der Gleichheit oder der notwendigen Intelligenz oder Bildung willen, Dahlmann lehnt eine Vertretung der Intelligenz sogar ab:

19. Auch für sich persönlich betrachtete er das Verlassen des Vaterlandes als einen gewissen Verrat, wie seine Rechtfertigungsversuche für die Annahme des Berner Lehrstuhles beweisen. (Briefwechsel mit Grimm und Gervinus.)

„Durchaus auch bedarf es keiner besonderen Repräsentation der sogenannten Intelligenz. ... Höhere Bildung hat ihr Standesgebiet aufgegeben.“ (Pol. S. 130, 139, Nr. 153.)

sondern deshalb, weil die Voraussetzung für ein selbständiges Wirken und Entscheiden beim Menschen eine sichere Gewöhnung ist. Erst aus einer gewissen Bindung und Unterordnung kann ja die Freiheit kommen, erst dann ist die richtige Volksgesinnung gewährleistet. Die sicherste Bindung erscheint Dahlmann die an den Grund und Boden:

„... am Einfachsten ist es noch ... den Besitz eines geschlossenen Hofes zur Basis des Wähler-Rechtes zu machen.“ (Pol. 132 [140], 155.)

Hier wirkt wohl das Beispiel Englands ein. Doch beweisen andere Stellen, daß das nur ein Vorschlag für die Landgemeinden ist, und Dahlmann keineswegs unbedingt an der Forderung festhält. Er ist überhaupt gegen mechanische Allgemeinregelungen, auch das „Noch“ deutet an, daß er den Ausschluß als Übergangszustand ansieht. Noch klarer kommt diese Anpassung an die im einzelnen gegebenen Verhältnisse bei Dahlmann in seiner Einstellung den Juden gegenüber zum Ausdruck.

Da Blutmischung allgemein von Dahlmann als förderlich, zum mindesten jedoch nicht schädlich erkannt wurde, konnte in der fremden Rasse der Juden kein Grund für ihren Ausschluß aus der Volksgemeinschaft liegen. Der Unterschied wird in erster Linie in der Religion gesehen, wie schon aus der Gegenüberstellung: Juden — Christen hervorgeht. Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint z. B. die Zulassung der Juden zum akademischen Lehramt sehr günstig, weil damit die durch die religiösen Vorurteile entstehende Enge der Wissenschaft überwunden würde:

„... Da scheint es mir also der freieren Bewegung der Wissenschaft ungemein förderlich zu sein, wenn einige Männer, die außer unsern kirchlichen Schranken stehen, uns diese Gefahr stets gegenwärtig halten ...“ (Schr. S. 373.)

Daneben werden die Juden jedoch auch schon als Volk gesehen:

„Die Aufnahme der Israeliten zu völlig gleichen Rechten bleibt ... immer doch eine Staatsfrage, ... Da, wo Wider-

willen oder mindestens Gleichgültigkeit gegen wesentliche Bestandteile unserer gesellschaftlichen Ordnung obwaltet, ... da ist, ... keineswegs unbillig der Unterschied der Behandlung ... nach der Stimmung mit welcher die christliche Bevölkerung auf einen Richter, einen militärischen Vorgesetzten aus diesem Volk hinblicken und einen gewandten volkswirtschaftlichen Nebenbuhler ertragen würden.“ (Pol. II. A. 27.)

Dahlmann erkennt also in den Juden ein fremdes Volk und rechnet folglich mit den Schwierigkeiten, die sich aus dem Zusammenleben zweier Völker in einem Staat ergeben. Das Judenproblem ist ihm daher nicht nur Religions- sondern auch Staatsfrage, und er erkennt dem Gastgebervolk das Recht zu, das Zusammenleben zu regeln.

Auch die Fürsten gehören nur bedingt zum Volk. Doch sind sie nicht durch Geburt oder Gesinnung, nur durch ihren Beruf vom Volk getrennt:

„Die Mehrzahl des Volkes bedarf zu allen Zeiten dieser verständlichsten und gemüthvollsten aller Regierungsweisen, und unzählige Mahle hat sich an die alte Treue für eine angestammtes Haus die Erhaltung des ganzen Staates geknüpft.“ (Pol. 108 [122], 137.)

Starke Bande verknüpfen beide: der Staat, die Taten des Fürsten und schließlich der durch das Ideal der Wahl-Erblichkeit immer wieder notwendige Kampf um das Volksvertrauen.

„Der Vater Niels schrieb sich Dei gratia, was kein Dänenkönig vor ihm that, allein jedermann wußte, daß die Krone von der Huld des Volkes abhängt.“ (DG. I, 227.)

„Im Ganzen blieb die Wahl der Regel des Erbrechts getreu, allein das Erbrecht ward erst durch die Wahl des Volks lebendig.“ (DG. I, 166, auch 167.)

Volksfreundlichkeit ist das beste Prädikat für einen Fürsten (vgl. die Beurteilung der einzelnen Dänenfürsten in der „Dänischen Geschichte, (DG. I, 194, 206).

Das Verhältnis ist das einer Ehe ohne Scheidung:

„... durch welche Regierungskunst und Volksfreiheit in eine Ehe ohne Scheidung treten.“ (Pol. 70 [96], 84.)

Beide Teile bedürfen einander zur Existenz, der Fürst ist das Gegenpositive des Volkes. Letzten Endes bilden also beide eine tiefere Einheit.

Geht man die verschiedenen Begrenzungen durch, so findet man, daß eigentlich nirgends ein entschiedener Ausschluß aus der Volksgemeinschaft erfolgt, jedenfalls nie dann, wenn eine gemeinsame Gesinnung vorausgesetzt wird. Das Gefühl der Volkszugehörigkeit ist also nicht von dem einen oder anderen Merkmal abhängig, sondern nur von ihnen allen zusammen, folglich kann das Nichtvorhandensein der einen gemeinschaftsbildenden Kraft durch die anderen, die dann umso stärker werden, ersetzt sein. Das gilt sogar auch für die Staatszugehörigkeit, die auf weite Sicht Dahlmann die wichtigste erscheint. Es findet sich hier eine gewisse Inkonsequenz in seinem Denken, da er einerseits die Bedeutung des Staates für das Volk so außerordentlich hervorhebt, andererseits doch Volkszugehörigkeit bei politischer Staatszugehörigkeit zu einem fremden Staate gelten läßt. Die Erklärung liegt wohl auch hier darin, daß Dahlmann sehr stark vom eigenen Erleben her kommt. Er selbst war ja — staatlich gesehen — nicht Deutscher, erkannte andererseits gerade an seinem eigenen Leben die Notwendigkeit eines deutschen Staates. Seine Einstellung zur Volkszugehörigkeit ist also von den deutschen Verhältnissen in seiner Zeit und durch den letztlich irrationalen Charakter seiner Volksvorstellung bestimmt.

Das Volk, innerlich gebunden durch gemeinsame Naturgegebenheiten, Heimat, gemeinsame Kultur und gleiches Schicksal und — damit eng zusammenhängend — gemeinschaftliche staatliche Verhältnisse, wird von dem Einzelnen gefühlsmäßig erfaßt. Er erkennt in dieser Einordnung eine Fügung des Schicksals; damit tritt diese notwendig in eine Art Wettstreit mit der anderen, ebenfalls überirdisch gerechtfertigten Macht: mit der Religion. Dahlmann hat diesen Konflikt selbst empfunden:

Das Volk in der „Christenheit.“

„Das Christenthum stellt den Staat nothwendigerweise tiefer, als er bei Griechen und Römern stand. Es will die erste Angelegenheit des Menschen sein, welchen Staat er auch bewohne. Dem Staate bleibt höchstens die zweite Stelle... (Pol. 52 [84], 69.)

Die Religion steht also klar über Volk und Staat, sie ist die letzte und höchste Ordnung, reicht weit über die Grenzen des einzelnen Staates hinaus und verbindet die Völker untereinander:

„Das Christentum schuf eine ganz neue Weltbetrachtung, indem es die Völker aller Staaten zu Brüdern berief... (Pol. 291 [187], 216.)

Es greift auch in das Leben der Völker und Staaten ein, indem es die Einzelmenschen erzieht und die sittlichen Maßstäbe festlegt:

„Der seiner höheren Bestimmung getreue Mensch bringt dem Staate jedes Opfer... nur nicht das Opfer seiner höheren Bestimmung selber... Das ist der Ruhm und die Gefahr der menschlichen Dinge, daß der Einzelne am Ende unberechenbar gegen den Staat steht.“ (Pol. [55], 10.)

„Das Herz des Volks hängt an den Verheißungen des Christenthums.“ (Briefwechsel I, 513.)

„Was in dem Volk von christlicher Sitte lebt, ist bei dem Volk der unteren Lagen... die Folge von der Zuversicht auf die Untrüglichkeit der christlichen Verheißungen. Wie man ohne Kirche leben kann, das sehe ich ein, ... allein wie man eine Kirche auf bloß christlicher Moral bauen könne, das sehe ich vor der Hand nicht ein.“ (Briefw. II, 280.)

„Die Staatslehrer des Alterthums handeln stets am ausführlichsten von der Erziehung des Staatsvolks; allein in den Tagen der Christenheit stand die Volksbildung in ihren leitenden Ideen durch die heiligen Schriften fest und sie lag in den Händen der Geistlichkeit.“ (Pol. 195 [188], 225.)

Dieses Eingreifen des Christentums bildet für Dahlmann den entscheidenden Unterschied zwischen dem antiken und dem modernen Staat im Verhältnis zum Volke. Stand der antike Staat dem Volke allein gegenüber, war es seine Aufgabe, dieses für den Staat zu erziehen, so fällt diese Aufgabe seit dem Bestehen des Christentums weg. Die negative Seite dieser Veränderung liegt darin, daß der Staat den Einfluß auf den Einzelmenschen mit einer anderen und noch dazu mit einer überlegenen Macht teilen muß. Das Verhältnis zu Volk oder Staat enthält also eine gewisse Spannung:

„Die Staatslehre hat ... Einrichtungen auszubilden, welche diesen Zwiespalt (zwischen Sittengesetz und Staatsgebot) zu vermindern dienen, indem sie den Staat der

höheren versöhnenden Sitte empfänglich machen.“ (Pol. 6 [55], 8.)

Der Staat hat also nicht nur die Eingriffe der Religion in seine Sphäre zu dulden, sondern auch in seinem eigenen Handeln und auf seinem eigensten Gebiete sich nach ihren Maßstäben zu richten:

„... ich kann die Politik durchaus nicht als getrennt von der Moral betrachten...“ (Schr. 258.)

„wenn jemals ... mir klar würde, Moral und Politik wären ganz getrennte Gebiete, ich würde von dem Augenblicke an den Staat als eine Erfindung des Verderbens für die Menschheit betrachten.“ (Schr. 258.)

„Niehmahls ist in Deutschland, seit der Reformation, die politische Freiheit in Gefahr gewesen ohne Gefährdung der Glaubensfreiheit und umgekehrt.“ (Schr. 153.)

Auch alle staatlichen Ordnungen werden erst durch die Religion wirksam:

„Eid und Ehe, Obrigkeit und Eigentum, selbst die Heiligung gewisser Tage macht die Religion zugleich zur Staatsache.“ (Pol. 34 [270], 294.)

Der Staat erscheint also außerordentlich abhängig von der Religion, nicht ganz so stark von der Kirche.

Hier glaubt Dahlmann an ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte:

„Der Staat darf nicht beherrscht werden von der Kirche, allein er darf auch nicht herrschen wollen zum Nachteile des religiösen Lebens.“ (Pol. 318 [271], 294.)

Da auch die Religion der irdischen Formen bedarf, gerät sie in der Kirche ihrerseits in eine Abhängigkeit von dem Staate:

„Die Religion besitzt an sich selbst die Fähigkeit garnicht, als herrschende Kirche an den Platz des Staates zu treten... (Pol. 319 [271], 294.)

Die Religion stellt also einen starken Eingriff in die Eigengesetzlichkeit von Volk und Staat dar. Dieser Tatsache ist sich Dahlmann durchaus bewußt. Sie erklärt sich zum Teil aus seiner Einschätzung höherer geistiger Werte überhaupt. Waren Geist, Gesinnung, Gefühl für den Volksbegriff und die Bildung und Gestaltung des Volkes entscheidend, so gilt das entsprechend für das gesamte Weltbild. In diesem größeren Rahmen aber ist die Religion die entscheidende geistige und folglich hier die höchste Macht.

Es zeigt sich damit, daß auch dieses weitere Reich, das Reich der Menschheit oder der Staatengemeinschaft für ihn Wirklichkeit ist, und daß es neben Staaten und Völkern auch noch andere gleich oder höherwertige Offenbarungen göttlichen Geistes gibt.

„Wir glauben an ein großes gemeinsames Werk der Menschheit, zu welchem das einzelne Staaten-Leben nur die Vorarbeiten liefert, an eine auch äußerliche Vollendung der menschlichen Dinge am Ende der Geschichte.“ (Pol. 5 [54], 8.)

Durch diese klar erkannte höhere Aufgabe wird Volk und Staat ihr höchster Eigenwert genommen:

„...die heitere Höhe der tiefsinnigen Bildung .auf welcher ein paar Menschenalter hindurch das Volk von Attika im reichsten Selbstgeföhle stand, hat ihres Gleichen nicht in der Menschengeschichte und fällt demnach nicht in unsere Bahnen, die, wir müssen es nur geradezu auf uns nehmen, weit ernster und beschwerlicher mühseliger geworden sind, seit die Menschheit dem Staate den Vortritt abgewonnen hat.“ (Pol. S. 259 [Nr. 231], 263.)

Andrerseits ist durch die Größe des letzten Zieles auch die Verantwortung für die Teilleistung erhöht:

„Wer einen Welt- oder Menschheitsstaat begehrt..., der verschießt der zu Staaten versammelten Menschheit die Aussicht auf ihre höchste Bildungsstufe, auf welcher sich der Staat, wie er von der Familie ausgegangen ist, in der Staatenfamilie vollende.“ (Pol. S. 9 [52], 16.)

Es soll aber aus der Hochwertung der Menschheit nicht ein Verschwimmen der einzelvolklichen Individualität, sondern im Gegenteil ihre klarere Ausbildung folgen. Die umgekehrte Entwicklung bedauert Dahlmann: im Interesse der Kultur wieder Politik:

„Die Völker selber auch haben vieles von ihrer alten reichen Individualität und entschieden kräftigen Physiognomie eingebüßt.“ (Schr. S. 32.)

„...und wie sehr diese Stämme- und Völkermengende Ansicht das Raubsystem einer ländergierigen Politik begünstige, liegt grell am Tage.“ (Schr. 33.)

Auch vom religiösen Standpunkt aus erscheint nicht Verwischen der eigenvolklichen Besonderheiten sondern nur gegenseitige Achtung notwendig (S. 114).

So klar also die letztlich sittliche Begründung alles Lebens einschließlich der Politik bei Dahlmann ist, so stark ihm diese Sittlichkeit religiös gebunden erscheint, so selbstverständlich ist ihm doch der Einsatz für das einzelvolkliche Leben. Das Verhältnis beider Werte ist bei ihm nicht klar verstandesmäßig durchdacht und in Worten beschrieben wie etwa bei Rotteck oder Jahn. Die Klarheit ist mehr durch das Leben und Erleben gegeben. Die politische und die kirchlich-religiöse Sphäre sind trotz der theoretisch so engen Verknüpfung getrennt, auch in Dahlmanns Tun und Handeln selbst. Sein bewußter Einsatz gilt den staatlich politischen Zielen, aber seine Kraft kommt deutlich aus dem Bereich des Religiösen, Kulturellen, Gefühlsmäßigen.

Auch seine Stellung zum Weltbürgertum ist zwar theoretisch nicht ganz geklärt, aber im Leben doch ganz eindeutig; wohl weiß er, daß er Glied einer höheren Ganzheit ist, als Wissenschaftler und religiös denkender Mensch kommt ihm das immer wieder zum Bewußtsein. Aber seine Hauptaufgabe sieht er doch im eigenen Volke. Er begründet das nie in der Theorie, die Rechtfertigung liegt für ihn einfach im Leben selbst und in seinen Notwendigkeiten. Die Tatsache, daß der Mensch in ein Volk hineingeboren wird, macht es für ihn zur selbstverständlichen Pflicht, sich in den Dienst dieser Gemeinschaft zu stellen, ebenso wie das Kind nicht vernünftig begründet, warum es in der Familie lebt und sich für sie einsetzt.

Dahlmann wurzelt also im Gefühlsmäßigen und richtet seine Anschauungen aus nach den wirklich erlebten Tatsachen. Darin liegt seine Stärke in der praktisch-politischen Wirksamkeit; keine Theorie oder vorgefaßte Meinung verschließt seinen Blick für die praktischen Verhältnisse und die aus ihnen hervorgehenden politischen Notwendigkeiten. So handelt er als Realist und hat trotzdem den inneren Halt und Ansporn im Idealismus. Das ist von ihm durchaus bewußt erstrebt; er hält diese Verknüpfung für absolut entscheidend, wie auch der Untertitel seines Hauptwerkes beweist: „Die Politik auf den Grund und das Maß der bestehenden Zustände zurückgeführt.“

Für die begriffliche Klärung seiner Anschauungen liegt hier jedoch eine Schwierigkeit. Es ist selbstverständlich, daß

Dahlmann, sobald er die Theorie nicht mehr für das allein Wichtige hält, nicht mehr soviel Sorgfalt auf ihre Darstellung und deren Vollständigkeit verwendet, wie es z. B. Rotteck und Welcker taten. Gerade das Wesentlichste, z. B. die Verwurzelung im Kulturellen, wird kaum erwähnt, weil sie selbstverständlich erscheint — wogegen dann anderes, wie z. B. die Notwendigkeit einer Staatsmacht für das Volk besonders stark betont wird. Die Erkenntnis der Augenblickslage im Deutschland seiner Zeit spielt dabei eine wichtige Rolle. Der Zweck seiner Darstellung ist ja eben kein theoretisch-wissenschaftlicher, sondern ein praktisch-politischer. Und Dahlmann hat hier im Gegensatz zu Rotteck und Welcker erkannt, daß zwischen den Gesetzen der Logik und denen des Lebens ein Unterschied besteht. So liegt die Klarheit und Eindeutigkeit seines Volksbegriffes nicht im logischen Aufbau, sondern im Gefühls- und Erlebnismäßigen begründet. Logische Widersprüche lassen sich für ihn durchaus mit innerer Klarheit vereinigen. So mußte der Dahlmannsche Volksbegriff auch in dieser Untersuchung bis zu einem gewissen Grade schillernd und scheinbar widerspruchsvoll bleiben.

Es hieße jedoch Dahlmanns Wesen verkennen, wollte man seine Gedankengänge zu weitgehend zerlegen und die gedanklichen Widersprüche zu scharf herausarbeiten (vgl. Hölzle Ztschr. f. Soz. u. Wirtschaftsgesch. Bd. 17).

Zusammenfassender Vergleich.

Um die Verschiedenheit in der Gesamtauffassung und die unterschiedlichen Ergebnisse in den Einzelheiten klar hervortreten zu lassen, sollen hier noch einmal die wichtigsten Punkte zusammengefaßt werden.

Der **V o l k s b e g r i f f** ist bei Jahn klar gefaßt, Bedeutung und Verhältnis der Einzelheiten zueinander sind folgerichtig entwickelt, das Ganze ist eine unlösliche Einheit. Bei Rotteck ist er ebenso klar, doch gespalten. Das Wort „Volk“ wird für verschiedene Dinge, die deutlich voneinander getrennt sind, verwandt. Die eine Sicht: das Volk im politisch-rechtlichen Sinne tritt dabei einseitig hervor. Welcker sucht die Einseitigkeit Rottecks zu überwinden, die bei ihm fehlenden, aber in der Wirklichkeit vorhandenen Züge zu ergänzen. Da aber Rottecks Grundhaltung beibehalten wird, entstehen daraus einige Unklarheiten und Spannungen. Der Glaube an die alles beherrschende, stets vorhandene Harmoniekraft überwindet sie nur scheinbar. Damit wird die Vorstellung nicht nur unklar, sondern z. T. auch wirklichkeitsfern. Dahlmanns Volksvorstellung erscheint theoretisch schillernd und gedanklich nicht ganz klar. Dafür besteht jedoch eine gefühlsmäßige, tiefere Einheit und Klarheit, die eine gedanklich klare Darstellung überflüssig erscheinen läßt. Zudem besitzt er einen starken Sinn für die politische Wirklichkeit. „Volk“ ist bei ihm eine tiefe, innere Einheit, die eine Abspaltung von Sonderbedeutungen unmöglich macht.

Die **G e m e i n s c h a f t s g r u n d l a g e n** sind für J a h n : gemeinsames B l u t , gemeinsamer B o d e n und — daraus folgend — gemeinsame Art der L e b e n s g e s t a l t u n g . K u l t u r , G e s c h i c h t e und S t a a t s l e b e n . Für Rotteck sind diese natürlichen und geschichtlichen Gemeinsamkeiten zwar vorhanden, jedoch ohne wesentlichen Einfluß auf das politische Leben. Welcker scheinen sie in der Frühzeit der Völkerbildung wichtig, für die Entwicklung in der Gegenwart

jedoch nur indirekt wirksam. Dahlmann hält die natürlichen Grundlagen für weniger bedeutend als die historisch-kulturellen. Aus dieser Bewertung folgt die Forderung für die Politik der Gegenwart, sie heißt für Jahn: die natürlichen Grundlagen sind rein zu erhalten, alles Eigengewachsene ist zu fördern. Für Rotteck fällt fast jede Forderung in dieser Hinsicht weg. Für Welcker ist der Sinn für die Erhaltung der natürlichen Grundlagen eine löbliche, aber nicht notwendige Eigenschaft des Volkes. Dahlmann fordert nicht Reinerhaltung der Art, sondern nur Stärkung der inneren Gemeinsamkeiten. Ist Blutsverwandtschaft vorhanden, so wird sie als glückliche „Mitgabe“ des Schicksals dankbar hingenommen.

Für Rotteck sind die Gemeinschaftsgrundlagen die Interessengleichheit und die vertragliche, durch den Staat gesicherte Rechtsbindung der augenblicklich lebenden Bürger. Für Welcker liegen sie ähnlich, nur wird die Interessengemeinschaft durch das Streben nach Sittlichkeit und die vertragliche Bindung durch das Gemeingefühl ergänzt. Für Jahn und Dahlmann ist beides selbstverständlich, aber nicht ausschlaggebend.

Die Gegenwartsaufgabe für Rottecks „Volk“ ist: dem Einzelnen zu dienen, in gemeinsamem Kampf ihn vom Zwang zu befreien und ihm möglichst viele Rechte und wenig Pflichten zu geben. Für Welcker gilt das gleiche, allerdings in der Hoffnung, daß der Einzelne sich und seine Wünsche freiwillig denen der Gemeinschaft unterordnet. Jahn und Dahlmann stellen solche Forderungen kaum.

Dahlmann sieht in der politischen Schicksal der Vergangenheit aus dem Gemeingefühl, kulturelle und Staatseinheit erwachsen, die Grundlagen des Volks. Diese politische Vergangenheit faßt Rotteck als einen langen Irrweg der Menschheit, eine Leidensgeschichte der Völker auf, die gerade die Grenzen des Einzelvolkes verschwimmen läßt. Für Welcker ist die geschichtliche Vergangenheit eine glücklich überwundene Vorstufe der Gegenwart. Jahn sieht in ihr eine Grundlage neben vielen.

Dahlmann fordert deshalb von dem Staat und Volk der Gegenwart: Anknüpfen an das Bestehende, Wiederer-

wecken des Guten aus der Vergangenheit, Sorge für ein stetiges, lebendiges Fortschreiten der Entwicklung, Rotteck dagegen: Kampf gegen alles aus der Vergangenheit Überkommene. Welcker hält nicht vollständige, aber möglichst weitgehende Unabhängigkeit von der Geschichte für das Beste. Jahn sieht in ihrer Pflege als einer Sammlung lehrreicher Beispiele und als Ansporn für die Gegenwart etwas sehr Notwendiges.

Diese verschiedenen gemeinschaftsbildenden Kräfte bedingen auch verschiedene Grenzen der Volkszugehörigkeit.

Für Jahn sind die Grenzen des Volkes durch Blut, Boden und Kultur bestimmt, fremdvölkische Menschen, Ausländer, Juden sind ein für allemal ausgeschlossen. Für Rotteck fallen diese Grenzen weg, Volksangehörige können alle Menschen werden, wenn sie den Willen zur Zusammengehörigkeit haben und vertragliche Bindung und staatsbürgerliche Pflichten übernehmen. Das gilt auch für die Juden; nur scheint Rotteck in diesem Falle der Wille nicht vorhanden zu sein, er betrachtet sie deshalb für seine Zeit noch nicht als Vollmitglieder, läßt aber die Möglichkeit dazu für spätere Zeit offen. Für Welcker sind die natürlichen Unterschiede bei dem hohen Stande des Fortschritts in seiner Zeit, die die primitiven, „sinnlichen“ Bindungen lange überwunden und durch sittliche ersetzt hat, nicht mehr entscheidend. Wesentlich sind nur die Leistungen im Staat, Teilnahme am Volksschicksal und der Wille zur Zugehörigkeit. Alle drei Bedingungen sieht er im Falle der Juden erfüllt, folglich erscheint ihm eine rechtliche Zurücksetzung unbillig und politisch unklug. Er glaubt, die feindliche Einstellung der Juden sei, soweit vorhanden, nur eine Folge dieser Zurücksetzung. Der einzige ursprünglich vorhandene und bleibende Unterschied ist für ihn der religiöse, der aber der religiösen Toleranz wegen keine rechtlichen Scheidungen zur Folge haben kann.

Dahlmann entscheidet sich in der Judenfrage nicht grundsätzlich. Da Rassemischungen seiner Ansicht nach nicht schädlich sind und im Staate religiöse Toleranz herrscht, ist staatsbürgerliche Gleichberechtigung an sich möglich. Sie soll jedoch erst von Fall zu Fall entschieden werden. Dort, wo hohe Leistungen

von ihnen zu erwarten sind, wie z. B. in der wissenschaftlichen Forschung, soll man den Juden die vollen Rechte einräumen, wo jedoch christliche Bevölkerung unter ihnen leiden oder an ihrer Gleichberechtigung Anstoß nehmen könnte, hat sie zu unterbleiben. Die Juden werden als fremdes Volk gesehen und genießen daher Gastrecht bei den Deutschen.

Auswanderung bedeutet bei allen behandelten Politikern: Verlust der Volks- und Staatsangehörigkeit zugleich. Für Jahn stellt sie noch kein Problem dar. Rotteck und Welcker sehen in ihr ein wertvolles Freiheitsrecht des Einzelmenschen, der Verzicht auf seine Ausnutzung bedeutet eine Vertrauens-erklärung an den Staat, in dem sie leben. Dahlmann empfindet das Auswandern als ein Zeichen mangelnder Volksgesinnung und fordert Verzicht auf weitere kulturelle Bindung an das alte Volk, weil sie praktisch schwer zu erhalten und durch die Schwäche der gesinnungsmäßigen Grundlage auch innerlich nicht begründet erscheint.

Die Volkszugehörigkeit der Bewohner abgetrennter Gebiete bedeutet für Jahn eine schwere Gefahr für den abgetrennten Teil wie für das Ganze, da damit leicht blutmäßige und geistige Fremdkörper eindringen, die der Entwicklung schädlich sind. Nach Welcker besteht die Gefahr eines Verlustes nur für den abgetrennten Teil, er muß sich daher durch besondere Betonung seiner kulturellen Eigenart vor dem Verlust seines ursprünglichen Volkstums schützen. Dahlmann sieht in diesem Zustand, wenn das Volkstum innerlich stark genug ist, einen wertvollen Ansatzpunkt für eine gegenseitige Befruchtung und Annäherung der Völker. Rotteck kennt — der räumlichen Identität von Volks- und Staatsangehörigkeit wegen — einen derartigen Fall gar nicht.

Eine Begrenzung im Innern des Volkes kommt bei Jahn nicht in Frage, da die gleichen Grundbedingungen bei allen vorhanden sind und die Verschiedenheit der Gaben gerade zum gegenseitigen Ansporn und damit zu besserer Leistung führt. Rotteck dagegen hält sie für unbedingt erforderlich. Da der Vertragschluß freiwillig sein muß, scheiden alle Menschen, die in irgendeinem Abhängigkeitsverhältnis stehen, von selbst aus. Das gleiche gilt für Welcker, der allerdings eine gewisse

indirekte Einflußnahme auf einzelne Volksangehörige z. B. in der Ehe vorsieht. Weiter setzt die Anteilnahme an dem Leben des Volkes ein gewisses Maß von Allgemeinbildung als Grundlage der Urteilsfähigkeit voraus, damit werden alle in vernunftgemäßen Denken ungeschulten Kreise des Volkes, vor allem — nach dem Stand der Bildungsmöglichkeiten jener Zeit — alle ärmeren Bevölkerungsteile ausgeschlossen, auch das gilt für Welcker ebenso. Da zudem Gleichheit der Interessen notwendig ist, gehören auch alle die nicht zum Volke, die naturgemäß anders gerichtete Interessen haben, vor allem der Adel und die Fürsten. Welcker sieht hier seiner sittlichen Zielsetzung entsprechend stärkere Interessengleichheit und schließt daher den Adel in seinem Ideal mit in das Volk ein.

Dahlmann hält soziale Beschränkungen für überflüssig, weil gerade durch die Zusammensetzung aus verschiedenartigen Bestandteilen die Einheit umsomehr gewährleistet ist.

Das Verhältnis des Volkes zum Staat ist für Jahn das der Seele zum Leib, damit erscheint der Wert des Volkes höher als der des Staates, dessen Funktion jedoch trotzdem sehr notwendig und weitreichend bleibt. Für Rotteck dagegen ist der Staat das einzige und damit unentbehrliche Band der Volksgemeinschaft. Trotz des Kampfes gegen den bestehenden Staat erscheint dieser „Anstalt“ zur Sicherung des Rechtes außerordentlich wichtig, allerdings sind seine Wirkungsmöglichkeiten zugunsten des frei schöpferischen Einzelmenschen sehr eingeschränkt. Eine ähnliche Stellung nimmt der Staat bei Welcker ein, nur sind seine Aufgaben beschränkter, da die natürliche Güte der Menschen seine Maßnahmen überflüssig macht. Bei beiden ist er als Form die wesentliche Grundlage des im Volke herrschenden Geistes. Bei Dahlmann ist er nicht als Form des lebenden Volkes, sondern als reale Machtgrundlage für das innere und äußere Wachstum des Volkes außerordentlich wichtig. Die Schicksalsgemeinschaft bestimmt indirekt auch das Wesen der kulturellen. Das erscheint Dahlmann besonders wesentlich im Deutschland seiner Zeit. Der Staat ist für Welcker und Rotteck seinem inneren Wesen nach statisch-mechanisch, eine Organisation, bei Jahn und Dahlmann ist er lebendiger, sich mit dem Volke entwickelnder Organismus.

Besonders klar wird diese Verschiedenheit, die sich nicht nur auf den Staat bezieht, sondern durch das ganze Denken geht, auch an der *Rechtsauffassung*. Das Recht ist für Jahn eine der vielen organisch gewachsenen Äußerungen des volkstümlichen Lebens. Für Rotteck dagegen ist es eine von dem geschichtlich gewordenen Zuständen des Einzelvolkes, wie auch von seinen kulturellen Besonderheiten ganz unabhängige allgemein-menschliche Satzung, ein vernünftiges System. Welcker sucht zwischen dem allgemein-menschlichen System von Grundsätzen und dem historisch entwickelten besonderen Rechtsbewußtsein des Einzelvolkes zu vermitteln und glaubt, daß — bewußt oder unbewußt — beides bei der Rechtsgestaltung der Volksgemeinschaft mitwirke. Für Dahlmann sind das Recht im allgemeinen und auch die Rechtsgestaltung und -ausübung im einzelnen ganz eng an den geschichtlichen Werdegang des einzelnen Volkes gebunden, sie sind abhängig erstens von den vorhandenen Rechtszuständen und zweitens von dem im Volke herrschenden Rechtsgefühl und seinen besonderen Bedürfnissen; die allgemein-menschliche Vernunft und der Zeitgeist spielen eine verhältnismäßig geringe Rolle.

Die *Kultur* ist für Jahn und Dahlmann an die Gemeinschaft des Volkes gebunden, für Jahn ist sie die eigentliche Leistung der Gesamtheit, für Dahlmann mehr eine selbstverständliche, meist nicht voll bewußt werdende innere Bindung, für Welcker ist sie wohl abhängig von dem Zustande des Staates und der Entwicklungsstufe des Volkes, aber Leistung des Einzelmenschen. Für Rotteck ist sie nur Leistung des Einzelnen, die sich oft sogar gegen den Staat durchsetzen muß.

Daraus ergibt sich für das *Verhältnis des Einzelnen zu seinem Volke*: Bei Jahn und Dahlmann erhält der Einzelne seinen Wert erst durch die Gemeinschaft und sein Wirken für sie, für Rotteck umgekehrt erhält die Gesellschaft ihre Rechtfertigung nur durch die Zweckmäßigkeit für den Einzelnen. Welcker sucht zwischen beiden Möglichkeiten zu vermitteln. Damit ist auch die innere und äußere Bindung an die Gemeinschaft verschieden; für Jahn und Dahlmann ist sie natürlich gegeben, bewußt und unbewußt vorhanden, nie oder wenigstens nur sehr schwer löslich, für Rotteck und

Welcker dagegen ist sie vernünftig überlegt, freiwillig unter bestimmten Voraussetzungen eingegangen, rechtlich festgelegt und jederzeit zu lösen.

Dem inneren Wesen nach ist das Volk für Jahn und Dahlmann eine gewachsene organische Einheit, für Rotteck eine soziale Schicht der ganzen Menschheit, für Welcker beides zugleich.

Damit ist auch das Verhältnis der Völker zueinander bestimmt. Für Jahn und Dahlmann sind sie verschiedene einzelne Persönlichkeiten, die sich eigengesetzlich entwickeln und nur durch Wetteifer im Streben zur Vollkommenheit sich gegenseitig beeinflussen. Für Rotteck sind sie nur mehr oder weniger willkürliche Einteilungen einer ganzen Menschheit, die nach Fortschritt und Freiheit strebt; gegenseitige Unterstützung in diesem Streben wird daher als förderlich empfunden. Für Welcker sind sie zwar organisch gewachsene und damit verschiedene Individuen, doch verwischt sich diese Eigenheit mit zunehmendem Fortschritt. Das Ideal gleicht damit dem Rottecks.

Kriege sind für Jahn und Dahlmann als Formen der Völkerauseinandersetzung und des Machtausgleiches unvermeidlich. Rotteck scheinen sie zwar innerlich meist unbegründet und können eigentlich nicht gegen Völker, sondern nur gegen feindliche Prinzipien geführt werden. Sie sind praktisch notwendig, um Schwächen zu vermeiden. Welcker sieht in ihnen eine Strafe für Rechtsbrüche. Er glaubt, daß sie naturgemäß mit der Zunahme der Sittlichkeit bei den Völkern seltener werden.

Das Wirken für die ganze Menschheit steht bei allen als höchstes Ziel über dem Streben der Völker, nur ist das Bewußtsein davon bei ihnen verschieden stark: für Jahn liegt die Menschheit ziemlich fern, Dahlmann rückt sie durch das enge Verhältnis zu Religion und Wissenschaft etwas näher, Welcker läßt sie in der Form der stets bewußten sittlichen Ausrichtung auch in die Einzelheiten des Volkslebens eingreifen, für Rotteck ist das Volk ganz klar nur praktisch zweckmäßige Vorbereitung für das Weltbürgertum, notwendig wegen der Kleinheit und Schwäche der Menschen.

Auch das Verhältniß zur Religion ist verschieden. Jahn hält sie zwar für wertvoll, er glaubt jedoch, daß sie, um auf der Erde praktisch wirken zu können, der Volkstümer bedürfe, sich ihnen daher auch unterordnen müsse. Rotteck gilt die Religion als Grundlage der Sittlichkeit im Volke als ein praktisch zweckmäßiges Erziehungs- und Ordnungsmittel in der Hand des Staates. Welcker ist sie eine höhere unabhängige Macht, die weitgehend in das Leben des Volkes eingreift und seinem Dasein den inneren Sinn gibt. Für Dahlmann greift sie ebenfalls als höhere Macht in das Volksleben ein, nur wird ihr Wirken hier stärker als Konkurrenz und weniger als notwendige Ergänzung empfunden, wenigstens hat er die Gefahren und Schwierigkeiten, die ihr Dasein für Volk und Staat mit sich bringen kann und bis zu einem gewissen Grade mit sich bringen muß, klar erkannt.

Von diesen Verschiedenheiten in der Volksvorstellung her und aus dem Verhältniß zur Wirklichkeit erklärt sich auch die Auffassung der deutschen Lage.

Was die Beurteilung der deutschen Einzelstaaten angeht, so ist das Ziel bei allen gleich: der Einzelstaat muß überwunden und durch einen ganz Deutschland umfassenden Staat ersetzt werden. Doch die vorgeschlagenen Wege und die Dringlichkeit dieser Aufgabe wird verschieden beurteilt. Jahn will den Einzelstaat innerlich überwinden durch das wachsende Bewußtsein der gesamtdeutschen Einheit. Rotteck glaubt, daß er mit der allgemeinen Befreiung der Völker vom Staatszwang von selbst falle und durch einen volkstümlichen Staatsverein, der alle Deutschen umfaßt, ersetzt werde. Für die Gegenwart erscheint ihm das Dasein der Einzelstaaten nicht unbedingt schädlich.

Für Welcker ist es die dringlichste Aufgabe, diese unglückliche Trennung der Deutschen zu überwinden, der Weg, der ihm dafür der geeignete erscheint, wechselt mit den politischen Zuständen, die er erlebt. In der Zeit nach den Befreiungskriegen erhofft er viel von einem freundschaftlichen Zusammenwirken der Fürsten und Völker. Mit der zunehmenden Enttäuschung über das Verhalten der Fürsten und die innere Starrheit der Staaten, bleibt seine Hoffnung allein beim Volke; ein allge-

meines Parlament der ihrer inneren Gemeinschaft bewußten Deutschen soll durch seinen moralischen Druck auf die öffentliche Meinung die alte Volkseinheit wieder erneuern. Dahlmann erkennt die Notwendigkeit einer starken Staatsmacht und will daher an die vorhandenen Mächte anknüpfend, diese über ihre engen Grenzen hinaus langsam organisch zusammenwachsen lassen.

In der Beurteilung der deutschen Aufgaben treten die vier Politiker also wieder eng zusammen; der Grundgedanke ist bei allen trotz der graduellen Verschiedenheiten und der Abweichungen in Einzelheiten der gleiche: der deutsche Staat muß durch das Volk oder mindestens unter seiner Mitwirkung geschaffen werden; ein deutsches Volk ist vorhanden, es ist eine Macht, ein Wert, der in dem politischen Leben fruchtbar gemacht werden muß. „Volk“ im kulturell-räumlich-national-deutschen Sinne und „Volk“ im Sinne: Untergebene der Regierung wird zu vereinigen gesucht. In dieser Verbindung liegt ihrer Ansicht nach die Kraft, die die Zukunft zu gestalten vermag.

Vergleich mit Ludwig von der Marwitz.

Der in dieser Beziehung einheitlichen Auffassung von „Volk“ bei den vier behandelten Politikern steht zum Beispiel die Betrachtungsweise eines Mannes wie Ludwig von der Marwitz schroff entgegen. Sie soll hier kurz angeführt werden, um neben den Verschiedenheiten auch das den behandelten Politikern Gemeinsame hervortreten zu lassen. Während für sie das „Volk“, ganz gleich aus welcher Blickrichtung es vorzüglich gesehen wird, stets einen Wert, einen Inhalt, etwas Wertvolles, eine Gemeinschaft, die zu Leistungen fähig ist, bedeutet, ist für Ludwig von der Marwitz „Volk“ die große unfähige Masse. „Volk“ enthält also etwas Verächtliches und wird nur für die Menschen angewandt, die den sozial und kulturell noch am wenigsten entwickelten Schichten angehören:

„... das Volk, welches durch Selbstsucht und durch Begierde nach Reichtum gefallen ist...“ (II, S. 133.)

„... und machte so in allen öffentlichen Blättern das Volk, die Unwissenden, glauben :..

„... denen, die im Volke leben, die es ernähren, und beschäftigen: den Besitzenden... (II, S. 344.)

„... das Volk, vom Staate losgelassen, sich demselben ganz und gar entziehen und in Anarchie verfallen würde.“ (I, S. 247.)

Das „Volk“ sind also die Menschen, die nicht einmal fähig sind, für den eigenen Unterhalt selbständig zu sorgen, geschweige denn über ihre eigenen Sorgen hinaus eine größere Gemeinschaft überhaupt bilden können. Für die Schichten, die die Gesamtheit in außenpolitischer Hinsicht vertreten, wird der Ausdruck „Nation“ benutzt:

„... Daß die Nation aus denjenigen Individuen besteht, die die Idee V a t e r l a n d zu denken vermögen, ... daß also alle diejenigen, die dessen nicht fähig sind, nichts weiter sind, als eine tote Masse, zum notwendigen Gebrauch für den Staat und für jene.“ (I, S. 319.)

„Volk“ und „Nation“ sind also nicht etwa gleichbedeutend wie bei Jahn, Welcker und Dahlmann, sondern es sind Gegensätze, die sich ausschließen. Es kann keiner gleichzeitig zum „Volk“ und zur „Nation“ gehören. Eigenschaften dieses „Volkes“ sind außer der Unfähigkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen: mangelnder Ordnungssinn und fehlender Gemeinschaftsinn. Die Einzelnen bilden auch unter sich keine Einheit und keine Gesellschaft, eine solche wäre zudem des mangelnden Ordnungssinnes und der allgemeinen Unfähigkeit wegen höchst gefährlich für den Staat und damit letzten Endes für sie selbst:

„Die Masse kann nur durch Mittelpersonen im Zaume gehalten werden, deren eigenes Interesse es ist, die Menge nicht zu einer Masse werden zu lassen...“ (I, 197.)
Ein (gesunder) Mittelstand ist also notwendig, um die Masse zu teilen und sie zu beobachten.“ (I, 198.)

„Volk“ ist die Masse, „Nation“ ist der staatserhaltende Mittelstand. Daß das so gesehene „Volk“ nicht fähig ist, zu erkennen, was ihm selbst und dem Staate gut und förderlich ist, versteht sich von selbst. Vorbedingung dazu wäre eine grundlegende Erziehung:

„Die Prozeduren mit dieser Volksklasse sind überhaupt seit einiger Zeit ganz verkehrt angefangen worden; anstatt sie zum Genuß der Freiheit zu erziehen, damit sie die Güter derselben ertragen lernen möchten, gibt man sie ihnen

erst und macht sie dadurch übermütig und träge.“ (II, S. 175.)

Das „Volk“ ist hier stark passiv gesehen und die Hoffnung auf einen Erfolg der Erziehung sehr gering (vgl. II, S. 311.) Auch hier liegt also ein entschiedener Gegensatz zu dem Glauben an den Fortschritt und die Möglichkeiten der Erziehung bei den behandelten Politikern. Bei dieser durch und durch negativen Beurteilung des Volkes und der entschiedenen Abtrennung aller wertvolleren Schichten der Bevölkerung konnte der politische Wert für den Staat nur sehr gering veranschlagt werden, er wird sogar praktisch nur negativ gesehen:

„Diese unreife Idee der ausschließenden Volks-Bewaffnung war großentheils auf die Erfolge des Jahres 1913 gestützt... Es war dabei außer Acht gelassen, daß ein Zustand, wo jeder Einzelne die Überzeugung hat, daß ohne Kampf alles verloren sei, zu den allerseltensten gehört... (II, S. 323.)

„weil man nie sicher sein kann, daß unter einer schwachen Regierung der Soldat nicht gemeinschaftliche Sache mit dem Volk mache.“ (I, S. 197.)

Neben dieser stark von oben gesehenen und verächtlichen Betrachtungsweise und Benutzung des Wortes „Volk“ gibt es allerdings auch Fälle, in denen Marwitz das Wort Volk für die nationale Gemeinschaft verwendet:

„Jedes Volk wird fortan von dem andern unterschieden durch seine Sprache. Die Grenzen des Landes sind da, wo seine Sprache nicht mehr geredet wird.“ (I, 216.)

„...gleiche Sitte, Verfassung und Gewohnheit zieht mächtiger an, als die Kürze des Weges, Flüsse scheiden nicht, sondern sie verbinden die Völker.“ (I, 245.)

Die Fälle treten jedoch der Grundbetrachtungsweise gegenüber ebenso stark zurück, wie z. B. bei Rotteck das „Volk im kulturellen Sinne“ gegenüber dem „Volk im politischen Sinne“. Es zeigt sich hier, daß auch Marwitz vor allem in der Zeit der Befreiungskriege, an dem neuen Erleben teilnimmt. Doch sind seine Eindrücke noch nicht so stark, daß sie die ursprüngliche Haltung überwinden. In den späteren Schriften fällt dieser Gebrauch des Wortes „Volk“ mehr und mehr fort.

Darin liegt der entscheidende Unterschied: betrachtet Ludwig von der Marwitz die Befreiungskriege als Zwischenspiel, als

Erschütterung, die durch umso festeres Anknüpfen an die vorher bestehenden Verhältnisse zu überwinden sei, und kehrt er in seiner Betrachtung des Volkes daher wieder zu dem alten patrimonialen Standpunkte zurück, so sehen die anderen in den Freiheitskriegen den Aufbruch einer neuen Zeit. Sie suchen in der neuen Wertung des Volkes als einer tragenden und erhaltenden Kraftquelle dem Staat neue Macht zuzuführen und die Errungenschaften dieser großen Zeit damit fruchtbar werden zu lassen für die Zukunft.

Sie verschließen sich dem Aufstieg der bürgerlichen Schichten nicht. Bürgertum und Adel werden für sie die staats-erhaltenden Stände. Damit verschwindet der Gegensatz zwischen „Volk“ und „Nation“, so wie er bei von der Marwitz bestand. In dem „Volk“ wird nicht mehr eine einzelne Schicht, sondern die Gesamtheit der Staatsbürger gesehen. Dieser Standpunkt ist zwar noch nicht überall vollkommen erreicht, Rottecks Volksvorstellung zeigt z. B. klar, daß der Standesgesichtspunkt nur in der Idee, im Wunsche, nicht aber in der Wirklichkeit überwunden ist. Aus der veränderten Betrachtungsweise folgt dann auch eine Höherbewertung des „Volkes“. Es wird nicht mehr als zusammenhanglose Masse, sondern als Einheit, als sinnvolle Gemeinschaft gesehen, die selbstverständlich dazu drängt, auch im politischen Leben als Macht wirksam zu werden. Die Erkenntnis der kulturellen Bedeutung dieser Gemeinschaft lenkt den Blick dann auch über die Grenzen des Teilstaates hinaus auf das ganze deutsche Volk. So wird auch hierin der Standpunkt eines von der Marwitz überwunden. Dieses Bewußtsein ist bei den Einzelnen noch verschieden stark, bewußt oder unbewußt wird oft auch noch das einzelstaatliche Volk allein gesehen, doch ist das Ziel trotzdem eindeutig: ganz Deutschland. Die gelegentliche Verschiedenheit erklärt sich vor allem aus dem Fehlen eines wirklich sichtbaren Deutschland, was stets wieder dazu zwingt, die Beispiele aus den Einzelstaaten zu nehmen. Dennoch ist gerade diese Erkenntnis des deutschen Gesamtvolkes und der Glaube an seine Sendung und entscheidende Bedeutung für die Menschheit wohl das Bedeutendste, was wir diesen Politikern verdanken.

Diesen positiven Seiten entsprechen jedoch auch erhebliche Schwächen. So konnte die lose Gemeinschaftsvorstellung z. B. Rottecks mit der fast gänzlichen Ablehnung des Staatszwanges sich kaum im praktischen Leben erhalten, ebensowenig wie die auf verschiedenen sich innerlich ausschließenden Prinzipien beruhende eines Welcker. In der Gleichheitsforderung lag im Grunde noch ein Rest des alten Standesdünkels. Die Überschätzung der Form, der Glaube, daß mit Erziehung alles zu erreichen sei, zeigen, wie fern sie in vielen Dingen dem wirklichen Leben waren.

Hier zeigt sich die Tragik, die in ihrem Wollen und in ihrer Zeit liegt; in der Wirklichkeit gab es noch kein deutsches Volk und das Bild der Einzelnen war, wie gezeigt, verschieden; so war auch die Zielrichtung noch nicht klar und einheitlich. Für die Bildung von Fronten, Parteien, Organisationen war die Zeit, sowohl ihres inneren Ringens wie auch der fehlenden praktischen Möglichkeiten wegen noch nicht reif. Gerade der Volksbegriff zeigt, wie stark sich noch konservative und liberale Gedankengänge kreuzen. Auch andere Einteilungsversuche, wie der, die Volksvorstellungen nach dem Prinzip: Kulturnation und Staatsnation zu trennen, tun den Einzelnen notwendig starken Zwang an. Den ringenden Menschen und Kräften fehlt in allem noch die Führung. Sie eilen den Möglichkeiten ihrer Zeit zu weit voraus und verlieren damit den Boden unter den Füßen. Das zeigt auch die sprachliche Entwicklung.

Schlußbetrachtung.

Die Zeit der Befreiungskriege prägte den Begriff und das Wort „Volkstum“ als Bezeichnung für alle Äußerungen des neu als Kraft und Wert bewußt gewordenen Volkslebens. Sie ging damit bewußt über den alten Vorstellungsgehalt des „Volks“ hinaus. Sie suchte „Volk“ und „Nation“ nicht mehr als Gegensätze (vgl. von der Marwitz), sondern als nahe verwandt, im Ideal sogar identisch aufzufassen.

Die Folgezeit engte dann den Begriff in seiner Bedeutung ein und verstand unter „volkstümlich“ nur noch die ihr allein als Äußerungen des Volkslebens ins Bewußtsein tretenden primitiven Kulturleistungen des Gemeinschaftslebens. Für die damit ausscheidenden Gebiete vor allem das politische, rechtliche und wirtschaftliche Leben werden damit Neubildungen notwendig: volksmäßig, volksfreundlich. Diese werden deutlich von dem alten „volkstümlich“ getrennt und verstehen „Volk“ meist nur in dem Sinne: gegenwärtig lebendes Volk im Gegensatz zur Regierung. Die erstrebte Einheit zerbricht damit auch hier.

Als das Bedürfnis nach einem Gesamtausdruck wieder auftaucht, wird das alte „Nation“ wieder herangezogen. Das ist vielleicht ein Zeichen für den starken Einfluß des Auslandes, und der staatlichen Bindung, „national“ bedeutet: an ein staatlich zusammengefaßtes Volkswesen gebunden. Diese neue Benutzung des alten bereits einmal als solches erkannten Fremdwortes ist zugleich bezeichnend dafür, wie weit man sich von der Gedankenwelt der Befreiungskriege entfernt hatte, und ein Symbol für die innere Verwandtschaft dieser Zeit mit der des 18. Jahrhunderts. „Volkstum“ und „volkstümlich“ wird damit auch als Wert verdrängt und erhält im Zusammenhang mit der sozialen Umschichtung und dem Verbürgerlichen des Liberalismus den Sinn: das von der breiten niederen Masse hervorbrachte, für diese Verständliche. Damit erhält auch „Volk“ wieder fast den Sinn wie bei Ludwig von der Marwitz! Ebenso

wird die politische Bedeutung gering veranschlagt. Bezeichnend dafür ist die Äußerung Bismarcks:

„Es ist kein Ausdruck in den letzten Jahren mehr ge-
mißbraucht worden als das Wort „Volk“. Jeder hat das dar-
unter verstanden, was gerade in seinen Kram paßte, gewöhn-
lich einen beliebigen Haufen von Individuen, die es ihm ge-
lungen war, für seine Ansicht zu gewinnen.“²⁰

Erst die ungeheure Leistung dieser breiten Massen im Krieg
und der Zusammenbruch des alten Staates und seiner Träger
zeigten den Wert der volklichen Urkräfte wieder neu, und der
Nationalsozialismus fügte das ganze Volk in dem ursprünglichen
totalen Sinne Jahns in den nun inzwischen Wirklichkeit ge-
wordenen Staat ein. Damit erhielt auch „Volkstum“ wieder
seinen alten Wert. Volk und Nation sind heute verschiedene
Bezeichnungen für einen Vorstellungsgehalt — ebenso wie
„volkstümlich“ und „national“. (Vgl. den Wortgebrauch in den
Reden Hitlers und in „Mein Kampf“.)

So ist der Jahnsche Volksbegriff dem heutigen innerlich
sehr verwandt. Schon Jahn sah im Volke ein organisch wach-
sendes Wesen, für dessen Gedeihen die natürlichen Grundlagen
— Blut und Boden — entscheidend sind und dessen tausend-
jährige Geschichte aktiv gestaltend in die Gegenwart hinein-
wirkt. Auch er verstand unter „Volk“ alle Schichten der Be-
völkerung und sah gerade in den Lebensäußerungen der schlich-
ten, einfachen Menschen und in der Ausgestaltung des Alltags-
lebens die tiefsten, sichersten und wertvollsten Grundlagen der
völkischen Kultur. Blut und Schicksal — und daraus notwendig
folgend — gleiche geistige Artung schmieden für ihn ein Volk
zusammen, bestimmen die Zugehörigkeit des Einzelnen und den
Wert des Ganzen. Langsam wächst daraus Einheitsgefühl und
Einheitsverlangen. Stammes- und Standesbewußtsein sind dabei
nicht hindernd, sondern werden — so wie bei uns heute, land-
schaftliche Gliederung, Bodenständigkeit und berufsständischer
Wettbewerb — als Vorstufen und fördernder Ansporn be-
trachtet. Selbst bis in die Einzelheiten hinein gelten noch heute
die Grundsätze Jahns, so in der Erziehung des Volkes, die, wie
er vorgeschlagen, die körperliche Erziehung in den Mittelpunkt

20. Bismarcks Reden I, 73.

stellt, ebenso im Unterricht, der die Geschichte besonders berücksichtigt. Auch darin, daß man sich nicht mehr allein mit der Schulung der Jugendlichen begnügt, sondern so wie es Jahn vorschlug, auch in den Erwachsenen das Gemeinschaftsgefühl durch zielbewußte Pflege: Denkmäler, Bauten, Feste, Feiern und Wettkämpfe zu stärken sucht. Seine Gedanken über Adel und Führung, über Religion und über das Verhältnis der Völker zueinander ließen sich ebenfalls — mit ganz geringfügigen, zeitbedingten Änderungen — in die Weltanschauung unserer Zeit einfügen.

Auch Dahlmann ist uns innerlich noch sehr verwandt: das organische Staatsdenken, die innere Einheit seines Volksbegriffes, in dem die verschiedenen volksbildenden Kräfte unlöslich miteinander verbunden und auf ein gemeinsames Zentrum, die Gesinnung bezogen sind, der starke Sinn für die Wirklichkeit, den Wert der Macht und Ordnung, der Auslese und Führung verbinden ihn mit Jahn und uns. Die unklare Erkenntnis der natürlichen Grundlagen und das beinahe ängstliche Festhalten an dem Bestehenden, an der Geschichte und der Vergangenheit dagegen erscheint uns fremd. Es ist wohl ein Zeichen der vorhandenen Unsicherheit. Während Jahn aus der ganz großen inneren Sicherheit des Erlebens heraus schreibt und auch gewisse kleine Unklarheiten in den einzelnen Fragen diese Grundhaltung nicht zerstören, ist für Dahlmann diese Erlebnisgrundlage schon schwankender, verschiedene Wege und Möglichkeiten tauchen auf, sie greifen zwar den Kern seiner Volksvorstellung noch nicht an, doch zeigen sie sich in der deutschen Politik. Am klarsten kommt das in seiner Teilnahme an dem deutschen Parlament in der Paulskirche zum Ausdruck: trotzdem er die Notwendigkeit der wirklichen Machtgrundlage für das Volk klar erkannt hat, versucht er hier ohne diese auszukommen. Er, der stets nur Reform gewollt, wird gegen seinen Willen hier Revolutionär, die lebendige Verwurzelung in einer Landschaft, die er selbst als Grundlage der Volksgesinnung erkannt hatte, fehlt ihm. Er geht in diesen letzten schwersten Kampf als heimatloser Wanderer. Darin ist er typisch für eine Seite seiner Zeit: er erkennt das, was notwendig ist, hat aber nicht die Mittel und Kräfte, es zu verwirklichen.

Welckers Volksbegriff ist ein Ausdruck noch größerer Unsicherheit. Sein Leben ließ ihn fast alle vorhandenen Spannungen, die im Deutschland seiner Zeit im Volke miteinander rangen, klar erkennen: als Bürger eines in Mitteldeutschland gelegenen Mittelstaates lernte er durch seine Tätigkeit den deutschen Norden wie den Süden kennen, als Professor des Rechtes erkannte er die Spannung zwischen dem staatlich geschützten fremden Recht und dem deutschen Rechtsbewußtsein besonders klar, als Glied der gehobenen Bürgerschicht, die sich ihre Rechte gegen den bestehenden Staat erkämpfte, und zugleich Staatsbeamter, stand er auch hier zwischen den Fronten der Regierung und der Regierten. In dieser Lage schien ihm versöhnende Vermittlung der gegebene Weg für die Lösung der deutschen Frage. Aber seine Tragik war es, daß die alles verbindende Brücke, der Mittelpunkt der alles vereinigen sollte, die Güte des Menschen, seine freiwillige Unterordnung unter ein höheres Ziel nur in seinem Glauben, aber nicht in der Wirklichkeit vorhanden war, daß das Ideal nicht greifbar genug war, um zu fruchtbarem Idealismus zu führen. So ist sein Volksbegriff der eines vagen Idealisten und damit typisch für das hochgespannte Wollen aber auch für den geringen Wirklichkeitsinn seiner Zeit. So wie er selbst keine tiefere Wurzel in einem vorhandenen Staat hatte, sondern nur in dem Idealbild der Vergangenheit und Zukunft und ihm auch die lebendige Verbindung zu einer bestimmten Landschaft und zur Lebenskraft der unteren Schichten fehlte, so galt das auch für seine Zeit und besonders für die Bewegung, der er angehörte.

An ihm wird es besonders klar, daß die innere Unsicherheit nicht nur eine Folge der deutschen Lage war, sondern auch der Liberalismus selbst mit seinem optimistischen Glauben an den Einzelmenschen, der Loslösung von Zwang und Ordnung und dem gleichwertigen Anerkennen Aller wesentlich dazu beitrug. Das Hochziel aber war zu fern und unerreichbar, um einen kräftigen Mittelpunkt zu bilden.

Rotteck entgeht der Unsicherheit, indem er sich ganz bewußt abschließt, in jeder Beziehung und auf allen Gebieten. In seinem Denken wurzelt er noch in dem französischen Rationalismus des 18. Jahrhunderts. Das Volk ist rein vernunft-

mäßig erfaßt, der Kampf für seine Rechte bis zu einem gewissen Grade Deckmantel für selbstische, materielle und ständische Interessen; auch der Glaube an die internationalen Prinzipien und die enge Bindung an den Staat, die dann nach der Lage der Politik zu einem gewissen Partikularismus führen mußte, verbinden beide.

Er hat den typisch liberalen Volksbegriff insofern, als bei ihm der Grundsatz der Freiheit am weitesten und klarsten verfochten wird. Mittelpunkt ist ihm nicht mehr die Gemeinschaft, sondern der Einzelne. Das Volk wird von der Verantwortung gegenüber der Vergangenheit und Zukunft befreit. Es lehnt sich tatsächlich gegen jede Führung und jedes Opfer im Interesse einer höheren Zielsetzung auf. Die praktische Undurchführbarkeit dieser Theorien hat Rotteck z. T. schon selbst erkannt, was zu dem aufgezeigten Unterschied zwischen Theorie und Praxis bei ihm führte und ihn zwang, doch gelegentlich für einen starken Staat einzutreten. War das Volk und seine Befreiung auch der Ausgangspunkt, so mußte das Ziel doch wieder ein starker Staat sein. Das war die geschichtliche Aufgabe der Zeit, der sich auch Rotteck nicht entziehen konnte. Sie verbindet ihn, sofern sein Denken auch dem eines Jahn war und so weit er sich von den Zielen der Befreiungskriege entfernt hatte, doch wieder mehr mit den Politikern seiner Zeit als etwa mit uns. Der Volksbegriff ist durch die Aufgaben der Zeit bestimmt und hat folglich den Staat als Ziel.

Für uns heute liegt der Weg eher umgekehrt, das Ziel jener Tage: ein nationaler Staat ist erreicht, aber zugleich ist uns klar geworden, daß das noch nicht das letzte Ziel ist und sein kann. Vergleicht man auch die beiden wie gezeigt innerlich verwandtesten Volksvorstellungen genau, so wird daran neben der inneren Verwandtschaft unserer Zeit mit der der Freiheitskriege doch auch die Einmaligkeit geschichtlicher Vorgänge klar:

Die von Jahn instinktiv erkannte Bedeutung der natürlichen Grundlagen, vor allem der Rasse, und die enge Verbindung des Natürlichen mit dem Geistigen, ist von uns heute klarer auch medizinisch und naturwissenschaftlich begründet und damit ist auch die Aufgabe des Volkes größer geworden. Es hat nicht mehr nur um seiner selbst willen sich

rein zu erhalten, sondern zugleich die Rasse erfolgreich höher zu entwickeln. Damit sind umfangreiche bevölkerungspolitische Maßnahmen an die Stelle der einfachen Mittel, die Jahn vorschlägt, getreten.

Auch in kultureller Beziehung ist das Volk gewachsen und mit ihm seine Aufgaben. Galt es für Jahn noch, die Kultureinheit erst bewußt werden zu lassen und mit ihrer Hilfe eine Staatsmacht zu gründen, so ist das zwar heute erreicht, aber zugleich ist uns klar geworden, daß dieser Staat nicht das ganze Volk umfaßt, sondern nur ein Kernstaat ist, ein Rückhalt für das ganze deutsche Volk, das über die ganze Erde verstreut ist. Damit ist die Frage der fremdvölkischen Minderheiten in einem Staate, die schon Jahn und Dahlmann gelegentlich auftauchte, für uns heute ein entscheidendes kulturelles, politisches und wirtschaftliches Problem geworden, eine Frage, die das Verhältnis der Völker zueinander ganz entscheidend beeinflußt.

Das Verhältnis des Volkes zur staatlichen Ordnung und Regierung ist ebenfalls zwar in vielem in der damals vorgeschlagenen Richtung weiterentwickelt, doch auch wesentlich schwieriger geworden. Die zahlenmäßige Vermehrung, das Wohnen und Arbeiten in enger Gemeinschaft, die durch den Kapitalismus entstandenen riesigen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede, die weiter durchgeführte Arbeitsteilung und Berufsgliederung, die neuen Möglichkeiten für Verkehr und Propaganda machen riesige Organisationen nötig. Die von Jahn und z. T. auch schon von Welcker vorgeschlagenen Wettkämpfe sind zu großen Wettstreiten der ganzen Welt ausgewachsen, Feste zu Massenkundgebungen, die von Jahn vorgeschlagenen Wanderungen durch Reisen, Austausche ergänzt; die von ihm vorgeschlagenen Denkmalbauten, Anlagen wachsen ins Monumentale.

Die größte Klarheit und Tiefe des Volkserlebens aber ist auch uns durch die gemeinsamen Schicksalsschläge zum Bewußtsein gekommen: durch das viereinhalbjährige gemeinsame Ringen im Kriege, die gemeinsamen Fesseln der Nachkriegszeit und den gemeinsamen Kampf in der Massenbewegung. So ist auch uns, wie jener Zeit, der gemeinsame

Kampf gegen äußere und innere Feinde zur höchsten Einheitskraft geworden.

Unsere Zeit aber gibt uns außer dem Bewußtsein auch noch das Erleben. Mußten Jahn und seine Zeit noch für ein nur gefühltes, ideal vorgestelltes und heiß ersehntes deutsches Volk kämpfen, so haben wir die Mittel, das Volk in seiner vielfachen Gestalt und Zusammensetzung wirklich zu sehen und zu erleben und uns daraus neue Kraft zu holen.

Berichtigungen.

S. 85, Z. 7 *lies*: Selbstgefühl — S. 88, Z. 6: gefühlsmäßig — Z. 22: (Pol. 164 (168), 198) — S. 89, Z. 4: (DG. II, 15) — S. 92, Z. 21: aus sich selber — Z. 38: Noch eine dritte — S. 93, Z. 7: (Pol. 306 — Z. 41: Pol. 163 — S. 95, Z. 26: zusammenhängenden Einrichtungen — Z. 33: und ihrer Regierungen — S. 96, Z. 3: (Verth. 303.) — S. 97, Z. 22: (Pol. 212 (200) 236) — Z. 31/32: (Pol. 122 (133) 143) — S. 98, Z. 38: (Briefwechsel II, 426) — S. 99, Z. 32: Deutschen — Z. 36: Es kommt auch hier wieder — S. 100, Z. 35: (Pol. 202 (178 206) — S. 103, Z. 8: (Pol. II. A. 271) — S. 105, Z. 5: Christenthum — Z. 7: (Pol. 191 (187), 216) — Z. 15: (Pol. 6 (55), 15) — S. 106, Z. 18: Eigenthum — Z. 20: (Pol. 319 (270), 294) — Z. 25: Nachtheile — S. 107, Z. 23: verschließt — Z. 26: (Pol. 9 (57) 16) — Z. 30: wie der — Z. 40: S. 105 — S. 108, Z. 36: bestehenden — Z. 37: Für die begriffliche Klärung — S. 111, Z. 28: in dem politischen Schicksal — S. 113, Z. 21: blutsmäßig — S. 114, Z. 4: in vernunftgemäßem Denken — Z. 23: als „Anstalt“ — S. 115, Z. 6: den Zuständen — S. 119, Z. 12: daß die Nation — Z. 27: im Zaum — S. 120, Z. 1: (I, 175) — Z. 8: entschiedenen Abtrennung — Z. 13: des Jahres 1813 — Z. 27: (II, 216) — Z. 36: diese Eindrücke — S. 122, Z. 15/16: war die Zeit, sowohl — S. 123, Z. 31: Hervorgebrachte — S. 127, Z. 21: so fern — Z. 32: geschichtlicher — Z. 35: ist für uns

